

Lippiger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abozinsatzpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 M., für 1 Monat 70 Pf. (Bestellgeld vierteljährl. 42 Pf., monatl. 14 Pf.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Telephon: 19699.
Sprechstunde: Montags 6—7 Uhr abends
(außer Sonnabend).

Inserate kosten die gespaltene Zeitseite oder deren Raum 25 Pf., bei Blattvorschrift 30 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Verlegen von Prospekten ist 8.50 M. pro Tausend für die Gesamtanlage, bei Teilauslage 4 M. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluss der Annahme von Inseraten für die tägliche Nummer früh 6 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expediz. und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telephon: 2721.

Tageskalender.

In der Justizkommission des Reichstags kam es gestern zu Enthüllungen über das Spitzelsystem.

Die Kreuzzeitung gesieht, daß sich der Reichstag mit dem gesetzigen Wahlprüfungskandal über die Schranken des Rechts hinweggesetzt habe.

Das englische Budget wurde im Unterhause angenommen.

Der Aufstand der Albanesen hat an Ausbreitung gewonnen.

Die Bauunternehmer in Bremen beschlossen, von der Ausspernung der Bauarbeiter abzusehen.

Am englischen Textilgewerbe stehen wegen Lohnherabsetzungen schwere Kämpfe bevor.

Das Stellenvermittlergesetz.

Leipzig, 28. April.

Heute soll der Reichstag nach den Abmachungen im Seniorenkongress die Verhandlungen über das Stellenvermittlergesetz beginnen. Der Entwurf bildet die Erfüllung einer Zukunftshoffnung, die von der Regierung im Reichstag und im preußischen Landtag als Schutz gegen die Übergriffe der schärfmacherischen Zwangsarbeitsnachweise verheißen wurde. Eine Erfüllung? Man fürchte die Danaer, wenn sie Gelehrte bringen. Der Entwurf, der eine Wehr gegen die Zechenbarone bilden sollte, der auch die landwirtschaftliche Arbeiterschaft und das Haus- und Wirtsgesinde gegen die ausbeuterische Privatvermittlung schützen wollte, ist ein Haussmittelchen gegen die agrarische Leutenot für Jungen- und Dienstbotenschinder, er ist aber vor allem ein tödliches Attentat gegen die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise. Die Arbeiterschaft wird und muß diesem Machwerk den entschlossenen Widerstand entgegen setzen.

Die materiellen Verfügungen des Entwurfs betreffen die auf den Aussterbebetrieb gesetzte Privatvermittlung. In der letzten Dezembernummer des Reichsarbeitsblattes wurde auf Grund der amtlichen Berufs- und Betriebszählung der zahlenmäßige Rückgang der Privatvermittlung festgestellt. Die einzigen vorliegenden Spezialstatistiken über privaten Stellen nachweis wurden

in Baden, Bayern und Österreich aufgestellt. Auch sie ergeben den Rückgang der Privatvermittlung, sie zeigen, daß bei dieser Vermittlungsart wesentlich nur das Diennerpersonal im Handel, das Haus- und landwirtschaftliche Gesinde und allerdings die Stellenvermittlung im Gastwirtsgewerbe in Frage kommt. Die große Industrie wird von der Privatvermittlung kaum berührt, die große Masse der Arbeiter ist also an der Regelung dieser Art der Arbeitsvermittlung nur mittelbar interessiert. Den Hunderttausenden, die unter dem Druck der Unternehmernachweise fronden, bringt der Entwurf keine Rendierung ihrer Lage. Bringt er aber wenigstens jenen Arbeitern Schutz, die heute noch unter dem Stellenwucher der gewerbsmäßig betriebenen Nachweise zu leiden haben?

Gegen den Stellenwucher sollte die präsente Auswahl der zur privaten Stellenvermittlung geeigneten Personen Abhilfe schaffen, nur geeignete Personen darf also die Erlaubnis zum Gewerbebetrieb eines privaten Stellen nachweises gewährt werden, doch auch diesen nur, soweit „ein Bedürfnis nach Stellenvermittlern... vorliegt“. Wer ist zum Stellenvermittler geeignet und wann liegt ein Bedürfnis nach Stellenvermittlern vor? Wer erhebt überhaupt die Erlaubnis zum Stellenvermittlergewerbe und wer entzieht sie? Nun, in allen diesen Fragen entscheidet die Landeszentralbehörde oder die von ihr bezeichnete Behörde! Damit ist aber die private Stellenvermittlung in die Unmöglichkeit der ostpreußischen und sächsischen Junker, der hessischen Schärfmacher zu überwiesen, sie verfügen über die Landesbehörde und damit über den gewerbsmäßig betriebenen Stellen nachweis, wie etwa die Unternehmerverbände über ihre Zwangsarbeitsnachweise. Allerdings müssen die Schärfmacher der Industrie die Kosten für die Zwangsarbeitsnachweise aufbringen, für die Kosten der junkerlichen Stellenvermittlung haben die Steuernden der Einzelstaaten aufzukommen. Der Entwurf hat wenigstens die standlose Verquidung des Stellenvermittlergewerbes mit dem Schankwirts-, Gastwirts-, Schnapshandels- und Schlafstellengewerbe verboten! Allerdings, über „die Landeszentralbehörde oder die von ihr bezeichneten Behörden können Ausnahmen von dieser Vorschrift machen“! Die vom sozialdemokratischen Schnapsboykott hart betroffenen Jungen werden diese unbegrenzten Möglichkeiten des Entwurfs keinesfalls ungenügt lassen.

Die Gebühren für die Stellenvermittlung „können“ von der Landeszentralbehörde festgesetzt werden, sie sind aber nur „im Zweifelsfalle“ vom Arbeiter und vom Unternehmer zu gleichen Teilen zu tragen. Die Gebührenordnung soll eine neue Fessel für Dienstboten und für das landwirtschaftliche Gesinde enthalten. „Der

Anspruch des Stellenvermittlers auf die vom Arbeitgeber zu zahlende Hälfte der Gebühr erlischt, wenn der Arbeitnehmer seinen Dienst nicht zur rechten Zeit antritt; die bereits gezahlte Gebühr kann zurückfordert werden.“ Nach § 652 des Bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich ist die Vermittlungsgebühr zu leisten, wenn der Vertrag infolge des Nachweises oder infolge der Vermittlung des Mädlers zustande kam. Daß der Vermittler bei Strafe des Verlustes der halben Vermittlungsgebühr den Dienstantritt des vermittelten Arbeiters, also die Erfüllung des vermittelten Vertrages, erzwingen muß, bildet einen jungerlichen „Umschlag“ des bürgerlichen Rechts, der wieder nur der agrarischen Leutenot begegnen soll. Der reine Klassencharakter dieser Verfügung geht schon aus der interessanten Tatsache hervor, daß im Falle der Nichterfüllung des Kontraktes nur „die vom Arbeitgeber zu zahlende Hälfte“ der Vermittlungsgebühr ausfällt. Bringt jedoch der „Arbeitgeber“ den Vertrag, so darf der Stellenvermittler die vom Arbeiter geleistete Vermittlungsgebühr im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches ruhig einfassen. Der Entwurf sichert die Erfüllung des Arbeitsvertrages nur für den ohnehin herrschenden Vertrags teil besonders.

Das sind die sozialpolitischen Errungenschaften des Entwurfs, doch die Lücke dieser Bestimmungen verbleibt neben der Niederräufigkeit, mit der der Entwurf die von der Regierung zugesagte Regelung der nichtgewerblichen, also gewerkschaftlichen und schärfmacherischen Arbeitsnachweise erledigt.

In § 12 des Entwurfs heißt es:

„Die Landeszentralbehörde kann bestimmen, inwieweit die Vorschriften der §§ 3, 4 (Gehaltrendenzug und Verbot der Nebenbetriebe) auf nicht gewerbsmäßig betriebene Stellen oder Arbeitsnachweise anzuwenden und weitere Bestimmungen über den Umfang der Befreiungen und Verpflichtungen sowie über den Betrieb dieser Nachweise erlassen.“

Mit dünnen Worten: die reaktionären Landeszentralbehörden sollen in gleicher Weise den Wirkungskreis der gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise und der Unternehmernachweise festlegen. Man darf annehmen, daß diese Verfügungen schon zugunsten der Zwangsarbeitsnachweise ausfallen würden. § 13 enthält zur Durchführung dieser Verfügungen Strafandrohungen bis 150 M. Geldstrafe oder Haft. Doch mehr als diese Strafandrohungen sagt § 14 des Entwurfs. Es heißt da:

„Sind innerhalb zweier Jahre wiederholt Leiter oder Angestellte eines nicht gewerbsmäßigen Stellen- oder Arbeitsnachweises wegen Übertretung nach § 12 rechtmäßig verurteilt, so können die Landeszentralbehörde oder die von ihr bezeichneten Behörden den Betrieb untersagen.“

Arbeiter, Parteigenossen! Rüstet zur Maifeier!

Seuilleton.

Der Octopus.

Eine Geschichte aus Kalifornien von Frank Norris.
Einschlägige Ueberzeugung von Eugen v. Tempel.

71

Nachdruck verboten.

Dykes erwiderete nichts. Er füllte sein Glas und trank es mit zwei Schlucken aus. Sein dunkelrotes Gesicht war noch finsterer und grimmiger geworden. Wie ein müder Stier hatte er den auf den mächtigen Schultern sitzenden Kopf vornübergebeugt. Die trüben Augen starrten, ohne zu blinzeln, auf seine schwieligen, sehnigen Hände, die schlachtmäßig vor ihm auf dem Tische lagen, weil ihnen ihre Arbeit genommen war. Presley dachte nicht mehr an seinen Graphit. Er lauschte Carahers Worte. Durch die offene Tür konnte er den gebeugten, breiten Rücken Dykes mit den vornüberfallenden Schultern sehen.

Klar und deutlich stand das durch die Verdoppelung der Fracht hereingebrochene Verhängnis vor seinem geistigen Auge. Dykes Fall war nur einer von vielen. Unzählige andre spielten sich überall im ganzen Staate ab. Fortwährend ereigneten sie sich. Eben erst im Entstehen begriffene Erwerbszweige wurden erstellt, und die Lust war erfüllt von dem Todeströheln kleiner Unternehmen, die unbeachtet ihr Leben in weit entlegenen Countys, in den Schluchten und Tälern der Vorberge ausraubten. Sie waren von jedermann übersehen worden, nur nicht von dem Ungeheuer, das vor keinem Angriff auf ein noch so mächtiges Unternehmen zurückstreckte und ebenso wenig die Gelegenheit, das Allerkleinste aus-

zuplündern, vorübergehen ließ. Mit einem Fangarm riß das Ungetüm hunderttausend Acker Weizenland an sich, während es mit dem andern einen Sac voll Hopfen stibitzte. Stumm, mit gebuegtem Haupt und die Hände krampfhaft um die Lenkhangengräfte seines Zweirads geklemmt, setzte Presley die Fahrt fort. Seine Lippen waren weiß, und in seinem Herzen tobte, Gotteslästerungen austostend, der blonde Dämon der Empörung.

In Los Muertos stand Annixter vor. Als er mit seinem Rad in den zum Wohnhaus führenden Fahrweg einlenkte, sah er, wie der Besitzer von Quien Sabe und Harran auf den Stufen der Veranda miteinander redeten. Magnus stand im Türeingang und sprach mit seiner Frau.

Im Ortsange der Geschäfte und aufgehoben durch eine leichte Unterredung mit den Rechtsanwälten der Liga, die den Tag darauf nach Washington reisen sollten, hatte Annixter den Zug versäumt, den er, um nach Hause zu kommen, bis nach Guadalajara benutzen wollte. Er war daher der Aufforderung des Gouvernors gefolgt, auf dessen Packwagen bis Los Muertos mitzufahren; vor seinem Aufbruch von Bonneville hatte Annixter nach dem jungen Bacca telephoniert, ihm den Budskin nach Los Muertos zu bringen. Er fand auch das Pferd dort vor, verweilte aber noch einige Zeit, um Harran mitzuteilen, was Dyke angekündigt war.

„Ich möchte wohl wissen, was er jetzt tun wird,“ sagte Harran nach dem ersten Ausbrüche seiner Empörung.

„Nichts,“ erklärte Annixter. „Er sitzt fest.“

„Das verschlingt jeden Cent von seinen Ersparnissen,“ fuhr Harran fort. „Zehn Jahre hat er gespart. O, ich sagte ihm schon damals, als er von seiner Absicht sprach, Hopfen zu bauen, er sollte mit der Eisenbahn seiner Sache ja sicher sein.“

„Eben hab' ich ihn gesehen,“ sagte Presley, auf die beiden zutretend. „Nur von rückwärts. Er trank an

einem Tische und hatte mir den Rücken zugewandt. Über ihm konnte sehen, daß er ganz gebrochen, daß er völlig zerschmettert war. Es ist schrecklich, — schrecklich!“

„Bei Caraher war er?“ fragte Annixter.

„Ja, gewiß.“

„Getrunken hat er?“

„Ich glaube. Eine Flasche hab' ich gesehen.“

„Bei Caraher trinkt er,“ rief bitter Annixter. „Ich sehe schon, wie er endigen wird.“

Schweigen folgte seinen Worten. Nachdenklich blickten die drei zu Boden.

In stummem, bitterem Grimm und tiefschwarzmürrt sahen die drei Männer, als ob sie selbst in diesem Augenblick in der Trintstube des Caraherischen Landstrafenwirtshauses ständen, den langsam, unaufhaltshamen Zusammenbruch, den völligen Untergang eines ihrer Gefährten, die Vernichtung einer Laufbahn, den Ruin einer Persönlichkeit; sie sahen, wie ein ehrlicher, starler, furchtloser und aufrichtiger Mann von einer riesigen Macht niedergeworfen wurde und, einem bösen Einfluß folgend, blind in sein Verderben rannte.

„Ich sehe schon, wie er endigen wird,“ wiederholte Annixter. „Dyke gibt das Spiel auf, und S. Behrman, Shelgrim und Kompanie gewinnen ein weiteres Point.“

Hastig ging er zu seinem Pferde, löste den Strick, mit dem es angebunden war, und schwang sich in den Sattel.

„Gott für uns alle,“ sagte er im Begreifen, „und der Teufel hol' den Leichten. Adieu, ich will nach Hause. Vorläufig hab' ich noch'n Zuhause.“

Er galoppierte auf dem Unterweg nach Quien Sabe hin. Annixter hatte den das Ranchhaus umgebenden Zypressen- und Eukalyptushain hinter sich gelassen und kam jetzt auf die kahle Fläche des Weizenlandes, das zu beiden Seiten des Weges in unabsehbare Weiten sich erstreckend, noch keine Spur des in ihm schlummernden Lebens zeigte.

Wie in der Gebührenordnung ein Umsturz des bürgerlichen Gesetzbuches, wird hier ein Umsturz der strafrechtlichen Verantwortlichkeit angestrebt. Eine gesetzlich erlaubte Korporation könnte nur aufgelöst werden, wenn die Korporation als solche ihren Statuten zuwiderhandelt, etwa als unpolitischer Kriegerverein Wahlpropaganda verbreiten würde. So wenig eine Zeitung wegen zweier Preßvergehen eines Redaktionsmitgliedes „aufgelöst“ werden kann, so unzulässig ist auch vom prinzipiellen Standpunkt des kapitalistischen Rechts die Übertragung der individuellen Verantwortlichkeit auf die Korporation, der der „Schuldige“ eben angehört. Für das Gegenteil finden wir etwa nur im System der Blutrache der Albaner und anderer mehr oder weniger „wilder“ Völker Analogien. In diesem § 14 wird jedoch die gewerkschaftliche Institution aufgelöst, wenn einem ihrer Angestellten zwei eventuell auch auf eigene Faust begangene Übertretungen nachgewiesen würden. Wo ist der preußische Landrat, der wegen der Konstruktion zweier winziger Übertretungsfälle in Verlegenheit läuft? Wo ist die sächsische Behörde? Und wo ist demgegenüber die Landesbehörde, die die Übergänge der Scharfmacherverbände mit der Auflösung des Unternehmensnachweises bestrafen würde. Die Junker buhlen heute brüderlich um das Wohlwollen der Schlotbarone, die man zur Abkehr vom aussichtsreichen Nationalliberalismus durch überschwengliche Scharfmachersänge bewegen will. Die jungerliche Verwaltung wird also zarte Sorge tragen, daß den Scharfmacher-nachweisen kein Haar gekrümmt, die gewerkschaftlichen Nachweise aber verfälscht ruiniert werden. Die Arbeiter haben also alle Veranlassung, besonders diesen § 14 in schärferster Form zu bekämpfen.

Den Weg, der zum öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweis führt, konnte die Regierung der Junker und Schlotbarone natürlich keinesfalls betreten, dazu hätte sie vor allem die nunmehr jungerlich „verbesserten“ gewerkschaftlichen Nachweise und die Nachweise der Unternehmerverbände sowie der Gewerkschaften aufheben müssen. Die Begründung zum Entwurf bemerkt, daß die Ablösung der gewerkschaftlichen Nachweise 20 Millionen Mark Ablösungsosten beansprucht hätte, „auch die obligatorische Errichtung öffentlicher gemeinnütziger Arbeitsnachweise... erscheint zurzeit nicht notwendig und nicht zweckmäßig“. Die Ablösung, die der französische Erbfeind längst in Angriff genommen, würde bald soviel wie ein Drittel eines besseren Dreadnoughts kosten. Soviel Geld für Arbeiterinteressen im Reich des sozialen Königtums? Die paritätischen Arbeitsnachweise sind „ja nicht notwendig“, weil die Zwangsarbeitsnachweise die Geschäfte der Unternehmer unbehindert besorgen, sie sind auch nicht zweckmäßig, weil die gewerkschaftliche Stellenvermittlung besser in der Amtsstube gemeuchelt werden kann. Vernichtung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung aber ist überhaupt das dringend ersehnte Ziel des ganzen Entwurfs.

In kurzen 16 Paragraphen bietet somit der Entwurf eines Stellenvermittlergesetzes ein vollendetes Bild des Kurses, der heute die Sozialpolitik des Reiches beherrscht und die Massen des Proletariats zum entschlossenen politischen Kampf drängt. Es ist der Kurs gegen die wirtschaftlich kämpfenden Organisationen des klassenbewußten Proletariats.

Zur Vorgeschichte der Aussperrung.

IV.

Die Denkschrift wendet sich sodann zu den Lohnformen und weist nach, wie durch die Einführung von Durchschnitts- und Staffellöhnen der Willkür des Unternehmers ein weiter Spielraum gestattet würde, wie dann aber auch vollständig verkannt werde, daß der im Vertrag festgelegte Lohn ja ein Mindestlohn sein sollte. Ebenso zu verwerfen seien solch verschwommene Begriffe, wie etwa „täglich“ oder „geübt“, weil dadurch die Zahlung des tariflichen Lohnes von dem subjektiven Ermessen des Unternehmers abhängig wäre.

Bezüglich der Erd- und Tiefbauarbeiter fordert das Vertragsmuster der Unternehmer:

Es war spät am Tage, und schon lagen lange Schatten auf dem Staubpolster der Landstraße. Vor sich in weiter Ferne sah Annixter den ehrwürdigen Gloriettum der Mission San Juan in den leichten Strahlen der sinkenden Sonne glänzen; hinter dem Reiter, im Nordwesten, hob sich die vergoldete Kuppel des Bonneville Gerichtsgebäudes dunkelpurpur von dem wie in Flammen stehenden Abendhimmel ab. Annixter gab dem Budstink die Sporen. Er fürchtete, spät zum Abendessen zu kommen. Ob Hilma ihm wohl sein Mahl bringen würde? Hilma! Der Name durchzuckte sein Hirn mit wohltiger Glut. Während des ganzen, in angestrengter Tätigkeit zugebrachten Tages, inmitten aller der sorgfältigen bis ins kleinste ausgesponnenen Pläne für den leichten und entscheidenden Feldzug der Liga gegen den Trust war der Gedanke und die Erinnerung an Hilma der Unterstrom seines Denkens gewesen. Jetzt endlich war er allein. Er konnte alles andre beiseite lassen und sich nur mit ihr beschäftigen. In der Bracht des scheidenden Tages, in der Flut sonnigen Lichtes erschien sie ihm. Unerfindlich, schwerfällig, nüchtern, wie seine Einbildungskraft war, zauberte sie ihm doch das in Sonnenchein getauchte und in hellstem Glanze strahlende verführerische Bild Hilmas vor die Augen. Er sah die holde Einfachheit ihrer Haltung, das statuenhafte Gleichmaß der Umrisse ihrer Gestalt, die wundervolle Rundung des Busens, die schweren Massen ihres Haares. Er erinnerte sich der kleinen, ihrem schlichten Wesen widersprechenden Merkmale weiblicher Zierlichkeit, die ihm so oft an ihr aufgefallen waren; an ihre zarten, schmalen Füße dachte er, an die kleinen Stahlschnallen auf ihren ausgeschnittenen Schuhen, an die schwarze Bandschleife, die sie seit einiger Zeit im Nackenhaar trug; er glaubte ihre tiefe, sinnweiche Stimme zu hören, deren lieblicher, gedämpfter, fast heiserer Klang mehr aus der Brust als aus dem Halle zu kommen schien.

Die Hupe des Budstins knirschten auf den Kieseln des Broderson-Bachs unter der langen Treppenbrücke. Annixters Gedanken wanderten zurück zu der Szene vom Abend zuvor, als er sie dort überrascht hatte. Er bis die Zähne vor Angst und Enttäuschung zusammen. Warum hatte sie ihn denn nicht verstanden? Was war nur mit den Weibern los, denen immer nur die Heiraterei im Kopfe stand? War es nicht genug, daß er mehr nach ihr ver-

Grundsätzlich sollen die Löhne im Tiefbaugebilde nicht höher sein als im Hochbaugebilde; wo sie höher sind, werden sie herabgesetzt.

Für das Tiefbaugebilde besteht grundsätzlich kein Unterschied zwischen Erd- und Tiefbauarbeitern; es kommen für dasselbe nur Erdarbeiter in Betracht, die nicht unter das Tarifvertragsverhältnis fallen.

Die Denkschrift bemerkt hierzu:

Es sei hier auch auf den Widersinn verwiesen, der in den Anträgen der Arbeitgeber enthalten ist. Die Arbeitgeber verlangen die Herabsetzung des Lohnes für einen Teil der Tiefbauarbeiter bis auf den Lohn der Tiefbauarbeiter, deren Lohn aber völlig in der Luft hängt, weil für Tiefbauarbeiter ausdrücklich kein Tarifvertragsverhältnis bestehen soll. Der Sinn des Ganzen ist: der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe will für eine große Arbeitergruppe eine Lohngrenze festsetzen, ohne für diese ein Vertragsverhältnis einzugehen.

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe begründet die Ausschließung der Erd- und Tiefbauarbeiter von dem Tarifverhältnis unter anderm damit, daß die Tiefbauunternehmer dem Arbeitgeberbunde nicht angehören, sondern entschlossen sind, eine eigene Organisation zu gründen. Um so größere Verwunderung muß es erregen, daß er dennoch versucht, auf die Löhne der Tiefbauarbeiter Einfluß zu gewinnen. Ebensowenig wie die Arbeiterorganisationen von dem Deutschen Arbeitgeberbunde verlangen, daß die Löhne für Arbeitergruppen tariflich festgelegt werden, die der Organisation nicht angehören sind, ebensogar müssen sie es aber auch ablehnen, denn Bunde ein Recht einzuräumen, auf das er nach vernünftigen Gründen keinen Anspruch erheben kann.

Man vergleiche wiederum die Behauptung der Arbeitgeber, die „unerfüllbaren Forderungen der Arbeiter“ verhinderten den Frieden, mit diesen klaren Tatsachen: Der Arbeitgeberbund will für eine große Gruppe von Arbeitern die Tarifverträge umstoßen, will ihr den Lohnkürzen, und wenn sich die Arbeiterorganisationen dagegen wehren, dann beschuldigt er diese der Störung des Friedens.

Betrifft der Akkordarbeit, über die in dem bisher geltenden Vertragsmuster bestimmt war: Akkordarbeit ist zulässig; die Akkordpreise unterliegen besonderer Vereinbarung, beantragt die Arbeiterorganisationen, diesen Passus im Vertragsmuster zu streichen. Sie wollen die Regelung der Akkordarbeit den örtlichen Organisationen überlassen. Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe will dagegen die Akkordarbeit unbedingt im Vertrage haben, auch sollen die Arbeiter sich „jeder hindern den Einführung“ auf die Ausübung der Akkordarbeit enthalten. Die Denkschrift bemerkt nur dazu:

In der Natur der Akkordarbeit liegt begründet, in möglichst kurzer Zeit viel zu leisten, da die Höhe des Verdienstes davon bestimmt wird. Je mehr Steine vermauert werden, desto höher ist der Lohn. Da liegt die Gefahr sehr nahe, daß auf die Ausführung der Arbeit nicht Sorgfalt verwandt wird, die die Solidität und Haltbarkeit erfordert. Die Pfuscherel bei der Akkordarbeit im Baugewerbe ist eine notorische Tatsache, an der kein Widerstreit etwas ändert. Sie wird dadurch gefördert, daß sie äußerlich leicht zu verdecken ist. Eine Mauer kann äußerlich solid und sauber aussehen und im Innern doch schlecht sein. Um bei dem Materialtransport zu sparen, werden häufig die Steine im Innern der Mauer trocken oder nicht genügend in Mörtel versetzt, oder es werden die Hohlräume mit Schutt ausgefüllt, oder der Steinverband wird nicht innegehalten. Die Akkordarbeit treibt zum Betrug; von der Zahl der vermauerten Steine hängt der Verdienst ab. Der Schaden tritt gewöhnlich erst später hervor, wenn die Pfuscher den Bau bereits verlassen haben. Reichliche Reparaturen sind die Folge, wodurch die Hausherren stark geschädigt werden und eine frühzeitige Entwertung des Hauses eintritt, abgesehen von den Unannehmlichkeiten, die eine rissige und abbröckelnde Wand in der Wohnung für den Bewohner hat.

Damit verbunden ist eine Erhöhung der Gefahr für Leben und Gesundheit der in Akkord tätigen Arbeiter. Die meisten Einstürze ereignen

sich an Akkordbauten, und ebenso werden die Unfallverhütungsvorschriften an solchen am wenigsten beobachtet. Diese Klage wird in den Berichten der Baugewerksvereinsgenossenschaften immer wieder erhoben...

Wer lädt nun eigentlich in der Maurerrei in Akkord arbeiten? In der Regel sind es nicht die besten Firmen, sondern vorwiegend Bauunternehmertum die schwerste und unsauberste Konkurrenz bereiten. Durch die Anträge des Arbeitgeberbundes wird diesem weiter Vorschub geleistet, darüber hinaus aber enthalten sie geradezu unerhörte Zusammensetzung an die Arbeiterverbände. Die vertragsschließenden Parteien sollen sich „jeder hindern den Einführung“ sowohl auf Arbeitgeber als auch auf Arbeitnehmer enthalten“. Damit würde den Arbeiterorganisationen jede Aufführung ihrer Mitglieder über die Schädigung der Akkordarbeit unmöglich gemacht. Dem Arbeitgeberbund dagegen bliebe es freigestellt, zu beschließen, nur noch in Akkord arbeiten zu lassen. Ein solcher Zustand versteht sich die Parität, und diese Anträge sind deshalb für die Arbeiter nicht annehmbar. Außer schärfste weisen die Arbeiterorganisationen die Bestimmung zurück, wonach sich die vertragsschließenden Parteien verpflichten sollen, vor und bei Vereinbarung der Akkordpreise keinerlei Einfluß auf ihre Mitglieder auszuüben. Die Arbeitgeber hätten danach das Recht, die Akkordpreise ganz willkürlich festzusetzen, ohne daß die Arbeiterorganisationen etwas dagegen tun könnten. Wie würden die Arbeitgeber bei schlechter Konjunktur dies Recht ausnutzen!

Der Antrag bedeutet einen Eingriff in die Ausübung des Koalitionsrechts der Arbeiter, indem er die Organisationen hindern will, den Mitgliedern bei der Vereinbarung der Akkordlöhne beizustehen. Welchen Wert hätte dann noch die Organisation für die Akkordarbeiter, wenn dieser der Einführung auf die Festsetzung der Akkordpreise entzogen wäre? Wenn es den Arbeitgebern wirklich um die Regelung der Akkordarbeit zu tun wäre, dann mühten sie darauf drängen, in allen Orten, wo die Akkordarbeit vorkommt, die Preise vertraglich festzulegen. Das wäre ein wirksames Mittel gegen die Schmutzkonkurrenz. Was der Arbeitgeberbund anstrebt, ist das direkte Gegenteil, ist nicht die Regelung der Akkordarbeit, sondern ihre Ausschließung an die Willkür.

Von den Arbeitgebern ist die Behauptung verbreitet worden, die Arbeiterorganisationen wollten die Akkordarbeit im Baugewerbe überhaupt beseitigen. Das trifft durchaus nicht zu; die Gewerkschaften wissen auch, daß sie das gar nicht können. Aber angesichts der geringen Verbreitung der Akkordarbeit halten sie zentrale Abmachungen darüber nicht für angebracht und beantragen deswegen die Streichung des bisherigen Wortlautes, nicht, um den aussichtslosen Versuch zu unternehmen, die Akkordarbeit auszurotten, sondern um den örtlichen Organisationen die Regelung dieser Frage zuzuweisen. Will der Arbeitgeberbund nicht darauf eingehen, so sind die Arbeiter im Interesse des Friedens bereit, es bei dem bisherigen Zustand zu belassen.

Die Aussperrung im Baugewerbe.

Der Vorstand des Bezirksverbands Sachsen der Bauunternehmer hat am Montag in Dresden eine Sitzung abgehalten, an der 44 Vertreter von 28 Lokalverbänden teilnahmen. In dieser Sitzung wurde lebhaft über den „Abfall“ der Berliner Bauunternehmer gestritten; auch in den Land- und den Grenzbezirken ist die Aussperrung nicht in dem gewünschten Umfang getätigert worden. Gleichzeitig wurde aber auch der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß trotzdem die Aussperrung mit unvermindertem Schärfe durchgeführt werde. Man nahm eine Resolution an, „trotz Berlin untenwegt an den Bundesbeschlüssen festhalten zu wollen“. Die Resolution wurde „an alle großen Verbände“ telegraphisch übermittelt. Die sächsischen Unternehmer sind also noch ebenso aussperrungswütig, wie vor dem Kampfe. Wenn sie aber hoffen, daß ihre Scharfmacherparole überall Anerkennung und Nachahmung findet, so können wir ihnen schon jetzt einen Tropfen Bitterkeit in ihren Freudenbecher gießen. Die Bremer Bauunternehmer haben

langte als nach irgendeinem andern Mädchen seiner Bekanntheit und daß auch sie ihn mochte? Sie hatte so was doch selbst gesagt. Glaubte sie denn die Herrin von Quien Sabé zu werden? Ah, das war's! Auf sein Eigenum hatte sie's abgelehnt, wegen seines Geldes wollte sie ihn heiraten. Er konnte seinen unüberwindlichen Argwohn gegen die Frau, sein angeborenes Misstrauen gegen das ganze Weibergeschlecht nicht überkommen. Wie bildenlos falsch muhte sie sein, daß sie so unschuldig erscheinen konnte! Es war fast unglaublich; ja — sollte man's denn wirklich glauben?

Zum erstenmal besiegelte ihn Zweifel. Angenommen, Hilma war wirklich das, was sie zu sein schien. Angenommen, sie dachte gar nicht daran, ihn wegen seines Landbesitzes zu heiraten. Und der Augenblick war wohl auch wenig geeignet, ihn deshalb heiraten zu wollen — jetzt, wo doch der Besitz von Quien Sabé während der nächsten Monate völlig in der Schwebe hing. Angenommen, sie war wirklich ohne Falsh. Aber noch rechtzeitig entlappte er sich bei diesem Gedanken. Sollte er sich auf seine alten Tage noch von einem femininen Frauenzimmer narren lassen? Er, Bud Annixter, der geriebene, schlaue Geschäftsmann! Das könnte ihm gerade noch fehlen. Was auch kommen möchte, er wollte der Herr bleiben.

In dieser Stimmung kam er zu Hause an. Aber trotz aller Vorfälle konnte er gegen sich ihm ausdrängende Gedanken nicht anklammern. Während er den Budstink absattelte und ihn zum Wassertroge neben dem Stall führte, begann sein Herz bei der bloßen Vorstellung von Hilmas Nähe heftig zu klopfen. Es wurde bereits dunkel; Annixter lugte verstohlen hier und dorthin, um zu sehen, ob sie nicht irgendwie zum Vorschein käme. Es war — ohne zu wissen, weshalb — fest überzeugt, daß Hilma ihren Eltern nichts davon sagen würde, was sich am Abend zuvor zwischen ihm und ihr unter der langen Treppenbrücke ereignet hatte. Nicht im geringsten kam ihm der Gedanke, daß es aus war zwischen Hilma und ihm. Er sah es ein, daß er sie um Verzeihung bitten mußte — in den sauren Apfel muhte er beißen. So bald wie möglich wollte er sie aufsuchen, um alles wieder einzurecken und dann von neuem zu beginnen. Er wußte nicht recht, was er eigentlich mit Hilma vorhatte. Früher hatte er das ganz genau gewußt. Jetzt aber schwante ihm das Ziel seiner

Wünsche nur höchst unklar vor. Er hätte nicht sagen können, was er wollte. Ihm war es am liebsten, wenn alles so weiterging wie bisher, ohne daß er an irgendwelche Folgen zu denken brauchte; traten sie ein, so ergab sich alles andre im natürlichen Verlaufe der Dinge von selbst. Über das eine aber war er sich klar, daß sich seine Gedanken vom frühen Morgen bis zum späten Abend mit Hilma beschäftigten; er war glücklich, wenn er in ihrer Nähe weilen konnte, und unglücklich, wenn er fernbleiben mußte. Schweigend brachte ihm der chinesische Koch das Nachtmaul. Annixter aß und trank und zündete sich nach der Mahlzeit eine Zigarette an, die er, den schönen Abend geniehend, auf der Veranda rauchte. Die Luft war mild und warm und der Himmel wie gepudert mit Sternen. Von den Ställen her hörte er einen portugiesischen Arbeiter auf der Gitarre klappern. Aber er verlangte Hilma zu sehen. Der Gedanke, zu Bett gehen zu müssen, ohne sie, wenn auch nur flüchtig, gesehen zu haben, war ihm unerträglich. Annixter erhob sich von seinem Stuhl, klagte die Verandasäulen herab und wanderte, Auge und Ohr anspannend, ziellos zwischen den Wirtschaftsgebäuden umher. Vielleicht würde er irgendwo auf sie stoßen.

Das kleine Haus der Trees, zu dem es ihn unwiderstehlich hinzog, war finster. Sollten seine Bewohner schon sozeitig zu Bett gegangen sein? In weittem Bogen und scharf hinhorrend umschlich er das Haus, aber alles blieb still. Die Tür der Molkerei war angelehnt; er stieß sie auf und trat in das dunkle Dunkel. Aus den Ecken und von den Wänden her schimmerten die blau gepuderten Metalleimer und Schüsseln in mattem Glanz. Der pridelnbe Geruch frischen Küses kitzelte seine Nase. Alles blieb still. Niemand war in der Molkerei. Er ging wieder hinaus, zog die Tür hinter sich ins Schloß und blieb, ungewiß, was er jetzt tun sollte, auf dem freien Platz zwischen der Molkerei und seinem neuen Barn stehen. Während er noch unentschlossen zögerte, kam sein Vormann aus dem Schlafhaus der Arbeiter von der andern Seite der Allee her und ging auf den Barn zu.

„Hallo, Billi,“ murmelte Annixter, als der Mann an ihm vorbeikam.

(Fortl. folgt.)

nämlich gestern abend beschlossen, von einer Aussperrung abzusehen. Ist der Beichluß auch mit 118 gegen 91 Stimmen gefasst worden, so scheidet doch nun auch Bremen aus dem Kampfe voraussichtlich endgültig aus. Das wäre also das dritte große Wirtschaftsgebiet, das nicht in den Kampf hineingezogen würde. Auf der andern Seite sind allerdings die Einigungsvorhandlungen in Breslau ohne Ergebnis gewesen, da nach einer telegraphischen Meldung die Unternehmer die Forderungen der Arbeiter abgelehnt hätten. Was die Verhandlungen der sächsischen Unternehmer in Dresden noch besonders bemerkenswert macht, war die Mitteilung, daß das sächsische Ministerium in den Innen den Vorsitzenden des sächsischen Unternehmerverbands gebeten hat, über die jeweilige Lage der Aussperrung zu berichten. Dass sich das Ministerium über den Gang der Aussperrung unterrichten will, ist nur zu begrüßen; daß es aber seine Informationen nur von den Unternehmern bezieht, die Arbeiterorganisationen dagegen übergeht, das zeigt deutlich die parteiische Stellungnahme der sächsischen Regierung in diesem Riesenkonflikt.

Wie das Leipziger Tageblatt wissen will, soll das Reichsamt des Innern zu neuen Vermittlungsvorhandlungen zwischen den Arbeitern und den Unternehmern des deutschen Baugewerbes bereit sein, wenn von einer der Kämpfenden Parteien ein neues Gesuch eingereicht wird. Das Reichsamt halte sich über alle Phasen des Kampfes auf dem Laufenden, habe jedoch bislang keinen Anlaß zu einem unausgesuchten direkten Eingreifen in den Lohnkampf gefunden. Es sei jedoch nicht ausgeschlossen, daß ein solcher Schritt dennoch im Laufe der nächsten Wochen erfolge.

Die Hilfe aus dem Lager der Scharfmacher.

Aus Kiel wird gemeldet: Eine Versammlung schwedisch-holsteinischer Händle wurde beschlossen, die Unternehmer des Baugewerbes in ihrem Kampfe zu unterstützen. Die Anwesenden äußerten sich dahin, daß bis zur Beendigung der Aussperrung Sand nicht geliefert werden soll.

Gelsenkirchen. In einer Besprechung der Lippe-Sandwerke-Besitzer wurde beschlossen, das Baugewerbe in seinem Kampfe zu unterstützen. Die Anwesenden äußerten sich dahin, daß bis zur Beendigung der Aussperrung Sand nicht geliefert werden soll.

Buchen. In einer Besprechung des rheinisch-Westfälischen Zementsyndikats mit dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten sprach das Syndikat dem Arbeitgeberbund seine Sympathie aus. Ferner stellte das Syndikat, das gleichzeitig Mitglied des Arbeitgeberbunds ist, den rheinisch-westfälischen Verbänden eine größere Summe als Beitrag zur Verfügung.

Arnsberg. Am nächsten Sonnabend werden im Arbeitgeberverband Arnsberg die Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe rund 300 Bauarbeiter (ohne Poliere und Lehrlinge) eingesetzt sein.

Bochum. Da die Bildhauer, Steinmetze und Gipser in den Orten Gelsenkirchen, Bochum, Essen, Dortmund, Hamm, Hagen, Herne, Recklinghausen und Wanne die Forderung der Unternehmer auf Abschluß eines dreijährlichen Tariffs nicht angenommen haben, beschlossen die Unternehmer der genannten Städte, morgen abend ihre Geschäfte zu schließen. Betroffen werden von dieser Aussperrung rund 2500 Arbeiter.

Gladbeck i. Westf. Die hierige Ortsgruppe des Arbeitgeberbunds für das Baugewerbe hat sich, wie schon gemeldet, mit den Arbeiterorganisationen verständigt und einen neuen Tarifvertrag auf drei Jahre abgeschlossen. Aufgedeckt waren hier der Friede im Baugewerbe gesichert. Nunmehr hat der Arbeitgeberbund über die Ortsgruppe den Materialboykott verhängt, um die Durchführung des Einigungsbeschlusses zu verteideln.

Keine Aussperrung in Bremen.

Bremen, 28. April. (Privatdepeche der Leipziger Volkszeitung.) In der gestrigen Versammlung der Baugewerkschaften von Bremen und Umgebung wurde erneut über die Aussperrung verhandelt. In der sehr scharfen Debatte liehen die Scharfmacher alle Künste spielen. Es half ihnen aber nichts; die hier sehr zahlreichen kleinen Unternehmer spürten keine Lust, für die großen die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Die Aussperrung wurde mit 118 gegen 91 Stimmen abgelehnt. Ferner wurde beschlossen, sofort auf Grund des am 15. April abgelaufenen Tariffs mit den Arbeitern zu verhandeln.

Die Verkündung der Aussperrungen durch die bürgerliche Presse.

Die bürgerliche Presse bringt fast ohne Ausnahme eine Meldung, wonach in Charlottenburg von den "Streikenden" schwere Ausschreitungen gegen Arbeitswillige begangen worden seien sollen. Ist die Nachricht schon an sich grober Schwachsinn, so zeigt sich die Geschicklichkeit der bürgerlichen Presse gegen die Aussperrungen in doppelter Schönheit, weil sie die Meldung einfach unter: "Zum Kampf im Baugewerbe rubriziert. Es wird da von blutigen Zusammenstößen geschrieben, bei denen Arbeitswillige durch Revolverschläge, durch Messerstiche, durch Schläge mit Anklappeln und sonst welchen Wordinstrumenten schwer verletzt worden sein sollen. Die Vorgänge haben sich nun aber gerade umgekehrt abgespielt. Auch handelt es sich gar nicht um aussperrte Bauarbeiter, sondern um einen Streikführer Leitergerüstbauer bei der Firma Altmann, A.-G. in Charlottenburg. Der Vorwärts berichtet darüber:

"Große zwischen Streikenden und Arbeitswilligen", "Große Ausschreitungen zwischen Streikenden und Arbeitswilligen." Unter diesen und ähnlichen sensationellen Überschriften gibt die bürgerliche Presse durchaus läugenhafe Berichte über augenscheinliche Überfälle von streikenden Leitergerüstbauern auf Streikbrecher wieder. Die Streikenden sollen einen Gerüsttransport überfallen, die Pferde durch Messerstiche verletzt, die Streikbrecher selbst mit Steinen bombardiert und aus Revolvern geschossen haben. Der Kutscher Müller, der Gerüstbauer Rosenthal und der Maurer Gerdorf sollen dabei schwer verletzt sein.

Die Sache hat sich gerade umgedreht zugetragen, als sie in der Sensationspresse dargestellt wird. Nicht die Streikenden haben geschossen, sondern die Arbeitswilligen. Einer der Hauptäcker war der arbeitswillige Leitergerüstbauer Rosenthal. Als Streikende den Versuch machten, den Mann auf das Vorwärtsche seiner Handlungswise aufmerksam zu machen, zog er einen Revolver und verließ, damit zu schießen. Nunmehr sprangen die Streikenden hinzu, entwunden ihm die Waffe und verabreichten ihm die Portion Prügel, die folsten Revolverhelden gefüllt. Dabei mag auch sein Begleiter Müller, der ihm Hilfe leistete, etwas abbekommen haben. Rosenthal hätte das schlimmste Unheil anrichten können, wenn nicht die beiden Unternehmer ihre Streikbrecher mit ebenso schlechten Revolvern ausgerüstet hätten, wie sie ehrlichen Arbeitern schlechte Waffe

zahlen. Der Revolver enthielt u. a. eine abgeschossene Patrone und drei vom Hahn eingedrehte, aber nicht zur Explosion gebrachte. Daneben noch völlig unverhorste Patronen. Die Streikenden haben weder mit Steinen geworfen, noch mit Steinen geschossen. Der angeschossene und völlig unbedeutende Maurer ist entweder von Streikbrechern oder gar von Schüleuten angeschossen worden.

Dass die Streikenden nicht geschossen haben können, weiß niemand besser als die Polizei! Diese verhaftet andauernd die Streikposten, hält sie im Gewahrsam und unterwirft sie einer gründlichen Visitation. Während aber die Streikbrechergesellschaft mit Revolvern ausgerüstet ist und damit in geradezu verbrecherischer Weise hantiert, hat man bisher noch bei keinem der Streikposten eine Waffe finden können, einschließlich der Leute keine Waffen haben. Die bürgerlichen Journalisten aber lassen diese waffenlosen Leute mit Revolvern schlagen, in asphaltierten Straßen mit Plastersteinen und im Tiergarten mit Steinen werfen. Die Presse aber nimmt diesen Schnicksal ihre Tatenrichtungen unbeschwert ab.

Und die Polizei geht nicht gegen die gemeingeschäftlichen Revolverhelden, sondern gegen die Streikposten vor!

An die Arbeiterschaft Leipzigs!

Die Leitungen der unterzeichneten Gewerkschaften geben folgendes bekannt:

Jedes Mitglied ist im Besitz einer Kontrollkarte; ausgesperrte Mitglieder erhalten für jeden Tag einen Kontrollstempel in ihre Karte; in Arbeit Sichende haben je nach Stundenlohn täglich eine Extra-Marke zu leben.

Wir ersuchen die gesamte Arbeiterschaft Leipzigs, uns in unserm Kampfe dadurch zu unterstützen, daß sie die Einhaltung der getroffenen Bestimmungen kontrolliert.

Zentralverband der Maurer, Zweigverein Leipzig.

Zentralverband der Bauhelfsarbeiter, Zweigverein Leipzig.

Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Leipzig.

Ein offener Brief. An dem gestrigen Artikel mit vorstehender Überschrift ist auf der zweiten Spalte der dritte Abzug nicht als Titat kenntlich gemacht worden. Es muß heißen: Der Baurat Jellisch sagte am 9. März d. J.: "Sie haben davon gesprochen . . . nicht überall der Fahne gefolgt wird."

Gewerkschaftsbewegung.

Die badische Arbeiterschaft im Lichte der Fabrikinspektion.

Über den Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion für 1909 wird uns geschrieben: Es unterliegen der amtlichen Kontrolle dieser Aufsichtsbehörde 10 704 Betriebe, nahezu 300 mehr als im Vorjahr. Davon wurden 4676 (3867 im Vorjahr) revidiert, wobei 3309 Auflagen für 1795 Fabriken erfolgten. Von der Arbeiterschaft und ihren Organisationen liegen 120 schriftliche Beschwerden ein; weitere 28 kamen zum mündlichen Vortrag.

In den Betrieben des Inspektionsgebiets arbeiteten 234 744 (229 935) Arbeiter, darunter 64 149 erwachsene Arbeitertinnen, 9965 weibliche Jugendliche und 410 Mädchen. Die revidierten Betriebe enthalten 68 Prozent der Gesamtarbeiterzahl; 55,4 Prozent der Betriebe wurden nicht besucht. Von den gemachten Auflagen hatten 1304 den Zweck, gesundheitsschädliche Einfüsse zu verhindern, 1177 wurden zwecks Unfallverhütung erlassen, ferner 826 im Interesse eines allgemeinen Schutzes der Arbeiterschaft. Nach Betriebsgruppen betrachtet entfallen die meisten Arbeiter (40 000) auf die Zigarettenindustrie, 34 600 auf die Maschinenindustrie, 34 000 auf die Textilfabriken, 38 000 auf die Metallverarbeitung. Die größte Zahl der Anlagen (3477) hat die Nahrungsmittelbranche aufzuweisen. Rechnet man dazu die Besichtigung der 180 Betriebe in der Industrie und der 2493 Besuche in solchen Betrieben, die gemäß § 120a der Gewerbeordnung nach bürgerlichem Vorschrift geschahen, so betrug die Totalität der Revisionen 6778 (5479), während die Bergbehörde deren 15 (37), die Wasser- und Straßenbau-Oberdirektion deren 1718 (1385) ausführte.

Unfallanzeigen sind von den Bezirksämtern 9749 (gegen 7640) eingereicht worden; 74 meldeten den Tod des Verletzten. Es kommen im Berichtsjahr auf 100 Unfälle 0,67 Todesfälle gegen, nur 0,45 im Vorjahr. 400 der Unfälle entfallen auf die Nachtschichten; die Zahl der nächtig beschäftigten Arbeiter ist nicht bekannt. Erwähnenswert ist, daß auch fünf Fälle von Milzbrand-Erkrankung zur Meldung kamen, zwei mit tödlichem Ausgang. Dieser Gefahr sind insbesondere die Arbeiter ausgesetzt, die mit dem Ausladen der ausländischen Häute beschäftigt werden. Auch Ansteckungen sind festgestellt, bei der Infektion bewährt sich die Einspritzung des Milzbrandserums. Ein einziger Fall der Vergiftung durch salpetrige Säure in der Jellstoffindustrie soll nun auch der letzte sein, weil Nitrierhallen mit gründlich abgeänderten Apparaten eingerichtet sind. Die Schädigung durch Säuredämpfe wurde bei der Rentenbewilligung als Unfall, nicht als Gewerbeinkrankheit angesehen.

Die Ausführung der Bäckererverordnung stößt auf grobe Schwierigkeiten durch den Widerstand der Besitzer. Wegen Bleierstanzung ist nirgends ein Ausschluß aus der Beschäftigung mit Bleifarben vorgekommen. Ein Arzt stellt fest, daß Leute jahrelang mit Bleisäum behaftet waren, ohne Krank gewesen zu sein. Die Bezirksämter verbieten das Mitbringen von Branntwein in die Steinbrüche und Steinhaeuereien. Die Trinkwasserzapfstellen nehmen in der Großindustrie immer mehr zu; ebenso die Bade- und Speiseräume. In der ländlichen Steinzeugfabrik Friedrichsfeld, die durchschnittlich 550 Arbeiter beschäftigt, wurden an diese im Jahre 1909 rund 3500 Bäder verabreicht.

Leipzig und Umgebung.

Der Streik der Sattler und Portefeuillier.

Die Situation ist nach wie vor für die Streikenden günstig, obwohl die Unternehmer alles anwenden, um in die Reihen der Streikenden Eindringen zu tragen. Klagen vor dem Gewerbeamt, Abschleppen des Werkzeugs, Zusehen der Bewegungen, Aufsuchen der Streikenden in den Wohnungen, veranlassen polizeiliche Vernehmungen usw., nichts hat den gewünschten Erfolg gebracht. Die Streikenden stehen fest zu ihrer Organisation und werden ihre Forderungen durchzusetzen wissen. Im Streik stehen die Gehilfen der Firmen J. C. Richter, F. A. Winterstein, A. Kleemann, F. C. Kleemann, Karl Blatz, F. Neppenhausen und Kofferfabrik Saxonie. Die Anstrengungen der Unternehmer, außerhalb Leipzigs Streikbrecher anzuwerben, sind erfolglos geblieben. Nur versuchen einige Firmen an Stelle der streikenden Sattler und Portefeuillier Buchbinderei einzustellen. Die Tischler der Kofferfabrik Saxonie wurden wegen Verweigerung von Streikarbeit gemobbt. Wir fordern daher die Buchbinderei,

Galanterearbeiter und Tischler auf, Arbeitsangebote bei den genannten Firmen abzulehnen. Während, wie das Beispiel der Tischler zeigt, Arbeiter lieber ihre Stellung einbüßen, als Streikarbeit zu verrichten, betrachten es die Handlungsgeschäftsleute der Firma J. C. Richter nicht als ehrenhaftig, die Plätze der Sattler einzunehmen. Freilich werden am Abend Bier und Zigaretten zur Stärkung der geschwächten Nerven herangeholt.

Ein Mann von ganz besonderer Bildung scheint der bei dieser Firma tätige Herr Kaufmann Kerig zu sein. Bühlt sich dieser Herr doch dazu herauf, den postenstehenden Kollegen einen Vortrag über die Volkszeitung und deren Redakteure zu halten. Dabei bezeichnete er die in der Volkszeitung aufgeführten als "Spieghelbenbande", die Volkszeitung als "Verbrecherblatt und Nordblatt" und stellte die Leute auf dieselbe Stufe mit den Redakteuren, die "vorbestraft" seien. Dem Manne kam nicht geholfen werden. Zu bemerken ist noch, daß die Kofferfabrik Saxonie für ihre Arbeitswilligen ein Asyl Körnerstraße 42, I., gefunden hat.

Eine Verächtigung geht uns von Herrn Julius Pletsch, Brühl 60, an. Er schreibt: Bezugnehmend auf den Artikel des Kürschnerverbandes berichtige ich hiermit, daß alle meine Arbeiter und Arbeiterinnen weiterarbeiten, da sie nicht dem Verband angehören.

Deutsches Reich.

Zur Lohnbewegung der Brauereiarbeiter in Berlin.

Eine von mehr als 5000 Personen besuchte Brauereiarbeiterversammlung beschloß, daß Angebot der Brauereien abzulehnen. Eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung (auf 9 Stunden täglich) wollen die Brauereien bewilligen und 1 Mark Lohn erhöhung für einige der schlecht bezahlten Kategorien 1,50 Mark bzw. 2 Mark, aber nur unter der Bedingung, daß der Tarif auf 5 Jahre abgeschlossen wird. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in der diese minimalen Zugeständnisse mit Entlastung abgelehnt werden; die Versammlung verlangte eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine den ihnen auferlegten Lasten entsprechende Lohnverhöhung, als welche das Angebot der Unternehmer nicht anzusehen ist. Die Kommission wurde beauftragt, die in diesem Sinne zu führenden Verhandlungen zu beschleunigen und das Resultat einer sofort einzuholenden Versammlung zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

Streik der Metallarbeiter in Frankfurt a. M. Die Arbeiter der Felsen u. Guilleaume-Lahmeyerwerke in Frankfurt a. M. traten am Mittwoch abend in den Streik. Die Firma hatte gegenüber den eingereichten Forderungen erklärt, erst in vier Wochen in Verhandlungen einzutreten zu können. Die Arbeiter erklärten hierin eine Verschleppung und beschlossen am Dienstagabend, Mittwoch früh die Ablösung (tägliche) einzureichen und am Abend die Arbeit niedergelegen. Nun bat die Firma guter Wetter und sagte in einem Anschlag, sie hoffe, daß die Verhandlungen über die Forderungen der Arbeiter bis zum 7. Mai erledigt seien. Die Arbeiter, die jahrelang mit Verhandlungen hingehalten wurden und darum sehr erwidert sind, beschlossen aber einstimmig in einer am Mittwoch abend tagenden Betriebsversammlung, solange im Streik zu bleiben, bis die Verhandlungen in einer den Arbeitern genügenden Form zum Abschluß gelangt sind. Mahnungen, Verhandlungen abzuwarten und die Arbeit noch nicht ruhen zu lassen, wurden mit bestem Widerspruch aufgenommen. Die hauptsächlichsten Forderungen der Arbeiter sind: Arbeitszeitverkürzung, Neuerstellung der Lohn- und Akkordverhältnisse, Regulierung des Produktionswesens und Änderung des Unterstüzungswesens und der Kantisierungswertes. Die Arbeitnehmerdelegation erfüllte einstimmig. Auch die Nichtmetallarbeiter (Schweißer, Maler) und die Christlichen und Hirsch-Dunkerschen schlossen sich dem Streik an. In Betracht kommen circa 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen, die alle sehr gut (circa 90 Prozent) organisiert sind.

Der Verein Frankfurter Metallindustrieller macht in der Presse bekannt, daß er am Donnerstag nachmittag zu dem Streik Stellung nehmre, und wahrscheinlich eine Aussperrung der bei den Frankfurter Mitgliedern des Vereins beschäftigten Arbeiter beschlossen wird.

Die Malerarbeiter in Waldheim-Harscha haben die Arbeit eingestellt, da die Unternehmer zu Verhandlungen nicht bereit waren. In Waldheim sind aus denselben Gründen die ledigen organisierten Gehilfen abgereist. Zugang ist streng fernzuhalten.

Niedersachsen.

Der Lohnkampf in der englischen Textilindustrie. Die Arbeitgeber in der Baumwollspinnereibranche beschlossen, wie aus Manchester am 27. April gemeldet wird, mit allen gegen zwei Stimmen eine fünfsprozentige Lohnherabsetzung durchzuführen. Diese Lohnreduktion würde nicht weniger als 160 000 Arbeiter treffen, die wöchentlich 200 000 Mark an Lohn einholen würden. Daß die Arbeiter diese Lohnherabsetzung widersprüchlich hinnnehmen und sich ohne Kampf legen, erscheine als ausgeschlossen. Mitteilungen, wie sich die Arbeitervarianten dazu stellen, liegen jedoch noch nicht vor.

Passive Resistenz der Schiffahrtangestellten in Österreich.

Die Angestellten der österreichischen Schiffahrtsgesellschaften haben eine Reihe von Forderungen gestellt, die bisher nicht erfüllt sind. Sie haben für den Fall der Nichterfüllung die passive Resistenz angestellt und werden heute abend 8 Uhr auf der Strecke damit beginnen, wenn bis dahin die Forderungen nicht bewilligt sind.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Breslau, 28. April. Die oberschlesischen Bauunternehmer wollen zu einer Delegiertenversammlung zusammen treten, um zu beraten, ob die Aussperrung der Bauarbeiter noch aufrecht zu erhalten ist, da immer mehr Mitglieder des Bauarbeiterverbands wieder Arbeiter einstellen.

Berlin, 28. April. Das Berliner Tageblatt meldet: Wie wir hören, haben zwischen Vertretern der Fortschrittlichen Volkspartei und der nationalliberalen Partei Pourparlers stattgefunden, die auf ein gemeinsames Vorgehen bei den nächsten Reichstagswahlen hinzuweisen. Die Zweigorganisationen beider Parteien sollen ersucht werden, sich möglichst schon jetzt über die Kandidaturen zu einigen und sich zu diesem Zweck mit den Zentralleitungen in Verbindung zu setzen. Bremen, 28. April. Die Lehrermahregelungen in Bremen gehen weiter. Gestern und gestern wurden hier wiederum einige Lehrer vernommen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Hermann Müller in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseraten Teil:

Friedrich Villier in Borsdorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

PROGRAMM ZUR MAI-FEIER

IN LEIPZIG

Sonntag, den 1. Mai, mittags 12 Uhr

Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Volkshaus, Tivoli, Sanssouci
Gasthof Thonberg
Drei Mohren, Salon Germania
Gasthof Neustadt, Drei Lilien
Felsenkeller, Turnhalle
Terrasse
Friedrichshallen, Drachenfels.

Damit die Mai-Demonstration zu einer gewaltigen Kundgebung werde, betrachte es jeder Arbeiter u. Arbeiterin als Ehrenpflicht, in diesen Vorversammlungen zu erscheinen.

.....

Nachmittags 5 Uhr
im Brauereigarten, L.-Stötteritz

Massen- Versammlungen

Referenten:

Wilhelm Dittmann-Solingen
Robert Dissmann-Hanau
Richard Koch, Heinrich Lange
August Lüttich-Leipzig.

.....

In der Halle und auf dem Festplatze

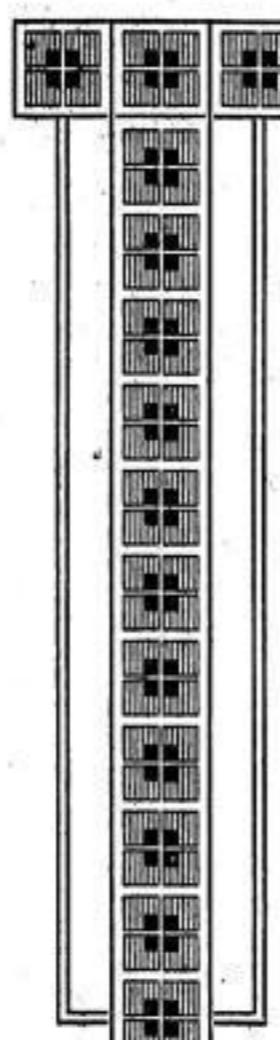
Vokal- und
Instrumental-Konzert.

1910



GEDENK- BLÄTTER

sind zum Preise von 15 Pf.
zu haben in der Volksbuch-
handlung, Tauchaer Str. 19/21
und den Ausgabestellen der
Leipziger Volkszeitung, ferner
in den Partei-Sekretariaten,
den Gewerkschafts-Büros
und bei den Vertrauensleuten
der Partei u. Gewerkschaften



IN DEN VORORTEN

Beucha-Brandis

Sonntag, den 1. Mai, mittags 1 Uhr: Abmarsch
von Brandis nach Beucha. Nach Vereinigung mit
den Genossen aus Beucha

Spaziergang nach Brandis.

Nachmittags 4 Uhr

Versammlung im Parkschlösschen

Naunhof

Am Sonntag, den 1. Mai, nachmittags 1/44 Uhr
Öffentliche Versammlung
im Gasthof zu ERDMANNSHAIN.

Taucha

Sonntag, den 1. Mai: Treffpunkt nachmittags
1/2 Uhr im Restaurant zum Reichskanzler und im
Restaurant zur Wartburg. — 2 Uhr: Abmarsch mit
Musik durch die Stadt nach dem Schützenhaus.

4 Uhr: FESTREDE. Hierauf: Unterhaltungsmusik.

Abends 7 1/2 Uhr

STIFTUNGSFEST des Ortsvereins
Taucha u. Umg.
im Etablissement SCHÜTZENHAUS.

Zwenkau

Sonntag, den 1. Mai, vormittags 1/11 Uhr
Versammlung im Garten des Gasts
GOLDNER ADLER.

Hierauf: DEMONSTRATION.

Abends 1/8 Uhr

Kommers im Gasthof Goldner Adler.

Rötha-Grossdeuben und Umgegend.

Sonntag, den 1. Mai, nachmittags 1/5 Uhr
Öffentl. Volksversammlung
im GASTHOF LEHMANN, Grossdeuben.
Abmarsch der Röthaer Genossen Punkt 1 Uhr von Stadt Leipzig.

Markranstädt

Am Sonntag, den 1. Mai, nachmittags 1/3 Uhr
FESTZUG mit Musik von der Parkschänke ab.
Punkt 4 Uhr: Versammlung
in der GUTEN QUELLE.

KONZERT unter Mitwirkung der Sänger und Turner.

Die Gewerkschaftsmitglieder sammeln sich 1/2 Uhr in ihrem
Vereinslokal und marschieren von dort aus zur Parkschänke.

HOCH DER 1. MAI!

Politische Uebersicht.

Soll Theobald schon gehen?

Die Schwarzen und die Blauen sind mit dem Reichstagskämpfer nicht zufrieden, trotzdem der gute Mann doch alles tut, um ihnen nach Kräften zu dienen. Weil er den schwachen Versuch mache, auch das nationalliberale Maultier neben den Zentrumstier und den Junkerwällach vor sein Geschirr zu spannen, wird er nicht nur von der Germania und der Tagesschau, sondern auch von den Hamburger Nachrichten, dem aldeutsch schillernden Scharfschmauerblatt, hart angefahren:

Der kleine Reichskämpfer scheint bereits gründlich abgewirtschaftet zu haben und sich dem Ende seiner staatsmännischen Laufbahn zu nähern. Wenige Monate haben hingereicht, um zu zeigen, dass Herr v. Bethmann-Hollweg über die Eigenschaften, die zu einem "seitenden" Staatsmann befähigen, nicht versagt. Er eignet sich nicht einmal zum Chef eines reinen Beamten- und Geschäftskabinetts, der die parlamentarischen Mehrheiten nimmt, wo und wie er sie findet. Statt sich mit der konserватiveren Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses zu begnügen, deren Beschlüssen er sich bereits, wie er selber gesagt hat, gefügt hatte, ist er nachträglich auf den Villenischen Ehrgang verfallen, sich nach seinen Parteiästen eine Mehrheit zu konstruieren. Das Ergebnis ist, dass keine einzige Partei ihm folgen will. Niemand ist mit Herrn v. Bethmann zufrieden. Ausgeglichen nur die Sozialdemokratie, die einen bescheidenen Kämpfer noch nicht gehabt hat. Denn ihr sind in der kurzen Aera Bethmann so glänzende Erfolge beschieden worden, wie nie zuvor.

Die Vermutung des liberalen Blattes (der Germania), dass Herr v. Bethmann "liberalen Ideen nicht ganz feindlich gegenübersteht", liegt nahe. Die auffällige Entschiedenheit, womit er den in der Wahlrechtskommission auftauchenden vernünftigen Gedanken, dass künftige Wahlrechtsänderungen nur mit Zweidrittelmehrheit stattfinden dürfen, im Seine zu erfüllen beflissen war, lässt sich nur aus der Mühsucht auf die Sozialdemokratie und die beiden liberalen Fraktionen erklären. Als ein konservativer Staatsmann, das heißt als ein Staatsmann, der es für die weltanschaulich wichtigste Aufgabe der Gegenwart erachtet, die Erhaltung der bestehenden Staatsordnung den Umsturzbewegungen gegenüber sicherzustellen, kann der jetzige Reichskämpfer nicht bewertet werden, und daher sollte es die konservative Mehrheit des Herrenhauses, der doch besonders diese Aufgabe am Herzem liegt, nunmehr für ihre Pflicht erachten, den aufgesprochenen antikonservativen Wahlrechtsreformversuch des Herrn v. Bethmann zum Scheitern zu bringen in der Hoffnung, dass damit zugleich der Wirklichkeit des Trägers dieses Verluchs das Ende bereitet wird.

Ob wir mit Theobald zufrieden sind? So ziemlich. Der Mann tut ja, was er kann, um die Staatsgewalt in Grund und Boden zu kompromittieren. Über jeder andre, der nach ihm kommen könnte, würde ebenso für uns arbeiten müssen. Es handelt sich eben nicht um Personalfragen, es handelt sich um die politische Situation in Preußen-Deutschland, die nur dann geändert würde, wenn wirklich durchgreifende Reformen — vor allem das allgemeine gleiche Wahlrecht für Preußen — verwirklicht würden. Der "Staatsmann", der das fertig bringt, ist noch nicht geboren. Geschehe das Unmögliche, würde eine solche Reform von oben her angebahnt, dann würde das Proletariat einfach den erweiterten Elbenraum ausnützen, um auf seiner Bahn vorwärts zu drängen. Wird noch weiter im Jagow-Bethmann-Stile gewirtschaftet, so ist uns das auch recht: um so schneller wird der Kampf, um so größer der Sieg. Die Erfolge, die wir in der Aera Bethmann errungen, verbannten wir der eignen Kraft, und ob an der Spitze dieser oder jener "Handlanger" steht, ist uns wirklich recht gleichgültig.

Deutsches Reich.

Parlamentsbrief.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 27. April. Sechs Gesetzentwürfe wurden heute in dritter Lesung verabschiedet: Die Verlängerung des deutsch-schwedischen Handelsvertrags, die Haftungspflicht des Reichs für seine Beamten, das Reichsmuldbuchgesetz, zwei Gesetze über Reichseinnahmen und Ausgaben und das Veteranengesetz. Das geschah alles in knapp zwei Stunden. Das ungewisse Schicksal, das über dem Veteranengesetz noch schwelt, hat bei den Veteranen großen Unmut erregt, den vornehmlich die bürgerlichen Parteien zu fürchten haben. Darum unternahmen heute Prinz Schönach-Carolath und der Reichsverbandsgeneral v. Biebert einen Coup, der die Veteranen täuschen sollte. Die beiden Herren ergingen sich in Andeutungen, die nach außen hin so wirken sollten, als ob die Ablehnung der Wehrsteuerresolutionen es verschulde, dass die Veteranenunterstützung nicht ausgedehnt wird. Durch diesen Kniff glaubten die Herren, den Unmut der Veteranen gegen die Sozialdemokraten und Volksparteier ablenken zu können. Genosse Schöpflin durchkreuzte das saubere Unternehmen durch die Feststellung, dass die Nationalliberalen und die Rechte die Herauslösung der Steuerabgabe ebenfalls ablehnt haben. Außerdem hat die Sozialdemokratie schon vor fünfzehn Jahren die Übernahme einer ausgedehnten Veteranenversorgung auf den Etat gefordert. Wäre das geschehen, wäre auch die Deckungsfrage längst geregelt. Die Behauptung, dass die Steuerzahler bereit seien zu der neuen Steuerlast noch eine weitere mit Freuden zu tragen, erklärte Schöpflin für ein Märchen. Die bürgerlichen Parteien trugen allein die Schuld an der jetzigen Kalamität. Die bürgerlichen Redner lenkten heraus ein und richten ihre Angriffe gegen die Regierung. Irrgängigen Sündenbock möchten sie haben, den sie für ihre Sünden in die Wüste schicken können. Aber Herr Wermutz wehrte sich energisch. Wahrscheinlich wird versucht werden, die Wertzuwachssteuer für die Veteranen mit zu verwenden, aber gerade bei dieser Steuer treiben die Blockparteien Obstruktion. Sie mögen sich nun drehen und wenden wie sie wollen, die volle Verantwortung trifft sie allein, wenn die Veteranen abermals getäuscht werden.

Morgen fällt die Plenarsitzung wegen der drängenden Kommissionsarbeiten aus.

In der Justizkommission des Reichstages

Kam es am Mittwoch bei § 46, der dem öffentlichen Beamten das Recht gibt, über Dinge, die seine Amtsverschwiegenheit betreffen, als Zeuge die Aussage zu verweltern, zu einer Spieldebatte. Die Sozialdemokratie beantragte, dieses Ausnahmerecht zu

beseitigen. Bei der Begründung des sozialdemokratischen Antrages wurde auch darauf hingewiesen, dass seltsam in Prozessen, in denen agents provocateurs eine Hauptrolle spielen, die vorgerichtete Behörde den Beamten die Genehmigung zur Zeugenaussage verlasse. Ein Vertreter der preußischen Regierung behauptete, dass noch kein agent provocateur von einer Regierung den Auftrag erhalten habe, politische Parteien zu bewirken, und ein anderer Regierungsvorsteher meinte, die Spielden seien in Deutschland, wo wir keine russischen Zustände hätten, kein juristischer Begriff. Von unsfern Genossen wurde den Regierungsvorsteher ausdrücklich befehlt gesagt. An der Hand von Alten und unter Bezugnahme auf frühere Debatten im Reichstag musste den harmlosen Herren von der Regierung von neuem die Existenz und das Verbrecherum der aus öffentlichen Mitteln unterhaltenen Subjekte nachgewiesen werden. Auch die Vertreter des Zentrums und der Freisinnigen wandten sich in dieser Tache gegen die Regierung. Nach diesem Gang der Diskussion blieb der Regierung nichts andres übrig, als das System der Spielden, deren Vorhandensein nicht mehr geleugnet werden konnte, als notwendig hinzustellen, denn, so sagte der Regierungsvorsteher, so gut wie man die Vigilanten und Spielden gegen die kriminellen Verbrecher benötigt, müsse man auch Anarchisten und politische Verdächtige durch Spielden überwachen können.

Wegen die Anträge der Sozialdemokraten und des Zentrums sprechen Nationalliberale, Konservative und Freisinnige, die dann auch gegen die Anträge stimmten, womit auch scheinbar die Angelegenheit vor das Plenum gebracht werden kann. Auch die Nationalliberalen hegen Bedenken, Abgeordnete für mehrere Tage auszuschließen. Außerdem hält man die ganze Aktion für unzweckmäßig und politisch unerfreulich.

Aur gestrigen Wahlprüfung im Reichstage schreibt die freikonservative Post:

So gewahrten sich im Austausch die Parteien eine bisher noch nicht dagewesene gegenseitige Unterstützung. Bei der Beurteilung der Auseinandersetzungen war das Maß von christlicher Liebe und Duldsamkeit in der gestrigen Verhandlung geradezu ideal. Vielleicht aber sind dadurch bedenkliche Vorentscheidungen getroffen worden, die bei späteren Wahlprüfungen ihre Rechtsfolgen ausüben werden.

Der Klerikal-konservativ-nationalliberale Block wird weniger die "Rechtsfragen", als vielmehr die Wahlfolgen des gestrigen Standards zu tragen haben. Die Wähler werden nicht vergessen! Sie werden sich der Worte erinnern, die die Kreuzzeitung dem grandiosen Wahlprüfungslandstand widmete, indem sie schrieb:

Wie sonderbar war es aber vom Reichstag, dass er, dem die Verfassung mit Absicht keine Normen für die Wahlprüfung vorschreibt, sich selbst Grundsätze aufstellt, die den Gipfel des Formalismus darstellen. Die Anwendung dieser Grundsätze war vielfach beinahe ein Affront für den gefunden Menschenverstand. Jetzt endlich hat der Reichstag diese engherzigen Grundsätze mit einem Alte deutscher Entschlossenheit offenskundig ausgegeben. Die am Dienstag im Reichstag erfolgten Gültigkeitsserklärungen verschiedener Wahlen bedeuten einen Sieg der Wirklichkeit über weltfremde Theorien.

Die Wähler müssen und werden beweisen, dass sie die "weltfremde Theorie" des allgemeinen Wahlrechts zu schützen wissen, und dass sie die praktischen Wahlmegeleien der Junker, Pfaffen und Schlossbarone verdammen,

Friedberg-Bildingen.

Friedberg-Bildingen heißt der Kampfplatz, auf dem jetzt in heissem Kampfe die Geister des Liberalismus mit denen der junkerlichen Reaktion hart aneinander geraten werden, wenn... nämlich dem liberalen Geist nicht weichlich zumute wird und er sein Haupt nicht unter das Zoch des Bundes der Landwirte beugt. Die Junker haben eine vortreffliche Gelegenheit, für Lüt-Olekt Rache zu nehmen. In dem oberhessischen Kreis, der jetzt durch den Tod des Grafen Oriola verwaist ist, herrscht politisch der mittlere und grobe Grundbesitz, obwohl die Kleinbauern stark vertreten sind. Die Industrie ist schwach entwickelt. Die reichen hessischen Bauern haben die Entwicklung zum Bunde der Landwirte schon lange durchgemacht und sind dessen Mitglieder; dabei nannten sie sich nach alter Sitte nationalliberal, was schließlich kein Widerspruch war, weil doch die heiße Liebe zum Schatzoll das vereinigende Moment war. Und diese nationalliberal-landbündlerische Mischung stand im Grafen Oriola einen klassischen Vertreter. Sein Liberalismus bestand darin, dass er auf einem national-liberalen Sessel im Reichstag saß; aber auch damit begnügte sich die anspruchslose nationalliberale Partei, bis ihr Graf Oriola bei der Reichsfinanzreform gänzlich den Rücken lehrte.

Jetzt ist Oriola tot und es ist die Frage, wer den Kreis gewinnen wird. Die Fässern der vorigen Wahlen zeigen diese Konstellation:

Soz.	Nat.	Zentr.	Antis.	Freis.
1908	6783	8583	1926	514
Stichwahl	6917	11490	—	—
1907	7224	8402	—	3200
Stichwahl	8524	11615	—	1472

Was unter nationalliberal rubriziert ist, fällt auf Konto des Bundes der Landwirte. Nach den Berechnungen von Kennern der lokalen Verhältnisse würde die Zahl der Nationalliberalen, die eventuell gegen den Bund der Landwirte vorgehen würden, etwa 1500 Mann betragen, größtenteils Beamte. Zusammen mit den Freisinnigen würden sie etwa 3000 Stimmen aufbringen gegen etwa 10 000 Landbündler. Die Landbündler wissen das sehr gut, und darum drücken sie die Nationalliberalen an die Wand, dass sie quetschen. Denn während es den Nationalliberalen nur darum zu tun ist, einen Kompromisskandidaten aufzustellen, wollen die Landbündler ihnen den Gefallen nicht tun. Sie stellen als Kandidaten den Reichsverwaltungsbeamten Dr. Beyer auf, unter der Bedingung, dass er sich aufs bündlerische Programm verpflichtet und der nationalliberale Reichstagstraktion nicht beitrete. Und was antworten darauf die Nationalliberalen? Der Kämpfer-Anzeiger meldet darüber:

In der nationalliberalen Partei sind bis jetzt zwei verschiedene Strömungen vorhanden, und es ist noch ungewiss, welche Oberhand erlangen wird. Die eine Richtung will mit dem Bunde der Landwirte Hand in Hand gehen und wäre der Aufforderung von Dr. Beyer nicht abgeneigt. Die andere Strömung geht dahin, entsprechend der Parteientwicklung in der Reichspolitik mit der Fortschrittlichen Volkspartei zusammenzugehen, wobei die Auswahl der Kandidaten zunächst offen gelassen wird.

Es ist nicht wahrscheinlich, dass die Nationalliberalen Oberhessens das Bündnis mit dem Freisinn dem mit dem Bunde der Landwirte opfern werden. Die Freisinnigen

wissen nichts besseres zu tun, als die Nationalliberalen um Gnade anzubetteln. Daß es ihre Pflicht wäre, bei der Stichwahl dem Kandidaten unserer Partei zum Siege zu verhelfen, fällt ihnen, die immer das böde Getede von der Förderung der Reaktion durch die Sozialdemokratie widerklauen, nicht ein. Nun, wir wollen den verlotterten Freisinn nicht hindern, sich zu kompromittieren, so gut er kann. Glück auf die Reise!

Kommt die Einsicht?

Wie der Volksanzeiger erfährt, haben sich beim Zentrum Bedenken politischer und rechtlicher Natur gegen den Hausknechtsparagraphen eingestellt. Die Zustimmung in der Kommission soll bloß deshalb erfolgt sein, damit die Angelegenheit vor das Plenum gebracht werden kann. Auch die Nationalliberalen hegen Bedenken, Abgeordnete für mehrere Tage auszuschließen. Außerdem hält man die ganze Aktion für unzweckmäßig und politisch unerfreulich.

Dass die Zustimmung der Zentrumsteute in der Kommission nur ein Schachzug gewesen sei, ist eine stinkfaule Ausrede, die schon dadurch widerlegt wird, dass die Germania in den Büttelewünschen der Junker das Wort redete.

Dennoch haben die nationalliberalen Blätter mit allem Eifer sich für die Infamie ins Zeug gelegt. Erst jetzt, wo nicht nur die Arbeiter, sondern auch der Rest politisch anständig denkender Menschen aus dem bürgerlichen Lager empört sind über die Schmach, suchen die Helden sich aus der Asche zu ziehen. Man wird ja sehen, wie sie sich im Landtage benehmen werden.

Ein lustiger Krieg.

Der Kampf, den die Regierung um die Erhebung der Blindwarenfahrt führt, nimmt immer neue Formen an. Eine Karlsruher Fabrik hatte einen Apparat hergestellt, um die Verbraucher instand zu setzen, ihre Blindholzer selbst steuerfrei herzuholen. Der Finanzminister hatte aber die dafür vorbereiteten Holzstäbe für steuerpflichtig erklärt. Insgeleset jetzt die Birma die zum Apparate gehörigen Holzstäbe nur noch unverzerrt und lässt jedem Apparate Paraffinmasse, sowie eine Schale zur Aufnahme der Waffe bei. Es werden zu jedem Apparat 1800 Holzstäbe in 3 Paketen, 2 Dosen Blindmasse und 2 Dosen Paraffinmasse geliefert. Der Finanzminister hat nun in einer besonderen Verfassung anerkannt, dass als "Hersteller" lediglich der Erwerber und Verwender des Apparates, nicht aber die Birma in Karlsruhe oder etwaige Zwischenhändler anzusehen sind. Nach den Ausführungsbestimmungen zur Blindwarenfahrt können die noch nicht vorgerichteten Holzstäbe beim Verlassen der Fabrik nicht für steuerpflichtig erklärt werden. Sie sind nicht "vorerichtet". Es bleibt vielmehr dem Erwerber des Apparates überlassen, selbst aus den unbearbeiteten Holzstäben Blindholz herzustellen. Der Finanzminister hat aber jetzt die Steuerbehörden anweisen lassen, die Steuer von den Erwerbern und Verwendern des Apparates einzuziehen und sie auf die Folgen der Steuerhinterziehung aufmerksam zu machen. In geeigneten Fällen soll sofort das Strafverfahren eingeleitet werden. Auch erscheint, so sagt der Finanzminister, ein Borgehen wegen Antiflüchtigung gegen die Verarbeiter des Apparates oder gegen seine Weiterverkäufer nicht aussichtslos. Besonders wäre dies der Fall bei Vorliegen entsprechender Anzeige der Steuerexperten.

Man sieht, zu welchen Konsequenzen die verkehrt Steuerhinterziehung führt. Die Anwender jenes Verfahrens wegen Steuerhinterziehung zu verfolgen, ist offenbar Aussinn. Wie wäre es, wenn die Leute sich bereit erklären, die Steuer zu zahlen? Dann könnte der Glöcknus in jede Wohnung einen Steuerbeamten entsenden. Wäre ein Bombengeschäft!

Zeppelin zwei.

Das Militärluftschiff B. II muss als endgültig verloren betrachtet werden; den Schaden von etwa 500 000 M. tragen die Steuerzahler. Der Generalinspektor der Verkehrstruppen, General v. Lyncker, hat dem Kaiser sofort berichtet, dass niemand eine Schuld in dem Unfall beigemessen werden könne. Diese Behauptung ist mindestens stark verfrüht, denn es bleibt zu untersuchen, ob die Fahrt der militärischen Luftschiffe nach Homburg eine Notwendigkeit war, oder ob es sich dabei wieder einmal um eine der bekannten militärischen Kraftstrebungen handelt. Hohes Interesse bietet nach dieser Aktion ein Artikel eines Sachverständigen, den die Frankfurter Zeitung veröffentlicht. Der Artikel befagt:

Am Tage der Abfahrt war dem Kommandeur der Verkehrstruppen gesagt worden, dass die Luftschiffe wohl nach Homburg gelangen würden, doch voransichtlich in absehbare Zeit nicht wieder zurückfahren könnten, weil anhaltende westliche Winde in Aussicht stünden. Die Fahrt wurde trotzdem angereten und, wie bekannt, mit geringen Erfolgen. Aber die Rückfahrt machte, wie voranschauend war, Schwierigkeiten. Als nun in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag zwischen zwei Liefergebieten vorübergehend ruhiges Wetter auftrat, hat der Paravallballon die günstige Situation mit schnellstem Entschluss genutzt. Wäre B. II ebenfalls mitgefahren, so würde auch er voransichtlich gänzlich in Köln angekommen sein. Statt dessen hat man darauf bestanden, bis zum Sonntag zu warten, und ist dann trotz ungünstiger Wetteraussichten losgefahren, ohne die Wettertelegramme abzuwarten. Das hat sich bitter gerächt. Man ist noch so weit, dass die Luftschiffe dem Wetter zum Trotz auf Befehl eines Vorgesetzten fahren können. Nur durch möglichste Ausnutzung aller Vorteile, die die Wetterkunde bietet, kann man mit den bisherigen Motorluftschiffen Erfolge erzielen. Keineswegs darf man das starre System für den Motorflug verantwortlich machen. Auch ein Paravallballon hätte am Sonntag die Fahrt nicht durchführen können, wenngleich er infolge seiner Konstruktion nicht zerstürmert worden wäre, sondern hätte entsezt werden müssen. Die Zeppelinballons verlangen eben eine gebiegene Ausbildung der Führer.

Wenn das, was hier von Sachverständiger Seite ausgeführt wird, richtig ist, dann hätte der Kriegsminister festzuhalten, welcher Anlaß dazu bestand, ausgerechnet an jenen stürmischen Tagen gerade nach Homburg zu fahren. Dort befand sich bestimmt der Kaiser, und es hat den Anschein, dass lediglich dieser Parabefehl anordneten. Ob er diesen Befehl auf eigene Faust gegeben hat, oder ob er dazu etwa von einer anderen Stelle veranlasst wurde, bedarf der Auflösung. Man entkennet dabei der bekannten Fahrt des Zeppelin-Luftschiffes von Friedrichshafen nach Berlin, die derart überstürzt unternommen wurde, dass man das Luftschiff vorher nicht einmal eingehend geprüft hatte.

Berlin, 28. April. Das internationale Abkommen über den Verkauf mit Automobilen oder Kraftfahrzeugen tritt am 1. Mai in Wirkung. Für das Publikum treten die neuen Heimatsbezeichnungen in Erscheinung, die fremde Wagen im Ausland anzubringen sind. —

Die Veteranenbeihilfen, die der Reichstag am Mittwoch in der dritten Lesung einstimmig beschloß, wird, wie die Berliner Börsenzeitung berichtet, der Bundesrat nicht bewilligen. Der Reichstag soll erst für Deckung sorgen. In unserm Berliner Reichstagsbrief gewinnt diese Voraussetzung beständige Bedeutung. Der Humbug der Kurrapatrioten ist eben zu plump ausgespielt.

Aus der Kali-Kommission. In der Mittwoch-Sitzung der Kali-Gesekommission stand der sozialdemokratische Antrag zur Beratung, der bei Verteilung der Betriebsgewinne den Zuwachs des Absatzes so lange allein den fiskalischen und denjenigen Werken, die sich zu mindestens 51 Prozent im Besitz eines Bundesstaates befinden, zugestellt wissen will, bis diese Werke ihre volle Leistungsfähigkeit anstreben können. Zur Begründung wird von den Antragsteller daran hingewiesen, daß eine Förderungseinschränkung von 80 Prozent bei den staatlichen Werken besteht. Diese Brachlegung der fiskalischen Werke erfolgt zu Lasten der Steuerzahler, daher unser Antrag im Interesse dieser Steuerzahler. Sämtliche bürgerlichen Parteien wenden sich im privaten Profitinteresse gegen diese Anträge, selbst die Regierungsvorsteher der begünstigten Bundesstaaten legen ihr Sprichwort gegen die sozialdemokratischen Anträge her. Dieselben werden denn auch gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt.

Der Rahmzoll oder eine agrarische Schuhfucht. In Novo wurde eine neue Meierei eröffnet, die Rahm aus Dänemark zollfrei einführt und ihn dann zu Butter verarbeitet. Die Deutsche Tagesszeitung berechnet nun, daß dort im Jahre 11 000 bis 15 000 Rentner Butter hergestellt werden, und daß so dem Reich eine Einnahme aus dem Butterzoll von 110 000 bis 155 000 Mark entgeht. Die Butterpreise haben dank der Preispolitik der Agrarier eine unerschwingliche Höhe erreicht, und es kennzeichnet die Deutigkeit dieser Kreise, daß sie sich erdreisten, in diesem Augenblick noch einen Zoll auf Rahm zu verlangen, um das Auskommen der Konkurrenz zu verhindern. Wenn den Herren der Butterzoll zu wenig ausprangt, könnten sie ja dem Staat mit der Preisgabe der Viehbedeckung beitreten.

In der Germania tritt der Abg. Grabberger den Darstellungen aus dem Zentrallager entgegen, denen zufolge er seinen Antrag in der Budgetkommission ohne Vorwissen der Fraktion eingebracht habe. Insbesondere beruft er sich auf die Finanzkapazität der Fraktion, den Abg. Müller-Gulda. Recht ist der Glaube, doch schwer ist die Wahl.

Der Reichstagspräsident, Graf Schwerin-Zwölf, will wegen Überlastung sein preußisches Landtagsmandat nach Erledigung der preußischen Wahlrechtsvorlage niederlegen. Er vertritt den pommerschen Wahlkreis Anklam-Demmin-Usedom-Wolin. Seit 1890.

Der Nachzug. Vor dem Göttelberger Schöffengericht hatten sich jetzt mehrere Teilnehmer an der Straßendemonstration vom 20. Februar zu verantworten. Daß die Justiz im Masse der Kohlenförsche eine besonders staatsverhindernde Wirkung zu erhalten wußt, ist aus zahlreichen andern Prozessen bekannt. Zwei Angeklagte wurden zu fünf Wochen Gefängnis, einer zu einem Monat Gefängnis, einer zu drei Wochen Gefängnis und 25 Mark Geldstrafe, drei weitere Angeklagte zu je drei Wochen Gefängnis und schließlich die letzten drei Angeklagten zu je 30 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der Held weicht nicht zurück. Der fröhliche Abgeordnete Held, den die Nationalliberalen gebeten haben, von einer weiteren Kandidatur Abstand zu nehmen, erklärt öffentlich, daß er trotzdem im Wahlkreis Hohen-Verden bei den nächsten Wahlen als nationalliberaler Kandidat kandidieren werde. Der Kreis hat also doppelten nationalliberalen Segen zu erwarten.

Schuleben. Die Danziger Zeitung bringt eine Notiz aus Schlesien folgenden Wortlaut:

In der Stadtschule wird trotz der vielen Beschwerden immer noch in den beiden Kellerräumen Unterricht abgehalten. Es ist kaum glaublich, daß 200 Kinder im jüngsten Schuljahr Unterkunft im Keller finden. Die Eltern der Kinder beabsichtigen, ihre Kinder nicht mehr zur Schule zu schicken und beim Unterrichtsminister Beschwerde zu erheben. Es ist ein Zustand, wie er kaum zu beschreiben ist.

Vielleicht könnte man das preußische Kultusministerium in Kellerräumen unterbringen.

Alte politische Nachrichten. Das englische Unterhaus nahm das Budget in dritter Lesung mit 329 gegen 281 Stimmen an. Das Finanzgesetz wurde sodann im Oberhause eingeführt. Der Finanzminister hat 295 Millionen vierprozentiger österreichischer Kronenrente an das Postsparkassenamt fest gegeben.

Großbritannien.

"Liberal" auswärtige Politik.

London, 26. April. Unterhaus. Dillon (Nationalist) fragte an, ob der britische und der russische Vertreter in Teheran ihren Einfluß zum Zwecke des Ausschlusses gewisser Persönlichkeiten vom persischen Ministerium geltend gemacht oder ob sie irgendwie auf die Zusammensetzung der persischen Regierung eingewirkt hätten, eventuell, warum dies geschehen sei. Unterstaatssekretär Mc Kinnon Wood erklärte, die Vorstellungen des britischen und des russischen Gesandten hätten lediglich den Zweck verfolgt, die Interessen der von ihnen vertretenen Länder zu wahren. Auf eine erneute Frage Dilsons, ob die Gesandten Vorstellungen erhoben hätten, um der Aufnahme gewisser Persönlichkeiten in das persische Ministerium entgegenzutreten, erwiderte Wood: Ich möchte meiner Antwort nichts hinzufügen.

Das bedeutet: England und Russland mischen sich in aufdringlichster Weise in die inneren Angelegenheiten Persiens, das englische Parlament darf sich aber in die auswärtige Politik der englischen Regierung nicht einmischen.

Die Lage in Ägypten.

London, 27. April. Der Unionist Bell stellte eine Anfrage im Unterhause, ob Grey Gerichte beunruhigender Natur aus Ägypten erhalten habe, wonach der englische Einfluß in schnellen Schwaden begriffen sei und an vielen Orten die englischen Bewohner nicht ausgehen könnten, ohne Gefahr zu laufen, bestellt zu werden. Unterstaatssekretär McKinnon Wood erwiderte, daß die letzten über die Lage in Ägypten eingelaufenen Berichte, die sich insbesondere auf die Ermordung des Ministerpräsidenten Butros Pasha beziehen, nicht so aufrüttelnd lauteten, wie zu wünschen wäre. Von Beleidigungen in Ägypten ansässiger Engländer sei ihm jedoch nichts bekannt.

Türkei.

Der Aufstand in Albanien.

Saloniki, 27. April. Der Engpass von Ratschanit befindet sich noch in den Händen der Rebellen, die Verstärkungen erhalten haben. Die Arnauten gestatten nur den gewöhnlichen Bahnpol- und Passagierverkehr. Der Anmarsch Toraq Pashas scheint sich zu verzögern. Angehörige der schwachen Garnison in Opel geht ein Teil der Einwohnerschaft dieser Stadt zu den Rebellen über. Die Kämpfe in der Umgebung von Opel dauern fort.

Saloniki, 28. April. Die Situation im Aufstandsgebiet bleibt hochbrisant. Bis hier ist es den Truppen nicht gelungen, unanständige Vorteile zu erringen. Alle strategisch wichtigen Punkte sind mit starken arnautischen Abteilungen besetzt. Ein in der Nähe von Prizewab abgehaltener Albaner-Meeting beschloß, einen Aufruhr zu erlassen, in welchem alle waffenfähigen Albaner aufgefordert werden, sich der Aufstandsbewegung anzuschließen. Ebenso werden die Gemeinden aufgefordert, alle versuchbaren Waffen und Munition den Aufständischen auszuliefern. Auch die albanischen Frauen stellen sich in den Dienst der Sache und leisten wichtige Dienste. Die Hauptnacht der Albaner steht bei Albari.

Nordamerika.

Die Tarifpolitik.

Saint Louis, 20. April. Vicepräsident Sherman hält vor der Industrievereinigung eine Rede, in der er den neuen Tarif warm verteidigte. Die Schuhzollpolitik werde von Amerika niemals aufgegeben werden. Das neue Gesetz werde das Defizit wahrscheinlich im ersten Jahr verschwinden lassen. Außerdem übersteigt die Einfuhr der letzten acht Monate diejenige der entsprechenden Zeit im Vorjahr um mehr als 200 Millionen Dollar. Wenn Juchtel der eingeführten Waren könnten in Amerika hergestellt werden. Wenn die Tariffrage noch einmal wieder auftreten sollte, würde es vielleicht für notwendig befunden werden, die Einfuhrzölle in einigen Punkten noch zu erhöhen.

Die Tarifpolitik. Saint Louis, 20. April. Vicepräsident Sherman hält vor der Industrievereinigung eine Rede, in der er den neuen Tarif warm verteidigte. Die Schuhzollpolitik werde von Amerika niemals aufgegeben werden. Das neue Gesetz werde das Defizit wahrscheinlich im ersten Jahr verschwinden lassen.

Überseite ausschließlich im — Abortschein. Wegen eines kleinen Verschens mußte ein Rekrut sämtliche Spucknäpfe und Abortreiniger. Auch "mühlbare" Soldaten wurden mit diesen Arbeiten bedacht. Am schlechtesten ging es dem Rekruten Sprößig; weil er eine Frage nicht beantworten konnte, mußte er vier Tage hintereinander die Abortreiniger. Um das Maß der Schikanen voll zu machen, erhielt er am vierten Tage, nachdem er die Abortreiniger hatte, vom Angeklagten Schneider den Befehl, völlig eingefettete Stiefeln blank zu putzen. Sprößig quälte sich fast eine Stunde lang ab, um die Stiefeln einzigermaßen blank zu kriegen. Als er sie dem Sergeant brachte, waren sie ihm nicht blank genug. Morgen früh wieder melden! lautete der Befehl. Mit Grauen dachte der Rekrut an weitere Schikanen, er beschloß deshalb, Selbstmord zu begehen; er begab sich nach dem Abort und erhängte sich. Man fand ihn aber noch rechtzeitig und schnitt ihn ab. Die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg. Vor Gericht bezeichneten die Angeklagten ihr gemeinsames Vorhaben als eine notwendige Maßnahme. Obgleich der Angeklagte schärfste Worte gegen die Soldatenquälerei anschlug und gegen zwei der Hauptschuldigen längere Gefängnisstrafen beantragte, stellte das Urteil ausschließlich gelinde aus. Es erhielten Sergeant Schneider 6 Wochen, Unteroffizier Neddo 5 Wochen, Unteroffizier Petersdorff 3 Wochen und Unteroffizier Eckert 5 Tage mittleren Arrest, die Gefreiten Knoll und Peter je 3 Tage, Nebenle 9 Tage und Richter 2 Tage mittleren Arrest.

Wenn die Leute ihre harte Strafe verbüßt haben, können sie ihr Geschäft der Soldatenquälerei weiter betreiben.

Kost- und Geldstrafrecht. Die Gesetzesgebungsdeputation der zweiten Kammer beantragt, den Antrag Günther und Henning, die Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtag noch in der laufenden Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit welchem das Kost- und Geldstrafrecht vorgerückt wird, daß die darin enthaltenen unsocialen Bestimmungen, darunter u. a. das Waldverbot und die Strafbarkeit des Beeren- und Pilzsuchens, beseitigt werden, in folgender Gestalt anzunehmen: die Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach A. in § 10 des Gesetzes folgende Worte „1. ein Grundstück deutscher Verbote des Berechtigten zu wider unbefugt betritt“, weiter die Zahl 2 und endlich der Absatz 2 gestrichen werden, B. in § 14 des Gesetzes hinter den Worten „wird bestraft, wer“ das Wort „wissenschaftlich“ eingefügt wird und in Absatz 4 die Worte „wenn der Täter oder Teilnehmer ohne sein Verschulden keine Kenntnis von dem Verbote besitzt oder“ gestrichen werden.

Das Dresdner Journal erschien bisher in zweierlei Gestalt, einer zeitigen Post- und einer späteren Stadttausgabe. Diese Einrichtung hat zur Folge gehabt, daß die Postausgabe wegen der notwendigen frühen Auflieferung keine vollständige sein konnte; daß in ihr insbesondere Nachrichten, die in den zeitigen Nachmittagsstunden in der Redaktion eintreffen, fehlen muhten. Deshalb hat sich die Verwaltung des Blattes entschlossen, die Postausgabe des Dresdner Journals mit der Stadttausgabe zu vereinigen und vom 1. Mai d. J. ab nur noch eine Ausgabe nachmittags 6 Uhr erscheinen zu lassen.

Als freisinniger Kandidat im sächsischen Reichstagswahlkreis ist das Vorstandsmitglied der Landespartei, Kaufmann Richard Pudor, Altmühlstädt (Bezirk Leipzig), für die nächste Reichstagswahl aufgestellt worden. Herr Pudor hat die Kandidatur angenommen. Nach der Bittauer Morgenzeitung ist damit die beabsichtigte sogenannte „ordnungsparteiliche“ Kandidatur des Antisemiten Gräfe ins Wasser gefallen.

Der Schlußhalt der Hebe gegen den Vorstand der Chemnitzer Orliskrankenfasse. Als „geistiger“ Urheber der Hebebrüche des Almandus Schubert gegen den Vorstand der Chemnitzer Orliskrankenfasse wurde gelegentlich eines der vielen Prozesse, die die Sudelschrift nach sich zog, der Dr. med. Voeller, ein Kassenarzt derselben Kasse, enttarnt. Schon vor dem Entschluß der Schubertbrüche hatte B. in der bürgerlichen Presse Beharrlichkeit gegen die Kasse losgelassen. Der Ehrenträger der Sudelbrüche, deren Inhalt sofort vom Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie verwendet wurde, Almandus Schubert, wurde dann als gemeiner Expresser zu hoher Gefängnisstrafe verurteilt, desgleichen sein Gehilfe Maabe. Dr. Voeller war Vorsteher der Ortsgruppe Chemnitz des Reichsverbands. Ihm tonnen die Justiz wegen der Brüche nicht an den Kragen, aber er sorgte selbst dafür, daß er abschließlich nicht ganz leer ausging. Noch einmal erschien er jetzt als Angeklagter vor dem Schöffengericht in Chemnitz, wo er sich wegen Beleidigung dreier Kassmitglieder zu verantworten hatte. Der Anklage lag folgender Tatbestand zugrunde. Dr. Voeller hatte die Gemeinsame Orliskrankenfasse so recht als mißende Kuh betrachtet. Eine Untersuchung ergab das zur Evidenz. Da die Kasse auch sehr unter der Schuldenwirtschaft B. zu leiden hatte — B. hatte schon 1908 den Offenbarungspreis geleistet und seine Honorarforderungen, die bei der Kasse aufzuliegen, wurden meistens von Geschäftleuten und dem Hauswirt geprägt —, so hatte der Vorstand schließlich beim Stadtrat beantragt, Dr. Voeller von der Kassenpraxis auszuschließen. Drei Kassmitglieder bildeten ein Schiedsgericht, das am 21. Oktober 1908 den Schiedspruch fällte, daß Dr. Voeller auf die Dauer von drei Jahren von der Kassenpraxis ausgeschlossen sei. Der Spruch war mit 18 ausführlichen Gründen verlesen und die Volksstimme brachte ihn zur Kenntnis der Öffentlichkeit. Dieser Umstand ließ B. in einem Schreiben an den Rat statt Ausdruck bringen, daß der Rat so quasi mit dem Kassenvorstand unter einer Decke stecke, daß der Rat pflichtwidrig gehandelt hätte usw. Damals war B. von der wider ihn erhabenen Anklage wegen Beleidigung freigesprochen worden, weil er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Durch den Schiedspruch war B. in Chemnitz unmöglich geworden und er mußte abrücken, nachdem sein helles Vermögen den Spruch rücksichtig zu machen, ohne Erfolg war. Er wohnt jetzt in Berlin. Aber in einer Beleidigungschrift an das Ministerium machte er sich auf gegen die Kassmitglieder Dr. Hüppner, Vehmann und Doehner, die das Schiedsgericht gebildet hatten. Er machte ihnen objektive Unwahrheit, Vertheidlichkeit, Verdrbung und Entstellung von Tatsachen zum Vorwurf und beantragte, sie auch auf die Dauer von drei Jahren ihres Amtes zu entheben. Das Ministerium fand aber keinen Anlaß, gegen die Stadträte einzutreten, die nachdem sie den ministeriellen Bescheid erhalten hatten, gegen Dr. Voeller Strafanzeige wegen Beleidigung stellten. In der Verhandlung hielt B. die Beleidigung aufrecht und er stellte eine Menge Beweisanträge und beantragte, etwa 100 Zeugen zu laden. Das alles wurde vom Gericht abgelehnt. Es mußte bei Verurteilung auf eine Gesamtstrafe erkennen, weil B. die bei drei fälligen Verurteilungen erhaltenen Geldstrafen noch nicht bezahlen hatte. Dieser reichsverbindliche „Held“ hatte in allen Fällen die Gnade des Königs angerufen! Die Beleidigung der drei Stadträte strafe das Gericht mit 50 Mark Geldstrafe und erkannte unter Einschluß der früheren Geldstrafen auf eine Gesamtstrafe von 400 Mark. Daß Dr. Voeller in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe, wurde vernichtet.

Die Akteure der Hebe gegen den Kassenvorstand sind nun alle nach und nach bestraft. Nun durfte wohl Ruhe über den Wassern sein... Der Reichsverband aber kann nicht stolz sein auf seine Helfer in Chemnitz.

Grimmischau. Unsre Parteigenossen im Stadtvorordnetenkollegium hatten in der letzten Sitzung einen Antrag eingereicht,

Gemeine Soldatenstrafe.

Gemeine Schikanen gegen Rekruten waren in einer großen Anzahl von Fällen Gegenstand einer ungangreichen Verhandlung vor dem Kriegsgericht Dresden. Wegen Anmahnung von Belegschafts- und Strafbeschriften waren angeklagt der Sergeant Schneider, die Unteroffiziere Nedo, Bernsdörfer und Eckert, sowie die Gefreiten Uebelle, Knoll, Peter und Richter, sämtlich von der 5. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 178 in Camenz. Die Angeklagten haben die ihnen unterstehenden Rekruten in der gemeinen Weise gequält und schikaniert, wodurch schließlich ein Rekrut einen Selbstmordversuch unternahm. Wegen der geringsten Misshandlungen bekamen die Rekruten Strafarbeiten, und diese be-

zu beschließen, an den durch die Bauarbeiterausperrung ruhenden städtischen Bauten die Arbeiten unverzüglich wieder aufzunehmen und die Bauten ihrer Vollendung zu führen, im Weigerungsfall des bauausführenden Unternehmers die bestehenden Bauten durch die städtische Verwaltung ausführen zu lassen. Das Kollegium wurde ersucht, umgehend in eine Beratung einzutreten, um durch geeignete Maßnahmen eine etwaige durch die Ausperrung entretende Not, eine Schädigung der Gemeinde abzuwenden.

Dieser Auftrag wurde jedoch, wie von der reaktionären Stadtverordnetenmehrheit nicht anders zu erwarten war, bei momentlicher Abstimmung nach langer heftiger Debatte mit sieben gegen elf Stimmen abgelehnt.

Aleene Nachrichten aus dem Lande. Ein kühnes Vagabund unternahm in Großschönau am Sonnabend vormittag ein Schloss der Zentralsschule, der nächste Oster konfisziert wird. Er sollte „nachfliegen“ und wurde zu diesem Zweck in ein Zimmer im dritten Stock des Schulgebäudes eingeschlossen. Kurz entschlossen öffnete der Knabe ein Fenster und rutschte an der daneben angebrachten Blitzebatterie anlage herab. — In Weiersfeld vergnügten sich mehrere 6-Jährige Kinder mit Schaukeln, nachdem sie die Schaukel an dem Pfosten der Gartentore festgestellt hatten. Plötzlich fiel der starke Pfosten um, riß die ganze Gartentore mit um und begrub darunter die Kinder, die zum Teil recht schwere Verletzungen davontrugen. — In Dresden wurde unterhalb der Albertbrücke die Leiche eines etwa 40 Jahre alten Unbekannten aus der Elbe gezogen, in der sie nur einige Stunden gelegen haben mag. Der Tote hat dunkelblonde, graumelierte Haare, auffallend große Ohren, etwas aufgeworfene Lippen und dunkelblonden Schnurrbart und Spighbart; letzter ist graumeliert. Bekleidet war er u. a. mit dunkelgrauem Haddett, schwarzer Cherviohose, ebenfallser Weste, blauer Vinwandbluse und schwarzen, ziemlich neuen Schnürschnüren. — In Leisnig haben zwei bei einem Kaufmann im ersten und dritten Lehrjahr stehende Lehrlinge sich den Schlüssel zur Geldkasse verschafft, einen größeren Betrag entwendet und sind damit mit der Bahn abgerannt. — Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich bei der Mittelmühle in Nadeberg zu. Während an der Holzbrücke von zwei Arbeitern Stämme von einem Wagen geladen wurden, fiel ein ca. 10 Zentner schwerer Stamm von der andern Seite des Weges herunter und auf das vierjährige Kind der alleinstehenden Frau Wenberg. Das Kind war sofort tot. — Gestern früh hat sich der Trompeter-Sergeant Heinrich Röthe vom Chemnitzer Ulanenregiment aus Furcht vor zu erwartender Strafe in seiner Wohnung erschossen.

Aus den Nachbargebieten.

Halle a. S. Ein Doppelselbstmord hat sich in einem kleinen Hotel am Montag in den ersten Morgenstunden abgespielt. Vor acht Tagen traf dort ein etwa 50jähriger Herr mit seiner etwa 22-25jährigen Tochter ein. Der Fremde trug sich im Fremdenbuch als Kaufmann Burger aus Berlin ein. Als ihm am Sonntag, wie üblich, die Rechnung präsentiert wurde, erklärte er, erst eine Überweisung von seiner Bank abwarten zu müssen, die voraussichtlich Montag eintreffen würde. Am Dienstag früh kamen beide nicht zum Kaffee, so dass man allmählich unruhig wurde. Als gegen 1/2 Uhr an die Zimmerschlüsse geklopft wurde, wurde keine Antwort gegeben. Erst nach wiederholtem Klopfen erklang eine ganz schwache Stimme, die nach dem Begehen fragte. Der Wirt ließ nun sofort die Zimmerschlüsse gewaltsam aufbrechen, während zugleich die Polizei benachrichtigt wurde. Auf dem Chaiselongue

lag vollständig bekleidet und zugedeckt das junge Mädchen. Ein Versuch, sie ins Leben zurückzurufen, war ohne Erfolg. Der Vater hingegen, der im Bett lag, röchelte noch. Er wurde sofort in die Klinik gebracht, wo man indes an seinem Aufkommen zweifelt. Wie aus hinterlassenen Briefen hervorgeht, sind es velumare Sorgen, die die beiden zu dem Schritt veranlasst haben. Zur Tat wurde Ensol benutzt. Über den Namen wird in den Briefen nichts angegeben, nur dass die Tochter mit Vornamen Linda heiße. Nähtere Auskünfte über sie, so weit weiter zu lesen, könnten in Königsberg i. P. und in Mannheim eingezogen werden.

Weisenfeld. Aus Furcht vor Strafe stürzte sich die 25jährige Arbeiterfrau Metzsel mit ihren vier Kindern im Alter von 8 Monaten bis zu 7 Jahren in die Saale. Ein dreijähriger Knabe ertrank. Die Mutter und die andern Kinder konnten gerettet werden. Die Frau hatte mehrere Diebstähle begangen. — Der 14jährige Schüler Mann hat sich hier in der Wohnung seiner Mutter erhängt. Der Grund zur Tat ist unbekannt.

Ashersleben. Eine Falschmünzerwerkstatt ist hier aufgedeckt worden. Der Maschinenwärter im städtischen Wasserwerk, Karl Kallstein, hatte beim Einfuhr von Apfelsinen bei einer Frau falsche Taler anbringen wollen. Die Frau hatte zu ihrem Glück aber sofort die Falschmünze erkannt und gab sie dem Käufer wieder zurück. Dieser hatte zu seiner Entschuldigung angegeben, er habe die Falschmünze erst im Goldenen Anker erhalten. Er möchte sich davon, ging aber nicht nach dem Goldenen Anker, sondern nach dem Gasthof Zum Adler, wo er ebenfalls verlor, das falsche Geld anzubringen. Der Kriminalbeamte Albrecht veranlasste seine Festnahme. In der Wohnung des Kallstein wurden die nötigen Gußvorrichtungen vorgefunden und beschlagnahmt. Die Falschmünze waren sehr schlecht angefertigt und als Falschmünze leicht zu erkennen.

Aus dem Stadtverordnetensaale

Sitzung vom 27. April 1910.

Zu Beginn der Sitzung widmete der Vizevorsitzender Enke dem verstorbenen Stadtrat a. D. Philipp Nagel einen kurzen Nachruf. Die Mitglieder des Kollegiums erhoben sich zu Ehren des Gestorbenen von den Plätzen.

Eingegangen sind eine Eingabe des Ortsvereins des französischen Viertels um Errichtung einer Schule in diesem Stadtteil und eine Eingabe des Leipziger Gastwirtevereins um Abänderung der Bestimmungen über die wöchentliche Bedienung in den Schankwirtschaften.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wurden zunächst eine Reihe von Stiftungsberechnungen, sowie die Rechnung über die Thomasschule auf das Jahr 1908 richtig gesprochen.

Eine Eingabe wegen der Errichtung einer Schule an der Breitenfelder Straße ließ das Kollegium entsprechend dem Antrag der Ausschüsse auf sich beruhen.

Einer vom Rate vorgeschlagenen ordnungsgesetzlichen Abänderung des Nachtrags zum Ortsstatut der Stadt Leipzig vom 18. Dezember 1888 wurde zugestimmt.

Dem Ortsgebet über die Verteilung von Bauabgaben auf die Grundstücke der für Leipziger Gewerbe wurde mit der Maßgabe zugestimmt, daß im § 1 des Ortsgebetes auch der Bebauungsplan Nr. 40 aufgeführt wird.

Die Ortsgebet über die Bebauung von Leipzig-Trotendorf und Sellerhausen-Süd und über die Bebauung von Leipzig-Lindenau-Südost, sowie eine Maßvorlage über den Wegfall der Straße 3 im Bebauungsplan Leipzig-Lindenau-West wurden mit einigen geringfügigen Änderungen genehmigt.

Zum Ankauf zweier Pferde für den Krankenwagen des Aranthauses Leipzig-Plagwitz wurden 3000 Mark nachbewilligt.

Zu einer längeren Debatte kam es bei der Beratung einer Maßvorlage über eine Milchverteilordnung für die Stadt Leipzig. Mit zur Verhandlung stand eine Eingabe des Vereins Leipziger Milchhändler, die eine andre Festsetzung des Mindestfettgehalts und besondere Bestimmungen für die an die Milchhandel beschäftigten Personen verlangte. Der Ausschussreferent beantragte, der Maßvorlage zuzustimmen und die Eingabe auf sich beruhen zu lassen.

In der Debatte beantragte Stadtr. Jähne (Mittelst.), den Mindestfettgehalt für Vollmilch nicht wie in der Vorlage auf 3 Prozent, sondern auf 2,8 Prozent festzusetzen. Leipzig würde sonst bald an guter Milch Mangel leiden.

Stadtrat Hoffmann verteidigte die Maßvorlage. Die Befürchtungen des Vorredners seien unbegründet. Die Vorgriff, dass Vollmilch 3 Prozent Fettgehalt haben müsste, bestehre seit zehn Jahren in Leipzig und habe sich gut bewährt. Es seien aber einige neue Bestimmungen in den Entwurf gekommen, die ein Entgegenkommen gegen die Landwirte bedeuten. So sei vorgeschlagen, die zweite Sorte Vollmilch abzuschaffen und Magermilch ohne einen Mindestfettgehalt zu lassen. Ferner sollen die Landwirte straflos ausgetragen, die Milch mit einem geringeren Fettgehalt in den Handel bringen, wenn sie nachweisen können, dass sie den Vorschriften momentan nicht entsprechen können. Eine Herabsetzung des Fettgehalts würde eine Verschlechterung der Milch zur Folge haben, wie das Beispiel von Dresden zeige. Für die Maßvorlage seien zunächst wirtschaftlich Gründe maßgebend. Dresden, b. d. den dortigen Konsumen, gingen beispielweise durch den vermindernden Fettgehalt jährlich 275 750 Mark an Wert verloren. In Leipzig würde der Verlust bei 100 000 Liter täglichen Verbrauchs täglich 10 000 Mark betragen. Ferner kämen hygienische Gründe in Frage. Für die Kinder und die Kranken in der Stadt sei der Fettgehalt der Milch die Hauptfache. Ein weiterer wichtiger Grund sei, dass mit einer Verabschaffung des Fettgehalts zu befürchten sei, dass sich auch die kleinen Händler den ermächtigten Anforderungen anpassen und so allgemein eine Verschlechterung der Milchverhältnisse eintreten würde. Dass die Bestimmungen nicht unerfüllbar seien, gehe daraus hervor, dass 70 Prozent der Milchhändler Milch mit mehr als 3 Prozent Fettgehalt liefern.

Die Stadtr. Clemm und Plischel (Mittelst.) wandten sich gegen die Maßvorlage und traten für den Antrag Jähne ein.

Stadtr. Henner (Soz.) erklärte, der Maßvorlage zuzustimmen. Gegenüber dem Bestreben der Agrarier, die Konsumanten zu überwältigen, habe das Kollegium die Pflicht, die Bürgerschaft zu schützen und Bestimmungen zu treffen, die zu diesem Schutz notwendig seien. Für die Maßvorlage traten noch die Stadtr. Bischoff, Dr. Groß und Dr. Sonnenkalb (Mittelst.) und Pöller (Soz.) ein.

Schließlich wurde der Antrag Jähne gegen 87 Stimmen abgelehnt und die Maßvorlage genehmigt. Die Eingabe ließ das Kollegium auf sich beruhen.

Es folgte noch eine nichtöffentliche Sitzung.



Tausendfach bewährte
Nahrung bei:
Brechdurchfall,
Diarrhoe,
Darmkatarrh, etc.

Gemeinsame Ortskrankenkasse Rötha

Einnahme. Rechnungs-Abschluss. Ausgabe.

	M	q		M	q
Kassenbestand am Anfang des Rechnungsjahres.			Kerztliche Behandlung	4 007	05
Einn. von Kapitalien	115	01	Arznei und Heilmittel	3 374	18
Beiträge	23 007	75	Krankengeld a) an Mitglieder	7 081	28
Ersatzleistung f. gewährte Krankenunterstützung	376	10	b) an Angehörige	94	—
Ersatzleistung von Berufsgenossenschaften, Ber. Anstalten usw.	30	95	Wohnerinnen-Unterstützung	892	50
Aus verkauft: Wertpapieren, zurückgezogenen Kapitalien, Entnahmen aus dem Reservefonds usw.	16 113	41	Sterbegelder	300	—
Gonstige Einnahmen	138	74	Kur- und Verpflegungskosten	1 424	—
			Ersatzleistung für gewährte Krankenunterstützung	218	10
			Zurückgezahlte Beiträge	41	—
			Für Kapitalanlagen	16 228	17
			Verwaltungsausgaben) persönliche	1 048	08
			b) sachliche	2 860	85
			Sonstige Ausgaben	194	74
			Kassenbestand am 31. 12. 1909	1 078	65
Summa	40 681	96	Summa	40 681	96

Rötha.

BILANZ.

Bilans.

	M	q		M	q
Kassenbestand am 31. Dezbr. 1909	1 078	65	Dem Reservesfonds überwiesen	9 301	04
Wertpapiere, Sparfassenbücher usw.	10 520	92	Kassenvermögen	4 874	58
Wert an Inventar u. Formularen	2 500	—			
Sonstige Forderungen	76	90			
Summa	14 170	47	Summa	14 170	47

Rötha, am 10. Februar 1910.

Der Vorstand
der Gemeinsamen Ortskrankenkasse Rötha.

Franz Grödel, Vorsteher.

Die Nützlichkeit und Übereinstimmung vorstehender Abschlüsse und Aufstellungen bestätigen:

Rötha, am 28. April 1910

Max Oertel, Carl Hanisch, Wilhelm Rühl.

Otto Meerguth,

Mastochsen-Schlächterei
Fabrik feiner
Fleisch- und Wurstwaren

Wigandstrasse 2 L.-Kleinzschocher Wigandstrasse 2

empfiehlt jeden Abend

gekochten Schinken, gekochte Pökelprippchen u. Schwarzfleisch

Jeden Freitag und Sonnabend von 5 Uhr ab

Schinken in Brotteig sowie ff. warme Wurst

Spezialität: ff. russisch. Salat, la. Jagdwurst und Mortadella, ff. Thüringer Blut-, Leber-, Zungen- und Zervelatwurst sowie alle ff. Aufschnittwaren. Auf Wunsch auf Platten garniert zu denselben Preisen.

Ratzenh. Eugen Dietze Tauchaer Strasse 33 Horrenhüte, alle Fassons und Farben, Strohhüte, Mützen, Regenschirme und Spazierstöcke, Krawatten, Hosenträger, Glacéhandschuhe, Herr.-Wäsche. Gr. Auswahl.

Die höchste Zeit



wird es
zu sparen,
um der all-
gemeinen Leuer-
ung zu begegnen.

So z. B. lässt sich die
kostspielige Butter vorzügl-
ich ersparen durch die alte-
währten und viel billigeren
von den Bergh'schen Margarine-
Marken

**Clever Stoltz
Vitello.**

Die Ersparnis ist bedeutend

In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Am besten und vorteilhaftesten

kaufen Sie im Westvorstädtischen Fahrradhause von
G. Darnstadt, S. Lindenau, Ecke Wenzelburger u. Kärtelens-
straße. — Reparaturen werden fachmännisch u. bill. ausgeführt.

Asew, Hartling & Co.

Hinter den Kulissen der russischen Geheim-
polizei und Revolution.

Preis Mk. 3.— Eleg. geb. Mk. 4.—

Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Abteilung
Buchhandlung
Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Sam'an Tee viel billiger als Kaffee



Arbeiter, Ortskrankenkassenmitglieder, Gewerkschafts- und Parteigenossen!

Eine neue Entreditung der Arbeiter plant die deutsche Reichsregierung mit der Reichsversicherungs-Ordnung.

Der vom Reichsamt des Innern vorgelegte Entwurf, eine Vereinheitlichung der Versicherungsgesetzgebung herbeizuführen, läuft auf die völlige Vernichtung des den Arbeitern gewährleisteten Selbstverwaltungsrechts hinaus. Der weitere Ausbau der Unfall- und Invalidenversicherung fehlt. Die vorgeschlagene Hinterbliebenen-Versicherung der Witwen und Waisen muß als völlig ungenügende Armenunterstützung auf Kosten der Arbeiter angesprochen werden. Auch die übrigen im Entwurf behandelten Versicherungszweige genügen auf keinen Fall.

Gegen diese arbeiterfeindlichen Anschläge gilt es Stellung zu nehmen.

Dienstag, den 3. Mai, abends 8 1/2 Uhr

Oeffentl. Volks-Versammlungen im Volkshaus, Leipzig, Grüne Schänke, Anger, Schloss Lindenfels, Lindenau

Referenten sind die Genossen R. Lipinski, O. Pollender, A. Lüttich-Leipzig.

Arbeiter! Sorgt für Massenbesuch dieser Versammlungen. Es muß bekannt werden, daß die deutsche Arbeiterschaft nicht gewillt ist, eine weitere Verhinderung der Arbeiterversicherung über sich ergehen zu lassen.

Das Gewerkschaftskartell und das Agitationskomitee der sozialdemokratischen Partei Leipzig.

8245*

An unsere werten Inserenten!

Die diesjährige MAI-NUMMER der Leipziger Volkszeitung erscheint am

Sonnabend, den 30. April 1910

Diese Nummer wird in grösserem Umfange erscheinen.

Inserate können deshalb nur bis spätestens Freitag, abends 6 Uhr, angenommen werden.

Wir bitten unsere geschätzten Inserenten, ihre für die MAI-NUMMER bestimmten INSERATE sofort aufzugeben zu wollen

Expedition der Leipziger Volkszeitung.



Geschenkt bekommen Sie

neben abgebildete und noch viele andere hübsche Gegenstände, wenn Sie
Gentners Schuhcreme „Nigrin“
Gentners Seifenpulver „Schneekönig“
Gentners Sauerstoffwaschpulver „Joffa“
Gentners Metallputzpomade „Pascha“
Gentners flüssige Metallpolitur „Gento“
in Ihrem Haushalt verwenden.

[2713] Alleiniger Fabrikant:

Carl Gentner, Fabrik dem.-techn. Produkte, Göppingen.

zur Maifeier

empfehlen wir

Maigedenkblätter

Preis 15 Pfennige

Maizeitung

Preis 10 Pfennige

Wiener Maizeitung

Preis 20 Pfennige

Maipostkarten

in verschiedener Ausführung

Leipziger Buchdruckerei A. G.

Tauchaer Strasse 19, 21 (Abteilung Buchhandlung).

10 % Rabatt auf 10 Zigarren Bürgerliches Gesetzbuch.
Büro vorzügl. Qualitäten, bei Alfr. Simon Nachl., Wurzer Str. 48. Volksbuchhd. Leipzig u. Filialen.

Achtung! Buchbinder.

Unlässlich des am Sonnabend, den 30. April, stattfindenden Festkommerzes wird das Bureau bereits nachmittags 6 Uhr geschlossen. Krankengeldempfänger etc. wollen dies ganz besonders berücksichtigen.

[8849]

Die Ortsverwaltung.

Die Vertrauensleute werb. geb., dies Inserat zurückzuerufen zu lassen.

Monatsgarderobe

10 Alle Herren können sich 10 hochlegant u. sehr billig
kleid. Neue u. wen. getr. Anzüge, Fracke, Hosen, Frühjahrspakete, Gesellschafts-Anz. a. leihw.

10 Grosses Fleischergasse 10
nicht kleine (Golden Kron.) Schau! (Nicht verwechseln)

(Im Hause d. städt. Speiseanstalt II.)

GEDENKBLATT ZUR MAI-FEIER



ZUR ERINNERUNG AN DIE
MAIFEIER LEIPZIG 1910.

Auch in diesem Jahre ist in unserm Verlag ein GEDENKBLATT ZUR MAI-FEIER erschienen. Es ist künstlerisch in Dreifarben druck ausgeführt und wird allen Genossen ein wertvolles Andenken an die Maifeier sein.

LEIPZIGER BUCHDRUCKEREI
AKTIENGESELLSCHAFT

GEDENKBLÄTTER à 15 Pfg. zu haben in unserm Hauptgeschäft, Tauchaer Str. 19-21 sowie in unsern Filialen und Zeitungs-Ausgabestellen: Zeitzer Str. 32 (Volkshaus); L.-Volkmarsdorf, Reitzenhoferstrasse, Ecke Elisabethstrasse; L.-Lindenau, Lützner Str. 41; L.-Thonberg, Reitzenhainer Str. 92 (Trotzschi); L.-Stötteritz, Arnoldstr. 22 (Pöhlitz); L.-Connewitz, Bornaische Str. 18 (Prior); L.-Kleinzschocher, Dieskaustrasse 5 (Peter); L.-Kleinzschocher, Dieskaustrasse 81 (Georg); Leutzsch, Hauptstrasse 53 (Stoye); Böhlitz-Ehrenberg, Wettiner Strasse (Brekau); L.-Gohlis, Lindenthaler Strasse 12 (Müller); L.-Eutritsch, Magdalenenstr. 6 (Herzog); — ferner in den Partei-Sekretariaten, den Gewerkschafts-Bureaus und bei den Vertrauensleuten der Partei und der Gewerkschaften.

Zahn-Atelier

Minni Terton
Blücherstrasse 45, I. Tel. 10875.
Kunst. Bähne b. 1,25 Mr. an,
Plomben b. 1 Mr. an. Reparate,
sofort. Bill. Preise. Schmerzlose,
schnelle Behandlung. Filiale:
Co., Pegauer Str. 5, I. [8687*]
Teilzahlungen gern gestattet.

Mittwoch früh 4 Uhr ver-
schied nach langem, schwerem
Leiden im Alter von 81 Jahren
mein lieber Mann, unser guter
Vater, der Tschauder

Joseph Schwägerl.

In tiefer Trauer
Marie Schwägerl geb. Lindner
nebst Kindern. [8841]
Beerdigung Sonnabend, nachm.
1/2 Uhr, auf dem Plagw. Friedh.

L.-Volkm. Bergstr. 29, Leipzig „Helmkehr“
Metzgerhof 31, Fernpr. 599.
Beerdigungs- und Feuerbestattungs-Anstalt
Inh.: Berger & Meyer. [2180*]

Im Rothe der Freiheit.
Briefe über den Sozialismus.

Von Robert Blatchford. 50 Pfg.

Von Fürst P. Kropotkin. 2 Mk.

Volksbuchh. Leipzig und Filialen.

Gegenseitige Hilfe in der
Tier- u. Menschenwelt.

Von Robert Blatchford. 50 Pfg.

Von Fürst P. Kropotkin. 2 Mk.

Volksbuchh. Leipzig und Filialen.

Für die innige Teilnahme und den reichen Blumen-
schmuck beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen, für
die erhebende Trauermusik und für das Geleit seiner lieben
Kollegen zur letzten Ruhestätte sagen wir allen unsern herz-
lichsten Dank. [8840] Frau verw. Rössler und Angehörige.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 28. April.

Geschichtskalender. 28. April 1753: Der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika James Monroe in Westmoreland (Virginia) geboren († 1831). 1799: Gesandtmord in Nassau. Die französischen Kommissare werden von ungarischen Husaren überfallen und zum Teil ermordet. 1853: Der Dichter Ludwig Tieck in Berlin gestorben (* 1773). 1858: Der Physiologe Johannes Peter Müller in Berlin gestorben (* 1801). 1866: Der Geschichtsschreiber Heinrich Gottlieb v. Treitschke in Berlin gestorben (* 1844). 1909: Sultan Abdul Hamid muss den Staub von den Pantoffeln schütteln.

Sonnenaufgang: 4,28, Sonnenuntergang: 7,18.
Monduntergang: 6,12 vorm., Mondaufgang: 11,58 nachm.

Wetter-Prognose für Freitag, den 29. April.
Südliche, aufkrischende Winde, meist heiter, etwas wärmer, vorwiegend trocken.

Zum 1. Mai.

Die Vorarbeiten zur Maibaumvorstellung in Leipzig sind erledigt. Das Komitee veröffentlicht heute das Programm. Sonntag, mittags Punkt 12 Uhr, sind Versammlungen in folgenden Lokalen: Vollhaus, Tivoli, Sanssouci, Gasthof Thonberg, Drei Mohren, Salon Germania, Gasthof Neustadt, Drei Lilien, Felsenkeller, Turnhalle, Terrasse, Friedrichshallen, Drachensels. Nachmittags um 5 Uhr Massenversammlungen im Brauereigarten in Stötteritz. In der Halle und auf dem Festplatz ist Vocal- und Instrumentalkonzert. Als Referenten für die Versammlungen in Stötteritz sind die Genossen Wilhelm Dittmann aus Solingen, Robert Dittmann aus Hanau, Richard Koch, Heinrich Lange und August Lüttich aus Leipzig vorgesehen.

Damit der Maibaumvorstellungzug mächtig und imposant und eine Kontrolle möglich wird, dürfen die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht einzeln oder in kleinen Trupps nach dem Festplatz wandern oder fahren, sondern müssen sich nach den angegebenen Versammlungslokalen begeben. In den Versammlungslokalen werden nur kurze Ansprachen gehalten werden. Dann geht es zum Treffpunkt der einzelnen Trupps, in den König-Albert-Park. Von hier aus geht es um den südlichen Teil der Promenade nach der Hospitalstraße und nach dem Festplatz.

Jeder Demonstrant verschehe sich vor dem Sonntag mit einem Maigedenkblatt, das zum Eintritt in den Brauereigarten berechtigt. Die Verkaufsstellen für die Maigedenkblätter sind mehrfach im Inseratenteil bekannt gemacht worden und sind auch in der heutigen Nummer enthalten.

Parteiangelegenheiten.

Nach dem Parteiversammlungsbeschluss ist die Organisation des Kinderschutzes durchgeführt. Die Kommission hat sich konstituiert. Wir verweisen deshalb die Genossinnen und Genossen auf die an anderer Stelle in heutiger Nummer befindlichen Adressen der Zentralkommission sowie der in einzelnen Ortsstellen und Orten gewählten Personen. Weitere Ergänzung der Liste folgt. Wir bitten, alle Fälle ungesehelter Erwerbsarbeit der Kinder, Misshandlungen, stütliche Gefährdung und vergleichbaren an diese Genossinnen zu melden.

Zentralkinderbeschaffungskommission.
J. A. Schröder.

Das Arbeiterssekretariat in Leipzig 1909.

II.

Die Arbeiterversicherung beansprucht wohl in den meisten Arbeiterssekretariats die meiste Zeit der Sekretäre. Seit dem Bestehen des Leipziger Arbeiterssekretariats entstehen von den erteilten Auskünften auf die Arbeiterversicherung im Jahre 1904: 25,2 Prozent, im Jahre 1905: 24,2 Prozent, im Jahre 1906: 26,8 Prozent, im Jahre 1907: 22,5 Prozent, im Jahre 1908: 29,7 Prozent und im Jahre 1909: 28,8 Prozent. Diese Zahlen beweisen, dass die heute bestehenden sozialpolitischen Einrichtungen nicht immer in wirklich sozialem Geiste und im Interesse der Kranken, Verletzten und Invaliden ihre Aufgabe erfüllen. Nur zu natürlich ist es daher, dass der Bericht auch Stellung zum Entwurf einer Reichsversicherungsordnung nimmt. Es wird gefordert: Ausbau der sozialen Gesetzgebung, Sicherung des Selbstverwaltungsrechts in der Krankenversicherung und durch größere Mitwirkung der Versicherten in den übrigen Versicherungszweigen und Ausdehnung alles Versicherungswangs auf möglichst alle Arbeiter. Wie aber der Entwurf einer Reichsversicherungsordnung gegenüber den Forderungen der Arbeiterschaft versagt, das wird in dem Bericht an den verschiedensten Beispielen gezeigt. Die Beschränkung des Selbstverwaltungsrechts, die eigenartige Gestaltung der Landeskrankenkassen, die der Mehrheit der Arbeiter recht verhängnisvoll werden können, die Stellung, die der Entwurf gegenüber der Zersplitterung im Krankenkassenwesen einnimmt, wird einer eingehenden Kritik unterzogen. Wird auch in dem Bestreben, die Rechtsprechung zu vereinheitlichen, ein wesentlicher Fortschritt erzielt, so wird doch auch der Ansicht Ausdruck gegeben, dass gerade die Vereinheitlichung der Rechtsprechung gegenüber den bisherigen Verhältnissen den Kranken zum Nachteil gereichen kann.

Ausführlich geht der Bericht auch ein auf die Stellung, die die Invaliden- und Unfallversicherung in dem Entwurf einer Reichsversicherungsordnung einnehmen, um im Anschluss daran eine Reihe von Forderungen zu stellen. Insbesondere aber findet die Tatsache Erwähnung, dass in dem Entwurf einer Reichsversicherungsordnung die Einführung einer Arbeitslosenversicherung keine Berücksichtigung gefunden hat. An der Behandlung der Ar-

beitslosenfrage im Leipziger Stadtparlament wird die Notwendigkeit einer Arbeitslosenversicherung zur Evidenz erwiesen.

Der Arbeiterschutz auf Bauten und in Fabriken bildet ein weiteres Kapitel des Berichts. Zahllos sind die Fälle, in denen Missstände auf Bauten festgestellt wurden, deutlich lassen diese Feststellungen erkennen, dass es mit der Durchführung des Bauarbeiterchutes noch recht schlecht bestellt ist, und dass es durchaus nicht überflüssig ist, wenn die Bauarbeiter immer wieder ihre alte Forderung erheben: Zugelassung von Personen aus dem Arbeiterstande zur Bautenkontrolle. Nicht minder wichtig ist natürlich der Arbeiterschutz in Fabriken.

Über die gewerbliche Rechtsprechung in Leipzig, zu der der Bericht ebenfalls Stellung nimmt, veröffentlichten wir erst in diesen Tagen einen Artikel, es erläutert sich aus diesem Grunde, auf dieses Kapitel einzugehen. So bietet der Bericht des Arbeiterssekretariats auch diesmal eine Fülle wertvollen Materials. Er schliesst sich, wenn auch von der Schilderung von Einzelfällen abgesehen wird, seinen Vorgängern würdig an und es ist nur zu wünschen, dass das kleine Büchlein in den Kreisen der Arbeiter die weitgehendste Beachtung findet.

Ein appellierter Milchmann.

Die Mutterfrau T. in Lennéwitz hatte die selber weltverbreitete Gewohnheit, aus Neugierdegründen ihren Milchtopf vor die Tür zu stellen. Eines Tages im November vorigen Jahres wies ihr Kind die Milch an, und als sie selbst losließ, fand sie, dass die Milch nach Seife schmeckte. Eines anderen Morgens hörte sie in ihrem Milchtopf ein verdächtiges Geräusch und als sie nachsah, fand sie im Topf zwei kleine Stückchen Seife in der Größe einer Bohne. Die Frau hatte nun den Milchmann Reinhold Keil, der gerade ins Haus gekommen war, im Verdacht, die Seifenstückchen in den Topf geworfen zu haben. Nach ihrer Überzeugung konnte kein anderer der Täter gewesen sein. Frau T. besprach nun die Sache mit ihrem eigenen Milchlieferanten L., der ihr riet, nichts weiter zu tun, sondern es ihm zu überlassen, die Angelegenheit im Verein der Milchhändler zur Sprache zu bringen. Aber Frau T. hatte sich nur entschlossen, den Täter womöglich auf seines Tat zu enttappen. Sie stellte daher ihren Topf immer wieder heraus und am 5. Januar stand sie, die Hand an der Türklinke, und lauschte, als sie hörte, dass der Milchmann Keil das Haus betreten hätte. Als Keil an ihrer Tür vorbeikam, hörte sie es: "Klopf!" Sofort riss die resolute Frau die Tür auf und sah, dass Keil ihr zweimal in den Topf gespuckt hatte. Sie stellte den Menschen zur Rede und belegte ihn mit dem Rosenamen: "Schwachsinn!" Keil aber stellte sich unschuldig und ging die Treppe hinauf. Als er wieder herunter kam, drohte er der Frau mit Klage, da sie ihn belästigt habe. (Es ist, nebenbei bemerkt, keine Klage erfolgt.)

Frau T., die begeisterterweise sehr erregt war, ging mit ihrem Topf auf die Polizeiwache und nun wurde gegen Keil ein Strafverfahren eingeleitet. Er hatte sich gestern vor dem Schöffengericht zu verantworten. Er beküßte ihr die Schuld gelegten ekelhaften Vergehen. Er beteuerte auch auf die Frage des Vorwiegenden, ob er öfters spucken müsse, das käme bei ihm nie vor". Auf die Frage, ob es wahr sei, dass er aus Milchtopfen, die ihm gar nichts angingen, das Gelb nehme, um seine eigene Milch hineinzufüllen, antwortete er ebenfalls mit Nein. Die Zeugen konnten aus eigener Wahrnehmung nichts Positives zur Klärung der Sache beitragen. Sie hatten die Seifenstückchen gesehen, hatten auch die Ausregung der betroffenen Frau bemerkt.

Das Schöffengericht hatte nicht die volle Überzeugung, dass gerade Keil die Seifenstückchen in den Topf geworfen hatte, es könnte auch jemand anders gewesen sein. Gleichwohl bestieß gegen Keil großer Verdacht. Dagegen müsste nur Keil es gewesen sein, der in den Topf gespuckt hat. Das Gericht qualifizierte diese Tat lediglich als eine "vöbellose Unreinlichkeit" und verurteilte Keil wegen versuchter Sachbeschädigung zu fünfzig Mark Geldstrafe.

Der sich unschuldig führende Herr Keil erklärte, Verzierung einzulegen zu wollen.

Milchverkehrsordnung. In der gestrigen Stadtverordnetenbeschluss stand als einziger wichtiger Punkt ein Entwurf des Rats zu einer Milchverkehrsordnung auf der Tagesordnung. Seit einer Reihe von Jahren wird vom Rat und den Stadtverordneten besondere Sorgfalt auf die Milchkontrolle verwendet. Dass eine strenge Überwachung durchaus notwendig ist, haben die Untersuchungen und Arbeiten der städtischen chemischen Untersuchungsanstalt bewiesen. In den letzten Jahren ist noch insofern eine Verbesserung durchgeführt worden, dass neben der chemischen die bakteriologische Untersuchung und die tierärztliche Kontrolle eingeführt worden sind. Die neue Milchverkehrsordnung soll nur eine notwendige Ergänzung der bisherigen Kontrollvorschriften sein, und hat die Erkenntnis zur Grundlage, dass die bestehenden Uebelstände und Schmutzereien nicht durch eine Reihe schöner Paragraphen, sondern nur durch eine intensive Kontrolle beseitigt werden können. Gegen dieses Bestreben ist um so weniger etwas einzubwenden, da man nicht behaupten kann, dass von den Kontrollbehörden und den Gerichten gegen Milchpächter besonders rigoros verfahren wird.

Das Kollegium erklärte sich denn auch in seiner Mehrheit für die Ratsvorlage. Nur die Herren Mittelständler wandten sich gegen einige Bestimmungen, und sonderbarweise gerade gegen solche, die seit 10 Jahren bestehen und sich als nützlich und durchführbar bewiesen haben, was nicht nur zahlenmäßig bewiesen wurde, sondern auch von einsichtigen Milchproduzenten und Händlern anerkannt ist. Die Mittelständler wollten den für Vollmilch vorgeschriebenen Mindestfettgehalt von 3 auf 2,8 Prozent herabgesetzt wissen. Eine stichhaltige Begründung für diese Verabschaffung vermochten sie nicht anzuführen. Und die Reden, die von den Herren Jähne, Klemm, Püschel und Beck geschwungen wurden, waren auch wohl mehr darauf berechnet, den zahlreich auf der Tribüne anwesenden Milchinteressenten zu zeigen, was für ein warmes Herz für die Interessen des Mittelstands die Herren haben. So wurden die Ausführungen auch von der Mehrheit des Kollegiums eingeschätzt, die unter Ablehnung der beantragten Verabschaffung dem Vorschlag des Kollegiums zustimmt.

Die Leipziger Nachrichten und die Pariser Polizei. Das genannte Blatt sieht ein langes Gesicht an, weil sein Korrespondent vor den Pavillon des der politischen Partei sitzt und von diesem dort angefahren worden ist, wegen der "französischen Beichte" die er seinem Blatt über französische Verhältnisse schickte. Was der Name? Wenn der Herr in Paris seine journalistische Pflicht tut, so braucht er fast ebensoviel

um die Polizei zu klammern, wie andere Journalisten auch. Ober ist etwa der Korrespondent auf die Gnade der Pariser Polizei und anderer trüger Quellen für seine Informationen angewiesen?

Die Firma E. A. Enders und ihre Beamten. Der Prokurist der Firma E. A. Enders, Herr Kloß, musste gestern vor dem Schöffengericht erscheinen, da er entgegen den Bestimmungen der Gewerbeordnung zwei Arbeitnehmer bis 12 Uhr nachts, resp. von 8 Uhr abends bis 8 Uhr morgens beschäftigte hatte. Herr Kloß erklärte, dass die Mädchen eine Spezialarbeit herstellten, von deren rechtzeitiger Fertigung er eine ständige Geschäftsverbindung erhoffte. Die Mädchen hätten sich daher abgelöst, sie hätten bloß neun Stunden täglich gearbeitet. Die Leiter des Buchbinderverbandes machen seiner Firma das Leben schwer, sie hätten erklärt, dass sie jeden geringsten Verstoß anzeigen würden und sie versöhnen auch ganz rigoros, so dass seine Firma sehr häufig bei den Absatzmännern angezeigt werde. Herr Kloß hat um seine Freiheit sprechung mit der Polizei, der Chef der Firma habe gedroht, er werde jeden Beamten rücksichtslos entlassen, der Aulah zu einem Konflikt mit der Arbeiterschaft gebe. Herr Kloß wurde mit 50 Mk. Strafe belegt.

Stadtat a. D. Philipp Nagel †. Am 83. Lebensjahr ist gestorben der Stadtat Ph. Nagel gestorben. Dem Stadtverordnetenkollegium gehörte der Verstorbene von 1808–73 und von 1878–79 an, dem Ratskollegium von 1873–77 und von 1879–1905. Parteilich war Nagel nationalliberal, und zwar war er Schatzmeister des nationalliberalen Ortsvereins, und gehörte dem Vorstand des Nationalliberalen Landesvereins an. Er war, wie ihm seine Parteifreunde bezeichnen, ein besonders eifriger Parteiläufer bis in sein hohes Alter.

Wieder ein Misstrau der Kriminalpolizei. Ein großer Erfolg wurde wieder einmal der Leipziger Kriminalpolizei — angedichtet. Es sollte ihr die Verhaftung des Verbrechers gelungen sein, der im Vorjahr in Berlin einen Mordversuch auf die Witwe Fleisch unternommen hat. Obwohl der Verhaftete, der den gleichen Namen mit dem Verbrecher trägt, hartnäckig bestreit, der Täter zu sein, wurde er doch nach Berlin gebracht und dort der Frau Fleisch und anderen Zeugen gegenübergestellt. Dabei stellte sich heraus, dass der Verhaftete der Täter nicht sei. Der Verhaftete musste nach freigedessen freilassen werden. Die Sensationshachelei der bürgerlichen Presse, besonders der "Neuesten", die in jedem wie in jedem anderen Verhafteten den Mörder der Friederischen Eheleute wittern, ist wieder einmal vorbeigegangen.

Studentische Arbeiterschulklasse. In der Woche vom 2. Mai beginnen zum fünftenmal seit ihrer Gründung die studentischen Arbeiterschulklasse. Es sollen in diesem Semester, in vier Schulen Kurse stattfinden: Neubau, Marschallstraße (Fortbildungsschule), Möbiusstraße (Nealschule), Lindenau, Merseburger Straße 58 (Fortbildungsschule) und Schillerstraße, an der Peterskirche (Bürgerschule). Die Kurse sollen befähigend ohne Rücksicht auf Partei- und Religionszugehörigkeit jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin Gelegenheit geben, die im täglichen Leben unabdingbar erforderlichen Kenntnisse zu festigen und zu erweitern. Wir machen schon jetzt auf den in der Mainnummer und am 4. Mai in der Volkszeitung erscheinenden ausführlichen Stundenplan aufmerksam.

Unfälle auf der Straße. Gestern abend stieß in der Gräfstraße ein Lastwagen mit einem Straßenbahnenwagen zusammen. Beide Wagen wurden unerheblich beschädigt.

Am Fleischerplatz wurde gestern abend ein 12jähriger Knabe von einem Kraftwagen umgerissen und von einem Rad des Fahrzeugs überfahren. Zum Glück kam der Knabe ohne Verleugnungen davon.

Selbstmord. Durch Erschießen hat gestern ein 58 Jahre alter Tischlermeister in seiner in der Helmuthstraße gelegenen Wohnung seinem Leben ein Ende gemacht. Der Beweggrund war ein Nervenleiden.

Bermuth wird seit dem 10. April die 19jährige Arbeiterin Minna Heinold aus ihrer Wohnung in der Sophienstraße. Die Heinold ist übermittelgross, kräftig, hat dunkelblondes Haar, blaue Augen und gesunde Gesichtshälfte. Sie hat zuletzt ein schwarzes und weißes Kleid, grüneingefärbtes schwarzes Plüschtäschchen, welchen Strohhut mit schwarzem Band, schwarze Schnürschuhe und schwarze Strümpfe getragen. Es wird befürchtet, dass der Verschwundenen ein Unfall zugestossen ist.

Gasbrand. Ein Gasbrand war gestern durch den Herd einer Küche in der Gießerstraße entstanden. Der Brand ist von der Feuerwehr bald beendet worden.

Verlust. Vermisst wird seit dem 10. April die 19jährige Arbeiterin Minna Heinold aus ihrer Wohnung in der Sophienstraße. Die Heinold ist übermittelgross, kräftig, hat dunkelblondes Haar, blaue Augen und gesunde Gesichtshälfte. Sie hat zuletzt ein schwarzes und weißes Kleid, grüneingefärbtes schwarzes Plüschtäschchen, welchen Strohhut mit schwarzem Band, schwarze Schnürschuhe und schwarze Strümpfe getragen. Es wird befürchtet, dass der Verschwundenen ein Unfall zugestossen ist.

Gasbrand. Ein Gasbrand war gestern durch den Herd einer Küche in der Gießerstraße entstanden. Der Brand ist von der Feuerwehr bald beendet worden.

Verlust. Ein Gasbrand war gestern durch den Herd einer Küche in der Gießerstraße entstanden. Der Brand ist von der Feuerwehr bald beendet worden.

Verlust. Ein 19 Jahre alter Matthes aus Kleinmachnow sollte im Auftrage eines Geschäfts am Dorotheenplatz Papagut einföhren. Bei dieser Gelegenheit machte er sich über einen größeren Betrag dadurch in die Tasche, dass er auf den Brachtwiesen den Betrag des Frachtgelbes fälschte. Der unrechte Mensch wurde verhaftet.

Aus der Umgebung.

Dößnitz. Ein heftiges Recontre hatten in der vorigen Sonntagnacht zwei Volksschullehrer, ein Baumhauer und der Hirschfelder, mit dem hiesigen zweiten Schuhmann. Die beiden Lehrer befanden sich gegen 2 Uhr, also nach der sogenannten Polizeistunde, im Restaurant Rosenschlösschen. Der Schuhmann hat die Gäste aufgefordert, das Lokal zu verlassen; drei Einwohner sind auch der Aufforderung nachgekommen, die beiden Lehrer sind aber noch sitzen geblieben. Hierauf hat der Beamte versucht, den Namen des Baumhauer Lehrers festzustellen. Dieser weigerte sich aber beharrlich, seinen Namen zu nennen. Als ihm der Schuhmann darauf arretierte, soll der Hirschfelder den Schuhmann bestohlt und versucht haben, den Streetlerten zu befreien. Hierbei ist es zu einer Bagarre in dem Lokale und außerhalb getreten. Der Schuhmann behauptet, er sei geplatzt und verletzt worden. Erst als seine Drohungen, er würde von der Waffe Gebrauch machen, nichts fruchten, will er mit dem Seitengewehr angegriffen haben. Auch wird behauptet, der Schuhmann hätte sich auch ohne Waffe befreien können. Die Sache ist dem Richter übergeben, so dass weitere Aufklärung zu erwarten ist. Der Hirschfelder Lehrer hat durch die Schuhmannswaffe eine erhebliche Verlehrung am Kopfe erhalten, so dass er im Rosenschlösschen verbleiben musste und erst am Montag nach seiner Wohnung gebracht werden konnte.

Mosau. Für das allgemeine und gleiche Wahlrecht. In einer im Alten Gasthof abgehaltenen, von 300 Personen besuchten Volksversammlung resolvierter Genossenschaft aus Gelauf über: Verfassungs- und Wahlrechtsklämpe der Gegenvorwürfe. Am Anschluss an das befallig aufgenommene Referat wurde folgende Resolution einstimmig mosau angenommen: Die heute, am 28. April, im Alten Gasthof zu Mosau tagende öffentliche Volksversammlung erklärt sich mit den Aussführungen des Referenten einverstanden. Sie spricht, dem preußischen Volke im Kampf für das allgemeine gleiche geheime und direkte Wahlrecht ihre volle Sympathie aus. Die dem preußischen Landtag vorgelegte Wahlreform erklärt sie für eine Verhöhnung des preußischen Volkes und verspricht, mit dem preußischen Volke Schulter an Schulter zu kämpfen, bis in Preußen wie in Sachsen das allgemeine gleiche geheime und direkte Wahlrecht eingeführt ist.

Portitz. In der Gemeinderatsitzung am 24. April wurde zunächst der neu gewählte Vertreter der Unionsfamilien, Genosse O. Niegert in sein Amt eingeführt. Die von der Königlichen Amtshauptmannschaft und dem Ministerium des Innern eingegangenen Schreiben, wurden zur Kenntnis genommen. Einem Gesuch um Erlass der Gemeindebesteuern wurde zugestimmt. Die Arbeiten am Armenhaus sollen möglichst bald fertiggestellt werden. Ferner soll die Straße Portitz-Thielitz für 1911 zur Erneuerung angemeldet werden. In den Schulvorstand wurde Herr G. Barth gewählt. Der Gemeindevorstand gibt noch bekannt, dass die Gewinnerdechnungen von der Königlichen Amtshauptmannschaft geprüft und für richtig befunden wurden. Davor nahm der Gemeinderat Kenntnis.

Brandis. Zur Wahlzeit. Die organisierte Arbeiterschaft wird am 1. Mai den Hauptwert auf den großen Demonstrationstag legen, der dieses Jahr genehmigt worden ist. Der Zug wird sich um 12 Uhr von Brandis nach Beucha bewegen. Dort schließen sich die Beuchaer Arbeiter an und es geht über die Römerstraße nach Brandis zurück ins Parkschlösschen, wo Konzert und Festrede stattfinden. Von Abendfeiern ist für dieses Jahr abgesehen worden. Am Gefange werden sich Turner, Radfahrer, Gewerkschaften und Parteiorganisationen beteiligen.

Taucha. Zum Fall Deep wird noch gemeldet: Es ist nicht richtig, dass Deep bereits gestanden habe, den Nebensatz auf den Steinbruchherrn Görmar verlist zu haben, obwohl alle Anzeichen dafür sprechen, dass er zweifellos der Täter ist. Auch in der Angelegenheit des Fleischherstellers Taubert, der am 20. April des vorigen Jahres verbrannt im Bett aufgefunden wurde, häufen sich die Verdachtsmomente gegen Deep immer mehr. Merkwürdig ist nur, dass man nicht schon früher auf den Gedanken gekommen ist, dass es sich in diesem Falle um ein Verbrechen und nicht um einen Unfall handeln könne. Schon damals ist es den in das Zimmer Eindringenden aufgefallen, dass in dem Zimmer, in dem der angeblich vernunglichte Taubert gefunden wurde, so gut wie nichts von Rauch zu spüren war, so dass an ein Ersticken oder Verbrühtwerden kaum gedacht werden konnte. Dem Krankenhausverwalter soll auch aufgefallen sein, dass dem Verbrannten die Nase stark blutete. Bei der Einlieferung Tauberts in das Krankenhaus soll sich der Arzt gleichfalls verwundert darüber grämt haben. Gerüchteweise verlautete, dass das Krankenhaus den Verletzten nach seinem Ableben erst nicht auslese wolle, da die Untersuchung eine schwere Vorverlebung ergab.

Deep soll sich — wie das Tageblatt zu melden weiß — damals dadurch aufsässig gemacht haben, dass er sich bei dem Fleischer, der bei Taubert angestellt war, vorher erkundigte, welche Verträge am Geld Taubert gehabt habe bei sich führe, worauf er dem Deep mitteilte, dass dies ostmais 2000 bis 3000 Mark seien. Außerdem soll an dem Abend des 20. April eine Frau E. vom Nachbargrundstück aus den Deep gesehen haben, wie er das benachbarte Hostor, das in einer dunklen Gasse führt, überwand.

Seine Geldbörse hatte Taubert unter dem Kopftisken liegen, wo sie auch gefunden wurde. Sie enthielt aber keine Goldstücke mehr, sondern nur in einem hinteren Fach, wo er leicht übersehen werden konnte, einen Münzfundmarktschein.

Der hiesigen Bevölkerung hat sich in den letzten Tagen eine begreifliche Erregung bemächtigt. Der Fall erregt um so mehr Aufsehen, als es Deep verstanden hat, sich in den sogenannten besten Kreisen zu bewegen. Es sind eine ganze Reihe von Verbrechen zur Last fallen sollen. Es handelt sich um Kombinationen, die nur der Ausregung geschuldet sind und für die auch nicht der geringste Anhalt vorliegt. So wurde das Gericht angesprochen, dass Deep auch an dem Nordversuch in der Liviastraße in Leipzig beteiligt sei. Die von Deep mit dem Hammer niedergeschlagene Frau Lehmann aus Taucha soll mit Frau Bauer aus der Liviastraße befremdet sein. — Bei einer Haussuchung in einer früheren Wohnung Deep's soll verschiedenes belastendes Material aufgetragen worden sein. In einem Wandregal soll in einem an der hinterwand befindlichen geheimen Kästchen u. a. ein Dolch, ein Schlagring und ein Schlüssel mit Wechselschlüsseln gefunden worden sein.

Hartmannsdorf. Gemeinderatsitzung am 28. April. An Verhinderungsabgaben sind im ersten Quartal 1910 21,23 M. eingegangen. — Die Bezirkssteuer ist von 2 Pf. auf 2,5 Pf. pro M. erhöht worden. Für dieses Jahr hat die Gemeinde 72 M. Bezirkssteuer zu zahlen. — Die Rechnung für den zur Herstellung der Knauthainer Straße geleisteten Knac beträgt 1800,72 M. — Das Darlehn von 1400 M., das die Gemeinde im Jahre 1883 bei dem Landwirtschaftlichen Kreditverein aufgenommen hat, ist mit dem Jahre 1923 getilgt. — Die Prämie, die die Gemeinde an den Haftpflicht-Versicherungsverband zu zahlen hat, beträgt auf 10 Jahre 150 M. — Das Gesuch an die Gemeinde Knauthain um Aufnahme in den Sparkassenverband Knauthain-Knaufleberg ist auch vom Knauthainer Gemeinderat abgelehnt worden. Die Ablehnung ist erfolgt auf einen Bericht des Sparkassenausschusses, der geglaubt hat, die Ablehnung empfehlen zu müssen, um der Sparkasse Kosten (Veränderung des Titels, Entragung ins Kassenregister,

Abänderung der Sparkassenordnung und der Blätter usw.) zu ersparen, die entstehen würden, wenn dem Gesuch zugestimmt werde. In der Sitzung an die Mitteilung anstehenden Debatten wurde erklärt, dass die Gründe geradezu an den Haaren hergeholt werden sind. Ein Nachtrag zur Sparkassenordnung genügt vollständig, um die Aufnahme zu ermöglichen. Offenbar sei die eventuelle Gewinnbeteiligung ausschlaggebend gewesen. Nunmehr bleibe der Gemeinde Hartmannsdorf nichts anderes übrig, als sich mit den umliegenden Gemeinden, die noch nicht im Besitz einer Sparkasse sind, zum Zwecke der Errichtung einer solchen in Verbindung zu setzen. Jedenfalls werde die Aufsichtsbehörde gegen die Gründung eines Sparkassenverbandes, der eine größere Anzahl von Gemeinden umfasst, nichts einzubringen haben. Denn was der einen oder anderen Gemeinde recht sei, müsse auch für die übrigen als billig anerkannt werden. Ob die Errichtung einer neuen Sparkasse auf breiterer Grundlage der Gemeindeparkasse Knauthain vorstellbar sei, als die Aufnahme der Gemeinde Hartmannsdorf in den Sparkassenverband, müsse der Zukunft überlassen werden. Es wurde beschlossen, eine Aussprache mit der Gemeinde Wöbbendorf herbeizuführen und dann die Angelegenheit weiter zu verfolgen. — Ein Bausuch des Herrn A. Hermann zur Errichtung einer Bäckereianlage oberhalb der Eisenbahn wurde unter den vorsätzlichen Bedingungen genehmigt. Der Gemeinderat hat zum 1. Juli seine Stelle gekündigt. Es wurde beschlossen, die Stelle öffentlich ausgeschreiben. — Auf einer Anfrage bei der Amtshauptmannschaft, ob bei einer eventuellen Befreiung des Ortes unbedingt die Anlegung einer Kläranlage notwendig sei, ist ein Sachverständiger dahin abgegeben worden, dass die Schleusenwässer nur nach vorheriger Klärung, entweder in den Elstermühlgraben, oder in die Elster geleitet werden können, da sich am Mühlgraben ein Bad befindet und die Elster an der gräflich Hohenloheschen Parkanlage vorbeifließt. Auf Grund dieses Gutachtens wird sich der Gemeinderat in allerhöchster Zeit mit dem Anlauf eines Grundstücks zu beschäftigen haben, dessen Hinterland zu einer, wenn auch erst in späteren Jahren, anzulegenden Kläranlage dienen soll. Das Wohngebäude soll als Gemeindehaus eingerichtet werden. Hätte die Altgemeinde in früheren Jahren nicht das Gemeindeland für ein Butterbrot veräussert, so wären der Gemeinde die fehligen Ausgaben erspart geblieben. — Die Armenhausangelegenheit, die den Gemeinderat schon seit Jahren in beinahe jeder Sitzung beschäftigt hat, erforderte wieder eine längere Aussprache. — Die Frage der Errichtung eines Gemeindebades wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Markranstädt. Biehlinerkontrolle. Der Stadtrat macht bekannt: Die im Bezirk der Stadt Markranstädt aufhaltenden Flecklinnen, die das 7. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind Dienstag, den 3. Mai 1910, vormittags 10 Uhr, im Rathaus zur ärztlichen Revision vorzutreffen. Es ergeht an die biehlin- und Pflegeltern die Aufforderung, mit ihren Flecklinnen zu dem erwähnten Termin pünktlich zu erscheinen. Unentzuldbares Ausbleiben wird mit Geldstrafe bis zu 20 M. oder entsprechender Haft geahndet.

157. Sächsische Lotterie.

Alle Nummern, neben denen kein Gewinn steht, sind mit 300 Mark (Vier Taler) gekennzeichnet.

Ziehung vom 28. April. (Nachdruck verboten.)

10000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

100000 u. 300000 auf Nr. 90001 bei Herrn C. F. Leichsenring in Zwotau.

</div

Außerordentlicher Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

Nachdruck verboten.

C. B. Berlin, 25. April.
C. A. Berlin, 26. April 1910.

Zweiter Tag.

Am heutigen zweiten und letzten Verhandlungstage erhielt zunächst Eisele-Hamburg das letzte noch ausstehende Referat über die Hinterbliebenenversicherung. Es führt aus, daß die öffentlich-rechtliche Arbeiterversicherung in Deutschland von Anfang an in engstem Zusammenhang steht mit den Kassengesetzen und mit der Ausgestaltung der sozialen Auswirkungen des sozialen Sozialstaats. Um das Volk darüber zu informieren, habe Bismarck seinerzeit die ersten Arbeiterversicherungsgesetze vorgeschlagen. Genau so gehe es heute, wo nach der unglaublichen Vereinigung der Lebensmittel und nach den beiden großen Schrumpfungen des Volks durch die Finanzreform von 1900 und 1909 den Arbeitern unermöglich Summen herausgefordert seien und ihnen nun durch die Witwen- und Waisenversicherung ein Pflichten aufgelegt werden sollte. In Wahrheit werde eine Witwenversicherung gar nicht vorgeschlagen, sondern nur eine Witwen-Invalidenrente und eine Witwenkrankenrente. Das einzige Wesentliche an dem Entwurf sei höchstens die Waisenrente, die ohne Nachweis der Bedürftigkeit und ohne Vorliegen der Invalidität gewährt werden solle. Wollte man die Witwen- und Waisenversicherung zu einem wirklich sozialen Institut ausbauen, so seien bedeutend größere Reichszuschüsse notwendig als bisher. In einem Etat von 2½ Milliarden müßten sich mehr als 60 Millionen als Zuschüsse zur Arbeiterversicherung finden lassen. Jetzt werde durch die Witwen- und Waisenversicherung die Kleinklasse gar nicht bestellt werden, weil man an der Invalidenrente und an der Auszahlung der Beiträge von Frauen, die sich verheiraten, die Summen sparen werde, die dafür nötig seien. Möchten doch die Unternehmer die 60 Millionen, die sie für die Krankenversicherung mehr zu zahlen bereit sind, lieber der Invalidenversicherung anwenden. (Lebhafte Beifall.)

Der Redner legte folgende Resolution vor:

Die nach der Reichsversicherungsordnung geplante Hinterbliebenenversicherung bedarf einer durchgreifenden Ausgestaltung. Der Kongress fordert:

1. Gewährung der Witwenrente an alle Witwen der Versicherten;
2. Zahlung der Waisenrenten in allen Fällen, ohne Rücksicht auf die Frage der Bedürftigkeit, unter Gleichstellung der weiblichen und männlichen Kinder;
3. Die Höhe der Renten soll in jedem Falle die Gewährten, daß die Rentenbezücher nicht bei öffentlichen Fürsorgeanstalten fallen;
4. Ausbau der freiwilligen Zusatzversicherung, so daß sie auch für die Hinterbliebenen nutzbar wird;
5. Gleichstellung der Hinterbliebenen eines Ausländers mit denen der Inländer, und zwar auch dann, wenn ihr Wohnsitz im Auslande befindet.

6. Wahl der Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber in direkter und geheimer Wahl auf Grund des Verhältniswahlsystems. Aktives und passives Wahlrecht für alle Versicherten ohne Unterschied des Geschlechts und der Staatsangehörigkeit.

Damit sind die Referate erledigt. Auf Vorschlag von Paul Müller-Hamburg wird in dem Pausus über die Unfallversicherung die Forderung nach Gleichstellung auch der staatlichen, kommunalen und städtischen Arbeiter aufgenommen. Auch sonst schlagen die Referenten einige formelle Änderungen an dem Wortlaut der Resolutionen vor.

Es erhält dann zunächst der Vertreter der Zentralkrankassen, Simonowksi-Berlin das Wort. Er erklärt, daß die Krantekassen natürlich der Vorlage des harschen Altersstand entgegensezen, aber im Augenblick von der Einberufung eines allgemeinen Krantekassentages abgesehen haben, weil sie eine umfangreiche Petition an den Reichstag vorbereitet und abgesandt hätten. In der nächsten Zeit sollen Orts- und Provinzialkonferenzen statfinden und ein allgemeiner Krantekassentag werde sich vielleicht vor der zweiten Sitzung des Entwurfs im Reichstagssplenum notwendig machen.

Vitt-Buchum begründet einen Antrag, die Knapphaushaltssysteme unter Aufrechterhaltung ihrer historischen Besonderheit rechtsgerichtet zu regeln. Die Bergarbeiter ständen unter einem Ausnahmegesetz, infosfern ihre Versicherungsrechte nur landesgesetzlich geregelt seien. Daher komme eine ungeheure Zerstörung des Knapphaushaltens in über 100 Knapphaushaltssvereine, deren Mitgliederzahl zwischen 9000 und 345 000 schwankte und die im Eintrittsgebühr, den Beiträgen und Leistungen außerordentlich verschieden seien. Alle Rechte in der Knapphaushaltssicherung haben die Unternehmer, da die Arbeiter vielfach ihre Wählern noch in öffentlicher Wahl wählen müssen, selbst da, wo Arbeiter und Unternehmer in gleicher Zahl vertreten seien, greife die Regierung regelmäßig zugunsten der Unternehmer ein. Deshalb müsse endlich das Reich die Rechte der Bergarbeiter in der Knapphaushaltssicherung sicher stellen. Der Christliche Gewerbeverein hätte die Pflicht gehabt, gerade hier für die Rechte der Bergarbeiter Stellung zu nehmen. Statt dessen tiefe sich in der Gesellschaft für soziale Reform mit dem früheren Handelsminister v. Berlepsch zusammen, der im Jahre 1894 2000 Saarbergleute aus Pflicht geworben habe, nur weil sie es gewagt hätten, von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch zu machen. Das Zusammensein mit solchen Leuten kennzeichnet die Sozialpolitik der christlichen Gewerkschaften. Die freien Gewerkschaften hätten keinen Grund, ihr Vermögen zu bebauen, denn ihre ganze Tätigkeit auf Knapphaushaltlichem Gebiete sei nichts weiter als sorgfältiger Arbeitervorrat gewesen. (Sehr wohl!) Zustimmung.

Baffes-Hamburg begründet einen Antrag, daß, wenn nicht eine allgemeine Vereinheitlichung der Krantekassen zu stande komme, auch den freien Hilfsklassen ihre bisherige Tätigkeit in vollem Umfang freigestellt werde. Der Entwurf wolle ohne jeden vernünftigen Grund, wie er die Selbstverwaltung verneinte, so auch den freien Hilfsklassen das Lebenslicht ausblasen.

Fraßdorf-Dresden: Abgesehen von der Ausdehnung der Versicherung bringt dieser ungeheuerliche Entwurf für die Arbeiter nur Verschlechterungen. Die Wünsche der Arbeiter, der Versicherten, der Kassenvertreter sind in der Vorlage völlig unberücksichtigt geblieben. Auf die Stimmen der Unternehmer, die mit und in den Krantekassen seit Jahren überwiegend ganz friedlich zusammengearbeitet haben, hat man nicht gehört. Die Regierung hat sich lediglich auf den Standpunkt der Scharfmacher gestellt. Gleichwohl glaubt ich, daß die Absicht, den angedachten Einfluß der Sozialdemokratie in den Krantekassen zu vernichten, nur ein Vorwand ist; denn die Sozialdemokratie hat genug Mittel und Wege, ihren Einfluß geltend zu machen. Über man will tatsächlich den Einfluß der organisierten Arbeiterschaft auf die Kassen beseitigen, weil die großen Distanzkrantekassen durch ihre Tätigkeit vorbildlich für alle anderen Kassen geworden sind und dieses Vorwärtsdrängen für die Unternehmer zu einer materiellen Gefahr werden würde. Darum soll die Selbstverwaltung der Krantekassen völlig vernichtet werden, dann kann auch an den tatsächlichen Leistungen gehörig gespart werden. (Sehr wohl!) Die 60 Millionen, die die Unternehmer mehr zahlen wollen, sind ein Danaergeschenk, denn

dafür werden 100 Millionen auf Kosten der Versicherten an Leistungen gespart werden. Für uns gilt es jetzt, hinauszugehen in das Land und durch Partei und Gewerkschaften wie durch die Kassenvertreter eine allgemeine Protestbewegung zu entfalten, um die Abrechnung mit den Scharfmachern bei den nächsten Reichstagssitzungen möglichst gründlich zu gestalten. (Lebhaftes Anhänger Beifall.)

Giebel-Berlin (Bureauangestellter): Der Entwurf soll die allgemeine Rückwärtsbereibung der Krankenversicherung einleiten. Noch 1908 stand die Regierung auf dem Standpunkt, daß die Selbstverwaltung nicht geschädigt werden dürfe. Jemand welche Gründe für den jetzigen Wechsel ihrer Stellung kann sie nicht anführen. Heute sind die Kassenbeamten Träger der Selbstverwaltung, in Zukunft sollen sie Mitglieder der Bureaustaat werden. Ganz andre Schichten der Bevölkerung als bisher werden die Kassenbeamten stellen. Herr v. Jagow hat es im Sächsischen Tag ausgeplaudert, daß man in den Krantekassen die geplante Verwendung für verabschiedete Öffiziaten erblide; die hätten gelernt, mit Menschen umzugehen und ständen mehr in der Praxis des Lebens als manche andre. (Schallende Beifall.) Die Frage der Kassenangestellten ist von der Selbstverwaltung gar nicht zu trennen. Die große Mehrheit der Kassenangestellten lehnt die Verleihung des Beamtenrechtes rundweg ab, weil die Regierung nach einer solchen Spottgeburt von Arbeiterversicherungsreform gar nicht ernsthaft gewillt sein kann, die Arbeiterversicherung mit sozialen Geiste zu erfüllen. Deshalb rufen wir: Hand weg von der Selbstverwaltung der Krantekassen! (Lebhaftes Beifall.)

Der Redner protestiert dann gegen die vorgeschlagene Sonderversicherung der Privatangestellten.

Die Regierung habe diese

Versicherung erst verschleppt wollen, schließlich aber lediglich

aus wahlpolitischen Gründen eine Vorlage noch für den kommenden Herbst angeordnet.

Gegen dieses hässliche Wahlpolitische

Wandert der bürgerlichen Parteien zu den nächsten Reichstagssitzungen, so müssen die Arbeiterschaft schärfste Protest einlegen, weil

das Mandat auf Kosten der Kassenbeamten selber gehen und

einen Teil zwischen Hand- und Kapitalarbeiter treibe. Die ganze

Reichsversicherungsordnung müsse mit aller Schärfe bekämpft werden. (Lebhaftes Beifall.)

Auf der Straße-Vochum: In der Reichsversicherungsordnung sind mehrere Bestimmungen enthalten, die eine besondere Rücksicht gegen die Bergarbeiter bedeuten. Unsern Verhältnissen nach müsse die Altersgrenze für den Bezug der Altersrente auf 55 bis 60 Jahre herabgesetzt werden, denn Bergarbeiter, die 70 Jahre alt werden und noch im Bergwerksbetrieb tätig seien wünschen, nicht es ja gar nicht. Eine schwere Schädigung der Bergarbeiter enthalt auch die Bestimmung, daß die Unfallrente gestrichen werden kann, wenn der Arbeiter den Unfall durch Übertretung einer Sicherheitsvorschrift verursacht hat. Die Übertretungen der Bergpolizeiverordnungen sind bei der Arbeitsweise im Bergbau gar nicht immer zu vermeiden, und da sie alle als Vergehen angesehen werden, ist die Unfallstrafe in jedem Fall berechtigt, den Bergleuten oder seinen Hinterbliebenen die Rente ganz oder teilweise zu entziehen. Jugendliche Bergarbeiter, die wegen Übertretung der Bergpolizeiverordnungen von den ordentlichen Gerichten mit einem Verweise bestraft wurden, haben vor dem Schiedsgericht nur einen kleinen Teil ihrer Rente erhalten, wenn sie z. B. bei dem Unfall den Verlust eines Fingers verloren haben. In den Knapphaushaltssvereinen haben die Arbeiter infolge der Halbierung der Beiträge so gut wie gar keinen Einfluss. Gegenüber dem Verlangen der Kerze des allgemeinen Knapphaushaltssystems auf Beibehaltung des Systems der reinen Knapphaushalte wünschen die Bergarbeiter, wenn auch nicht vollständige freie Wahl, so doch freiere Wahl des Arztes durch die Versicherten, als sie ihnen bisher im Knapphaushaltssverein gewährt wurde.

Langen-Hamburg (Handlungsgesellschafter): Die Bestimmung der neuen Reichsversicherungsordnung, daß für die Arbeiter und Angestellten, die in freien Hilfsklassen verbleiben sind, der Unternehmer bei der zuständigen Kasse seinen Beitrag abzuführen hat, halte ich für empfehlenswert, denn ohne diese Bestimmung begünstigen die Unternehmer die freien Hilfsklassen, insbesondere die der gelben Angestelltenorganisation. Der Redner wendet sich dann gegen den Vorschlag einer besonderen Privatbeamtenversicherung. Unzweckhaft sei dieser Vorschlag nur gemacht, um bei den nächsten Wahlen die Stimmen der Privatbeamten zu fangen. Zu diesem Zweck werde auch die Regierung entgegen ihrer ursprünglichen Absicht eine Vorlage anarbeiten, aber Gesetz werde diese Vorlage nicht werden, sondern unmittelbar nach den nächsten Reichstagssitzungen für immer in der Verlesung verschwinden.

Zeiffel-Berlin (Gastwirtschaftsgehilfe) trägt eine große Zahl von seltsamen Fällen vor, in denen durch Abgrenzung der Unfallversicherungspflicht im Gastwirtschaftsgewerbe Unfallverleugnung vom Bezug der Rente ausgeschlossen sind, und verlangt endlich die Unterstellung aller im Gastwirtschaftsgewerbe Arbeitenden unter das Unfallversicherungsgesetz.

Brücker-Berlin (Graveur): Die Handgewerbetreibenden sollen in den neuen Kassen vollständig rechtslos bleiben, sie werden sogar zum Teil schlechter gestellt als bisher, denn in den Landkrantekassen, in denen die Versicherten von der Verwaltung völlig ausgeschlossen sind, werden auch eine Reihe von Arbeitern Aufnahme finden, die bisher in den Distanzkrantekassen gewesen sind. Statt diesbezüglichen Distanzkrantekassen, die infolge der hohen Zahl der weiblichen Mitglieder schon jetzt schwer belastet werden und sich mit Kindesleistungen begutachten müssen, durch Zusammenlegung finanziell leistungsfähiger zu machen, statt weiter eine einheitliche Kassenart für alle höheren Orte zu schaffen und kleinere Orte zusammenzulegen, will man Landkrantekassen gründen, in denen bei minimalen Leistungen die Versicherten vollkommen einflusslos bleiben. In der Unfallversicherung hat man an dem Begriff des Fabrikbetriebes festgehalten und den rein handwerklichen Betrieb wiederum ausgeschlossen. Buchbindereien, in denen 8 bis 9 Personen beschäftigt sind, bleiben dennoch nach wie vor von der Unfallversicherung entfernt. Bei der Invalidenversicherung bliebt es wie bisher der Arbeiter, wenn der Unternehmer es unterlassen hat, ihn zu versichern. In allen anderen Versicherungszweigen gilt der Arbeiter mit dem Eintritt in die Tätigkeit selbst ohne weiteres als versichert. Auch in der Invalidenversicherung sollte man endlich mit der alten Ungerechtigkeit aufhören.

Fraßdorf-Dresden: Abgesehen von der Ausdehnung der Versicherung bringt dieser ungeheuerliche Entwurf für die Arbeiter nur Verschlechterungen. Die Wünsche der Arbeiter, der Versicherten, der Kassenvertreter sind in der Vorlage völlig unberücksichtigt geblieben. Auf die Stimmen der Unternehmer, die mit und in den Krantekassen seit Jahren überwiegend ganz friedlich zusammengearbeitet haben, hat man nicht gehört. Die Regierung hat sich lediglich auf den Standpunkt der Scharfmacher gestellt. Gleichwohl glaubt ich, daß die Absicht, den angedachten Einfluß der Sozialdemokratie in den Krantekassen zu vernichten, nur ein Vorwand ist; denn die Sozialdemokratie hat genug Mittel und Wege, ihren Einfluß geltend zu machen. Über man will tatsächlich den Einfluß der organisierten Arbeiterschaft auf die Kassen beseitigen, weil die großen Distanzkrantekassen durch ihre Tätigkeit vorbildlich für alle anderen Kassen geworden sind und dieses Vorwärtsdrängen für die Unternehmer zu einer materiellen Gefahr werden würde. Darum soll die Selbstverwaltung der Krantekassen völlig vernichtet werden, dann kann auch an den tatsächlichen Leistungen gehörig gespart werden. (Sehr wohl!) Die 60 Millionen, die die Unternehmer mehr zahlen wollen, sind ein Danaergeschenk, denn

nur die künftige Wahlparole für die Regierung und den schwarzen Block bilden. Dank der Taktlosigkeit unserer Regierenden und der Unzulänglichkeit unserer herrschenden Klassen werden wir aber gerade daraus den besten Agitationssstoff gewinnen und wird auch diese Vorlage Wasser auf unsre Mühlen leiten. Insbesondere bei den Landarbeitern, deren Organisation ja erst begonnen hat, wird die brennende Schwach dieser Reichsversicherungsordnung aufflackern werden, wird die Sturmgleise der Reichsversicherungsordnung den Arntern in die Ohren gellen, bis auch die Landarbeiter frei geworden sind. (Lebhafte Beifall.)

Lehmann-Berlin (Bureauangestellter): Der Vertreter des freien Mannes im Reichstag des Innern (Heitecke) hat bei der ersten Lesung der Reichsversicherungsordnung auch den Mittelstand seine Sympathie ausgedrückt. Als schlaues Zeichen dafür haben wir in der Vorlage die Zusatzversicherung, die dem Mittelstand nichts gewährt und der Arbeiterschaft gegenüber bestimmt ist, alles streben nach einem weiteren Ausbau und nach Verbesserung der Invalidenversicherung schon jetzt vor dem Auslandekommen des neuen Gesetzes für alle Seiten abzuwarten. Demgegenüber fordern wir gründlichen Umbau und Ausbau der Arbeiterversicherung. Wir werden uns nicht auf einen Abwehrkampf beschränken, sondern energisch in die weitergehenden Forderungen vertreten. Wenn wir den Ausbau der Invalidenversicherung in den Vordergrund stellen, werden wir auch die Arbeiterschaftsfeindseligkeit des Zentrums entlarven und die bürgerlichen Parteien zwingen, noch vor den nächsten Wahlen Farbe zu bekennen. (Lebhafte Beifall.)

Fräulein Bahr-Berlin (Dienstbotenorganisation): Die Dienstboten und die unständig beschäftigten, Arbeiterrinnen, Waschkrauen, Reinmachfrauen usw., sollen jetzt auch in die Krantekassen eingezogen werden. Sie sind aber in die Landkrantekassen geschied, um sie möglichst rechtslos zu machen. Offenbar traut man auch ihnen Unternehmern nicht zu, die Kassen zu verwalten und hat deshalb ein vollkommen bureaukratisches Verwaltungssystem aufgestellt. Die Dienstboten haben aber durch ihre Organisation bewiesen, daß sie wohl imstande sind, ihre eigenen Angelegenheiten wahrzunehmen. Die Krankenhauspflege der Dienstboten soll nach der Reichsversicherungsordnung von dem guten Willen der Herrschaft abhängig bleiben. Für wenige Großkassen Krankenversicherung sollten also die freien Dienstboten nicht nur krank und kriegslos, sondern auch obdachlos werden. Der Bundesrat soll das Recht erhalten, ganze Kategorien dieser Arbeiterrinnen von der Versicherungspflicht zu befreien. Allerdings ist dies nicht die einzige Arbeiterrinne, die von der Meinung, daß die Kinder, wenn sie zur industriellen Arbeit verwendet werden, auch an der Versicherung teilhaben sollen. (Lebhafte Beifall.)

Damit ist die Rednerliste erschöpft. Das Schlusshwort erhält die vier Referenten Bauer-Berlin. Er stellt die volle Einmächtigkeit des Kongresses in der Beurteilung der Vorlage fest. Die Bergarbeiter hätten ja mit der Halbierung der Beiträge schon Erfahrungen und hätten Trübsel mittlerweile mißtun. Was die Arztfrage anlangt, kommt es nicht so sehr darauf an, ob die Kerze frei gewählt oder festangestellt sind; denn die Mängel des Knapphaushaltssystems erläutern sich durch die vollkommene Abhängigkeit der Kerze von den Werkobligien. Wo die Versicherten auf die festangestellten Berufskandidaten Einfluß hätten, da würden sie höchst und zweckentsprechend behandelt. Der Kongress hat seinen Willen ausgesprochen, einen möglichst gesunden Ausbau aller Versicherungswege zu erreichen. Die Krantekassen und die ganze Arbeiterschaft. (Sehr wohl!) Die Krantekassen, die bisher frei waren, sollen in preußische Pflegevergütung genommen und ihre Vertreter rechtslos werden, wie preußische Pflegevergütung. (Sehr gut!) Das wird hunderttausende Arbeitern, die heute noch in den bürgerlichen Parteien ihre Vertretung erblicken, die Augen öffnen, die Klasse gegenübersetzen und unsere Organisationen stärken. (Stimmischer Beifall.)

Heraus werden die Resolutionen der Referenten einstimmig angenommen, ebenso der Antrag Gusemann auf rechtsfestige Regelung des Knapphaushaltssystems. Der Antrag Jässke aus Schub der freien Hilfsklassen findet Annahme gegen 5 Stimmen.

Es folgt nunmehr die Beratung der von den Vorständen sämtlicher der Generalkommision angeschlossenen Verbände eingebrachten Resolution betreffend die Erhöhung der Gewerkschaftsbeiträge. Die Resolution hat folgenden Wortlaut: Für den Fall, daß die in dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung vorgesehene Halbierung der Beiträge und der Vertretung für die Krantekassen bestehen, daß die der Generalkommision angeschlossenen Gewerkschaften, dahin zu wirken, daß die Gewerkschaftsbeiträge um denjenigen Betrag erhöht werden, den die Arbeiter infolge der geminderten Beitragszahlung zur Krantekassensicherung ersparen. Die dadurch erzielten Mehreinnahmen sollen dazu verwendet werden, den Einfluß, der den Arbeitern innerhalb der Verwaltung der Krantekassen genommen wird, durch verstärkten gewerkschaftlichen Kampf auf wirtschaftlichem Gebiete zu erweitern, um so den den Arbeitern durch die Reichsversicherungsordnung zugesetzten Schaden auszugleichen.

Brix: Leggen! Einer besonderen Begründung für den Antrag bedarf es nicht. Dieser Gesetzentwurf ist darauf berechnet, daß Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter vollständig zu befehligen und ihr Mitbestimmungsrecht stark herabzudrücken. Die Halbierung der Beiträge erfolgt ja nicht aus dem Grunde, um die Arbeiter entlasten und die Unternehmer stärker zu den Kosten der Versicherung heranzuziehen, sondern lediglich deshalb, um wenigstens den Schein einer Berechtigung dafür beizubringen, daß die Unternehmer die Hälfte der Rente erhalten und dadurch die Arbeiter einflusslos zu machen. Will man aber die Belastung der Unternehmer nur zur Entlastung der Arbeiter, so ist es auf der andern Seite die klare Pflicht der Gewerkschaften, im wirtschaftlichen Kampf neue Rechte herauszuholen als Erfolg für die, die man uns genommen hat. Unsre Resolution spricht von einem verschärften Kampf auf wirtschaftlichem Gebiet. Wir meinen damit nicht die Gewerbe, in denen Tarifverträge, wie bei den Buchdruckern und vielleicht auch bei den Bauarbeitern nach Schluss der Ausfertigung, den Gewerkschaften noch einen einigermaßen genügenden Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen eingeräumt haben. Diese Gewerkschaften brauchen die erhöhten Mittel nicht, aber sie sollen mit ihren Mehreinnahmen den Organisationen und Verbänden zu Hilfe kommen, die sich noch nicht die genügende Macht im Wirtschaftsleben erzeugen haben. Der Antrag soll keineswegs abschrecken, wenn er nicht demonstrativ oder agitatorisch. Wir müssen ihm eine eminent praktische Bedeutung zu. Wir rechnen ganz bestimmt darauf, daß, wenn die Halbierung der Beiträge festgelegt wird, wir sofort unseitlich mit der Erhöhung der Gewerkschaftsbeiträge vorgehen, und daß die Generalversammlung der einzelnen Verbände sie dann sofort beschließen. Wir wollen also nicht demonstrativ auf die Arbeitgeber oder den Reichstag oder seine Kommission einwirken, sondern wir wollen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf ihre Pflicht hinweisen, falls ihnen Rechte genommen werden, sich durch Opfer neue zu er-

obern. Wenn in der Reichsversicherungsordnung die Halbierung der Beiträge und der Verwaltungsrechte durchgeht, so ist damit bewiesen, daß die Gewerkschaften im heutigen Staatswesen noch nicht den Einfluss und die Stärke haben, die ihrer Organisation und ihrer Wichtigkeit im Wirtschaftsleben gebührt. Erinnern wir daran, daß wir noch nicht die nötige Kraft haben, so haben wir einfach die Folgerung zu ziehen, daß wir sie uns erobern müssen. Unser Antrag soll keine Demonstration nach außen, sondern ein realer Plan nach innen sein, der bald zur Durchführung kommen wird. (Lebhafte Beifall.)

Der Antrag der Vorstufe wird hierauf debattiert einstimmig unter lebhaften Beifall und angenommen.

Vorsitzender Legion: Damit ist die Tagesordnung eröfnet. Das, was in der gegenwärtigen Situation zu sagen war, ist bereits gesagt worden. Ich konstatiere nochmals die vollständige Einmündigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen, die sich auf diesem Kongress dokumentiert hat, die vollständige Einmündigkeit in der Frage der Arbeiterversicherungen, der Beitragserhöhung und gegenüber der kritischen Situation im Bauwesen. Der Vertreter des Parteivorstandes, der Abstand genommen hat, hier das Wort zu ergreifen, hat mich gebeten, mitzuteilen, daß der Parteivorstand, sobald die Generalkommission den Aufruf zur Unterstützung der Bauarbeiter erholt hat, auch ihrerseits sich an die nicht schon als Gewerkschaftsgenosse zur Beitragsleistung verpflichteten Parteigenossen wenden und sie zur möglichst reichlichen Unterstützung der ausgeworfenen Bauarbeiter auffordern wird. (Lebhafte Beifall.) Wenn unsre Gegner aus dieser Tatsache den Schluss ziehen, daß es sich am letzten Ende auch bei den Bauarbeiterausprägungen nur um einen Kampf gegen die Sozialdemokratie handle, so werden wir demgegenüber mit gutem Gewissen antworten: Wo sind denn die anderen Parteien, die uns im Kampfe unterstützen könnten? Wo ist denn die Fortschrittliche Volkspartei, wo ist die angebliche Volkspartei des Zentrums, die ja sagen, daß sie in diesem frivollen herausbeschworenen Kampfe auf Seiten der Arbeiter stehen? Nur die Partei der Proletarier, nur die Sozialdemokratie sagt: Ich bin eins mit euch; wo die Masse der Arbeiterschaft im Kampfe steht oder in Not gerät, da esse ich ihnen zu Hilfe. Wogen unsre Gegner ihre Agitation einrichten wie sie wollen. Die bürgerlichen Parteien haben nie durch die Tat bewiesen, daß sie im Ernst die kämpfende Arbeiterschaft im Unterstützen bereit sind. Deßhalb bleibt den Arbeitern eben nur als Vertretung die sozialdemokratische Partei übrig, mit der wir nicht eins sind in der Organisation, aber eins in der Gedankenwelt, eins im Willen und eins im Amt. (Lebhafte, anhaltender Beifall.) Legion schließt den Kongress mit einem stürmisch aufgenommenen dreifachen Hoch auf die gewerkschaftliche Organisation, die allgemeine Arbeiterbewegung und die kämpfenden Bauarbeiter.

Reichstag.

74. Sitzung, Mittwoch, den 27. April, 2 Uhr nachmittags.

Am Bundesstaat: Wermuth, Visko, v. Schoen.

Dritte Lesungen.

Zunächst wird die Verlängerung des

Handelsvertrags mit Schweden

bis 1. Dezember 1911 nach einigen Worten des Abg. Graf Panitz (kons.), der an die Unterhändler appelliert, die deutschen Interessen energisch zu vertreten, angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die

Hafnung des Reichs für seine Beamten.

Abg. Heine (Soz.): Wir sind mit den Änderungen, die der Entwurf in zweiter Lesung erhalten hat, nicht einverstanden. Ebenso wenig können wir die Ausnahme der vorbigen Beamten von der Hafnung anerkennen. Im übrigen stimmen wir dem Gesetze zu. (Bravo! bei den Soz.)

Mit einerrebaktionellen Änderung (beantragt von der Rechten und dem Zentrum), durch welche auch das Schuhgebiet

Kiautschou in das Gesetz einbezogen wird, gelangt der Entwurf zur Annahme.

Debattoles wird hierauf in dritter Lesung der Entwurf, betreffend das

Reichsschulbuch

angenommen. Desgleichen die Übersichten der Einnahmen und Ausgaben des Schuhgebietes Kiautschou für 1904 und 1905.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer.

Abg. Prinz zu Schön-Gerolath (nat.-lib.) erucht namens seiner Freunde den Schatzsekretär, auf dem Wege der freien Konferenzen mit Mitgliedern der verschiedenen Parteien die Deckungsfrage zu beraten.

Reichsschatzsekretär Wermuth spricht die Hoffnung aus, daß von der Reichswehrzuwachssteuer sich ein mäßiger Betrag für die Veteranenbeihilfe werde läßt machen lassen. Dabei komme aber alles auf die Gestaltung und den Zeitpunkt der Verabschiedung des Gesetzes an.

Abg. Gröber (Zent.): Mit unserer Abstimmung gegen die Resolution, welche eine Wehrsteuer verlangt, haben wir keineswegs jede Wehrsteuer verworfen wollen. Zu weiteren Beratungen über die Deckung der Veteranenbeihilfe sind wir gern bereit.

Abg. Auenstadt (kons.) empfiehlt nochmals den Gedanken der Wehrsteuer.

Abg. Ropsh (kp.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Prinzen Schönach an. Es sei übrigens sehr merkwürdig, daß man bei den Veteranenbeihilfen von Seiten der Regierung so streng an dem Grundbegriff festhalte: Keine Ausgabe ohne Deckung. Bei Ausgaben für Heer und Marine habe man das nicht getan.

Abg. v. Liebert (Meckl.): Mit schönen Neben ist nichts getan. Wir werden mit der Wehrsteuer immer wieder kommen, und die Regierung wird nachgeben müssen. (Bravo! rechts.)

Abg. Werner (Antif.): schließt sich dem Vorredner an. So oder so, Deckung müsse gefunden werden.

Reichsschatzsekretär Wermuth: Die Ausgabe ist beschlossen, die Deckung aber nicht. Unbedeckte Ausgaben machen die mühsam erreichte Vollzierung des Staats zunichte. Redner wiederholt seine Hoffnungen auf die Wertzuwachssteuer.

Abg. Schöpplin (Soz.): Die Abg. Prinz Schönach und v. Liebert möchten gern die berechtigte Entrüstung der Veteranen auf die Gegner der Wehrsteuer ablenken. Aber daran liegt es nicht, daß den Veteranen ihr Recht nicht wird. So haben wir, die wir Gegner der Wehrsteuer sind, schon vor 15 Jahren die Unterstüzung der Veteranen aus dem ordentlichen Etat verlangt. Wäre das geschehen, so hätte man nicht auf die ungerechte aller Steuern, auf die Wehrsteuer verzfallen brauchen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

So viel Entrüstung im Volle auch herrscht über die Verhandlung der Veteranen, eine Lösung mittels der Wehrsteuer würde eine noch größere Entrüstung hervorrufen. (Sehr wahr! links.) Bei eingeschränktem Willen kann den Veteranen sehr wohl geholfen werden auch ohne solche Mittel. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bindewald (wirtsh. Vgl.) wirft dem Staatssekretär vor, daß er nicht bereits vor einem Jahre ein Wehrsteuergesetz eingeholt hat. Dann wären die 20 Millionen vorhanden, das lasse er sich nicht ausreden. (Heiterkeit.)

Reichsschatzsekretär Wermuth will den angeregten Gedanken einer Konferenz noch nicht von der Hand weisen.

Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.): Es macht einen eigenständigen Eindruck, daß für die Veteranen immer kein Geld da ist. Steuern sollen aber überhaupt nicht zu bestimmten Zwecken bewilligt werden. Und wenn Reichstag und Bundesrat die Veteranenbeihilfen für notwendig halten, so werden sie nachher auch die notwendigen Mittel bewilligen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Herrn Bindewald bemerkte ich, daß im vorigen Jahre eine Wehrsteuer beantragt war, die mit der Erbschaftssteuer ver-

bunden war. Gerade die Herren rechts haben diese Steuer abgelehnt. (Lebhafte Zustimmung links.)

Die Anträge auf Veteranenfürsorge werden en bloc einstimmig angenommen.

Das Haus verläßt sich auf Freitag, 2 Uhr. (Handelsvertrag mit Ägypten, Nachtragsetat, Ausgaben für Südwestafrika usw.)

Gerichtsraum.

Landgericht.

Eingang Schlaue und seine noch schlaueren Opfer. Zunächst begibt der schon öfters bestrafte, aus Nürnberg stammende Zigarettenmacher Emil Richard Pähler, der in Hermendorf bei Borna bei einem Gastwirt in Arbeit war, eine ganz gewöhnliche Unterschlagung, indem er 10 M. unterschlug, für die er einen Ballon Spiritus auf dem Bahnhof Frauendorf holen sollte, und mit dem Gelde nach Leipzig fuhr. In Hermendorf hatte P. bereits S. bereits den Schornsteinfeger S. kennen gelernt, der ihm klug, sein Schwager, ein Lehrer, habe ihm um Uhr und Kette gebracht. Pähler versprach dem S., er wolle ihm wieder zu seinem Eigentum verhelfen und einzige erstatte. Er ließ sich von S. 10 M. geben, angeblich für Gehühren; dann nahm er seinem Opfer noch ehrliche Mark ab an Auslagen für angebliche Reisen nach Leipzig, die er im Interesse von S. habe unternommen müssen. Der arme Schornsteinfeger, den in Dresden ein Bauarbeiter betroffen hatte, sollte von Pähler auch aus dieser Not befreit werden; aber dazu bedurfte P. eines besseren Anfangs, um nach Dresden fahren zu können. Also kaufte der Schornsteinfeger dem Pähler auch noch einen Anzug.

Den Hauptstrick aber führte der Angeklagte an einem Zigarettenmacher P. in Syhra aus, der gegen die Eheleute S. eine Forderung von 2000 M. geltend machte, aber bereits in zwei Instanzen abgewiesen war und nun die Entscheidung des Reichsgerichts anstreben wollte. Aber hierzu wurde ihm das Ermessen nicht bewilligt und seine Beschwerde darüber war abgewiesen worden. Der Zigarettenmacher lagte nun Pähler sein Leid, und dieser allzeit hilfsbereite Mann versprach auch diesem Unglücklichen, ihm zu seinem Rechte zu verhelfen. Pähler, dessen ganze Schläue sich nun darin zeigte, setzte folgende zwei Schriftstücke auf: 1. „In das Gesamtministerium und die Justizabteilung des kgl. Hofes in Dresden. Dem Inhaber dieses wird die Ermächtigung zugesprochen, am 31. Januar 1910, vormittags zwischen 9 und 10 Uhr, unter Vorlegung dieser Urkunde und einer Militärpapiere den Betrag von 2000 M. an der Kasse des Finanzministeriums persönlich zu erheben.“ 2. „Dem Zigarettenmacher Ludwig in Syhra zur Eröffnung, daß ihm in der Sitzung vom 15. Januar das Gesamtministerium in Gemeinschaft mit der Justizabteilung des kgl. Hofes in Dresden den Betrag von 2100 M. zugesprochen hat. v. Blythum.“ Der Zigarettenmacher ging in die plumpen Falle und zahlte seinem „Kleter“ Beträgen von 100 M. — Für diese Schwundelsteine wurde dem Pähler eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und einem Monat zubilligt. Auf drei Jahre wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt.

Eine streitbare Frau. Die Waschfrau Amalie Paps in Schmannewitz hatte einen Rechtsstreit gehabt, und in dem Olschauer Tageblatt, den Dahlener Nachrichten und dem Olschauer Gemeinnützigen waren darüber gleichlautende Berichte erschienen, in denen Frau P. eine „redselige Waschfrau“ genannt wurde. Frau P. wollte sich das nicht gefallen lassen und strengte Beleidigungslage an. Da sie aber keinen Rechtsanwalt in ihrer Gegend finden konnte, beauftragte sie mit ihrer Vertretung einen Leipziger Rechtsanwalt, und vom Schöppengericht in Olschau wurden die Redakteure oder Verleger der genannten Blätter zu Geldstrafen von 10 M. verurteilt. Die Herren legten dagegen Berufung ein, die nunmehr vor dem Landgericht Leipzig verhandelt wurde. Sie beugten sich vor der befehligen Frau und nahmen den Ausdruck zurück, indem sie versicherten, daß sie Frau P. nicht beleidigen wollten. Natürlich mußten die Herren auch die Kosten tragen und sich verpflichten, eine Erklärung in ihren Blättern abzugeben.

Kleiner Anzeiger.

Vermietungen.

Osten.

Thonb., Neizenhainer Str. 32, III., kleines Logis zu vermieten. [8020]

Westen.

Kirch., Markranstädt. Str. 31, Gab. m. Bohl. u. B. 3. Erst. b. Hausm. III. r.

Verkäufe und Käufe.

Zigarren, Zigaretten, grosse Auswahl A. Wegat, Zweinaund. Str. 19. *

Herrn. Baumann, Hohe Str. 52 macht Freunde und Bekannte auf. J. dauerh. Arbeiters-Garderobe, Schuhe u. Stiefel aufmerksam. *

Neu! Neu! Monats-Garderobe v. feinst. Herrschaft., Doktor., Millionär, wen. getrag. Sach.

Anzüge gest. f. 8, 12, 16, 18.

Hosen von 1 M. an Sommer-Paletots spottbillig.

Mandel

Tauchaer Str. 22, L. * vis-à-vis der Volkszeitung.

95 Schuhwaren kaufen muß. 95 bei Linke, Gerberstr. Nr. 95 Reparaturen schnell und sauber. *

Billige Briketts liefert Benno Grimm

Tauchaer Strasse 41.

Sie staunen

von Studenten, Kavalieren, Doktoren und nur von besseren Herrschaften wenig getragene Anzüge, englische Stoffe, Wahlarbeit, reinwollene Sachen, welche nie 100 M. gekostet haben, 8 12 15 18 22 M. Sommer-Paletots spottbillig. Eleg. Frack- u. Gehrockanzüge spottbillig. 17024

Kanner, nur Plauensche Str. 11, I. Nähe Brühl.

Einige Herren-Anzüge sow. Kinder-Anzüge billig abzugeben. Salzgäßchen 7, Hof 1.

Halt! Tabell., nur wen. getr. Maßanzüge v. 0.50 M. a., Palet. v. 5 M. a., Hof. v. 1.50 M. a., Kauf. Siei. Kummer Monatgard.-Gesch. Kunststein 10, I. *

Uhns. Monats-Garderobe verkaufte Bluse, Blusen, Jackettis, Schuhe, alles spottbillig. Blücherstraße 18, im Nordbad.

Neu! Neu! Monats-Garderobe v. feinst. Herrschaft., Doktor., Millionär, wen. getrag. Sach.

Anzüge gest. f. 8, 12, 16, 18.

Hosen von 1 M. an Sommer-Paletots spottbillig.

Mandel

Tauchaer Str. 22, L. * vis-à-vis der Volkszeitung.

95 Schuhwaren kaufen muß. 95 bei Linke, Gerberstr. Nr. 95 Reparaturen schnell und sauber. *

Billige Briketts liefert Benno Grimm

Tauchaer Strasse 41.

Für Mutter's Liebling

empfiehlt der Baby-Bazar seine sämtl. Artikel in grösster Auswahl bei billigsten Preis. Bettfedera u. fert. Bettw. bill. b. best.

Paul Prinsky, Lindenau 2726* Gundorfer Straße.

Die besten Strickgarne empf. g. billigsten Engros-Preisen

Strickmaschinen-Lager * v. Hugo Günther, Zeitzer Str. 9.

Bettwäsche Dowlas-Kissen 1 M. Bezug 4 M. Bettuch 2 M. fertig genäht, reell und billig.

Elisabeth Heidorn Leipzig, Dorotheenstraße 2.

Herrliche grosse Teppiche imit. Perser, entzückende Muster, verkaufst spottbillig. 1845*

Selmar Kraft, Lind, Markt 10.

Bettfedern — billigst —

G. Funko. Neub., Niederdstr. 7a. *

Ruhige Bedienung. Billige Preise.

Damen-Monats-Garderobe

A. Schröter, Alexanderstr. 17, II. Gr. Auswahl in herrschaftl. getr. Kleidung, Sommerkleid, Röcken, eleg. seidenen Blusen usw. billig.

Reichs-Schulbuch

1 groß. Post. Möbel, teils verlieh,

gewebt, teils zur Bildung, so. bill. j. v.

Gelaufst. f. n. stch. bleib. Burg. S. I.*

Neue Wirtschaft verl. billig

Kleinj. Klarastraße 6, pt. L. *

Guterh. Sportw. m. G. — schoner

Guterh. Sportw. 14, III. I.*

Guterh. Sportw. m. G. — schoner

Guterh. Sportw. 16, II. I.*

Guterh. Sportw. m. G. — schoner

Guterh. Sportw. 18, II. I.*

Guterh. Sportw. m. G. — schoner

</div



Erscheint 3 mal
wöchentlich

Bezugsquellen-Verzeichnis



Abzahlungsgeschäfte
Liebau, Turnerstr. 27, I.
Aluminium u. Emaille
Max Richter & Co., Pl. Zschöch. Str., Ecke Fröbelstr. Installat. f. Gas, Wasser u. Elektr.

Apfelweine

Obstweinschänke

Bayerische Str. 18, Nähe Bahnhof, Eig. Kelterei Joh. Lochstamper. Ausschank in Gläsern 10 Pf.

Bäckereien, Konditoreien

E. Albrecht, Lü., Henriettenstr. 11. Alfred Beyer, Co., Bornaische Str. 87. Ludwig Besser, Mittelstr. 16. P. Brötz, Gauzsch., Oetzacherstr. 1. Oskar Fleke, Julianstr. 27. Rich. Gimpel, Lü., Gundorfer Str. 1. Willy Hassel, Schl. Könneritzstr. 14. Oskar Hänsel, Leut., Barneckerstr. 31. O. Hempel, Paunzl., Johannist. 13. Paulus Hirschel, Wahr., Böhmisches Str. 9. Oskar Horn, Stötteritzerstr. 17. W. Kahlisch, Böhl-Ehr., Südst. 34. Wih. Kämmerer, Lü., Guthmannstr. 48. Otto Kind, Schl., Könneritzstr. 50. B. Klopisch, Schl., Könneritzstr. 37. Alfred Knothe, Lü., Calvisi-Str. 23.

Leipziger Brotfabrik
Ehr. Jach, Bf. & Co.
Leipzig-Eutritzs
gar. rein. Roggenbrot
Vollgewicht! 14,479.

Rich. Pönlek, Lü., Henrietts. 12. Max Rahmig, Rdn., Gemeindestr. 3. Willi Reinhart, Lü., Lützen. Str. 83. Max Rohne, Lü. E. Gund. u. Großstr. Franz Röthig, Stünz.

Gust. Salomon, Eutritzs., Delitzscher Str. 69. liefert garantiert reines Roggenbrot m. Vollgewicht. Tel. 8848.

Schmock, Ernst, Mö. Hallische Str. 54. Fr. Schreiter, Oetzsch., Oststr. 3.

K. Schröter, Lü., E. Kain., u. Göder. A. Schwendler, Barneck. Str. 18.

H. Selle, Lü., Ecke Lützen.-u. Josefstr. Arno Seyfarth, Wahren, Bahnhofstr. W. Stelkops, R., Gemeindestr. 11.

E. Volkmann, Lü., Gundorfer Str. 39.

O. Wagner, Neurd., Cäcilienstr. 23. H. Wuttke, Schönefeld, Südst. 26.

Beerdigungsanst. u. Sargm.

W. Fuchs, verw., Vo., Bogislawstr. 28

Hugo Irmer, Schleswig.

Ernst Keenze, Lü., Lindenauer Str. 5. Gebr. Reiche, Oetzsch., Oststr. 3.

K. Schröter, Lü., E. Kain., u. Göder.

A. Schwendler, Barneck. Str. 18.

H. Selle, Lü., Ecke Lützen.-u. Josefstr.

Arno Seyfarth, Wahren, Bahnhofstr.

W. Stelkops, R., Gemeindestr. 11.

E. Volkmann, Lü., Gundorfer Str. 39.

O. Wagner, Neurd., Cäcilienstr. 23.

H. Wuttke, Schönefeld, Südst. 26.

Beteiligungs - Artikel

W. Jahr, Kohlgartenstr. 42.

W. Jahr, Alle Bedarfssortikel.

Bettfedern, Betten, Reinigung

Ad. Kirchborg, N., Reichsstr. 39.

H. Oldag, Südst. 2.

A. Petzold, Lü., Birkenstr. 12.

„Pura“, Wittenbergerstr. 38.

J.C. Schwartz, Böhl., 50. Gg. 1700.

O. Tröhl, reelles Gewicht, reine

Wolle, Ware, Hospitalstr. 26.

Bildereinrahmungen

Friedr. Frankel, Elisabethstr. 8.

Hennig & Nagel, Gerberstr. 56.

vorm. M. Jgel., Zeitzerstr. 35, Hof I.

Einrahmung z. Fabrpr.

C. Kretzschmar, Zeitzerstr. 37.

Zeitzerstr. 37.

Wilhelm Niedling, Kolonadenstr. 3.

Zeitzerstr. 1, Leipzig.

billig! Werkstatt.

Emil Vogel, Bayerischestr. 26.

Brauereien, Bierhandlung.

Brauerei Burghausen-Leipzig,

einget. Genossenschaft, m. b. H., empfiehlt ihre vorzügl. Biere.

Brauer C. W. Naumann

Tel. 2898 Leipzig-Plagw., Tel. 2898

Neumann & Co., Schönau

Leipzig, bel.

J. Pottkämper, Eutritzs., empfiehlt

seine aus best. Malz u. Hopfen gebr. Biere.

C. Schubert, Port. u. Flaschbh. Sdpl. 5

F. A. Ulrich

Trinkt Biere von:

Gebr. Ulrich, Leipzig-Stötteritz.

Dampfbrauerei Zwenkau A. C.

Zwenkau.

Briketts, Kohlen

G. Bohr Nachf., Oskar Schönfuss,

L.-Vo., Kirchstr. 100 (n. Vind.)

Br. Berger, Stött., Hauptstr. 60.

Ernst Claus, Josephinenstr. 31.

O. Dorn, Neu-Moakau.

R. Freiberg, Co., Pfeifferstr. 10.

R. Freiberg, Kochstr. 13, Glückauf-

Brik. v. Bitter, 50 Ztr. * 65 Pl.

Ferd. Gruban, N., Tauchaer Str. 39.

Herm. Haferkorn & Co., Plagwitz.

Elt.-Allee 47

Rud. Helmar Nachf., Pl. Gleisstr.

Ferd. Höntze, Ida/Mariannenstr. 1.

R. Kretzschmar, Go., Möck. Str. 8.

E. Morgenstern, Koch-Str. 25.

Bruno Pauker, Co., Peg. Str. 31.

B. Riedeberger, Schönel., Südst. 11.

Ernst Wolf, Schenkendorfstr. 60.

H. Schlichting, Reitzenh. Str. 18.

Alfr. Richter, Paunzl.-Sommerr.

A. Schwarz, Anger, Möck. Str. 14.

L. Voigt Nachf., Go., Hall. Str. 31.

F. Wagner, Soll., Wurz. Str. 142.

Buchhandlungen

J.A. Gutzschebauch, Kurprinzstr. 2.

Lotterie-Coll.

Butterhandlungen

Ernst Edler, St. Privatstr. 12. „Götz's feinstes Schloßbutter“.

L. Hartkopf, Commissariusstr. 8.

P. Kleinert, Stö., Chr.-Weiß. St. 11.

Kluge Frauen kaufen nur

Melonen-Butter

Hugo Krüger, Schönf., Leipzig. Str. 46

Butter-Kunze, Zeitzerstr. 51.

O. Marx, Zweinaundorfer Str. 8.

J. H. Müller, Städteritzer Str. 8.

Reinhart, Richard, Kreuzstr. 33.

Fr. Wölfer, Nehf., Windmühlstr. 19.

A. Wünsch, Mö., Hallese Str. 25.

O. Zöblisch, Christ.-Weiß. Str. 16.

Apfelweine

Obstweinschänke

Bayerische Str. 18, Nähe Bahnhof, Eig. Kelterei Joh. Lochstamper. Ausschank in Gläsern 10 Pf.

Bäckereien, Konditoreien

E. Albrecht, Lü., Henriettstr. 11.

Alfred Beyer, Co., Bornaische Str. 87.

Ludwig Besser, Mittelstr. 16.

P. Brötz, Gauzsch., Oetzacherstr.

Oskar Fleke, Julianstr. 27.

Rich. Gimpel, Lü., Gundorfer Str. 1.

Willy Hassel, Schl. Könneritzstr. 14.

Oskar Hänsel, Leut., Barneckerstr. 31.

O. Hempel, Paunzl., Johannist. 13.

Paulus Hirschel, Wahr., Böhmisches Str. 9.

Paulus Hirschel, Wahr., Böhmisches Str. 9.

Oskar Horn, Stötteritzerstr. 17.

W. Kahlisch, Böhl-Ehr., Südst. 34

Wih. Kämmerer, Lü., Guthmannstr. 48

Ott. Kind, Schl., Könneritzstr. 50.

B. Klopisch, Schl., Könneritzstr. 37.

Alfred Knothe, Lü., Calvisi-Str. 23.

Leipziger Brotfabrik

Ehr. Jach, Bf. & Co.

Leipzig-Eutritzs

gar. rein. Roggenbrot

Vollgewicht! 14,479.

Rich. Pönlek, Lü., Henrietts. 12.

Max Rahmig, Rdn., Gemeindestr. 3.

Willi Reinhart, Lü., Mersob. u. Großstr.

Franz Röthig, Stünz.

Gust. Salomon, Eutritzs., Delitzscher Str. 69.

liefert garantiert reines Roggenbrot m. Vollgewicht. Tel. 8848.

Schmock, Ernst, Mö. Hallische Str. 54.

Fr. Schreiter, Oetzsch., Oststr. 3.

K. Schröter, Lü., E. Kain., u. Göder.

A. Schwendler, Barneck. Str. 18.

H. Selle, Lü., Ecke Lützen.-u. Josefstr.

Arno Seyfarth, Wahren, Bahnhofstr.

W. Stelkops, R., Gemeindestr. 11.

E. Volkmann, Lü., Gundorfer Str. 39.

O. Wagner, Neurd., Cäcilienstr. 23.

H. Wuttke, Schönefeld, Südst. 26.

Beerdigungsanst. u. Sargm.

W. Fuchs, verw., Vo., Bogislawstr. 28

Hugo Irmer, Schleswig.

Ernst Keenze, Lü., Lindenauer Str. 5.

Gebr. Reiche, Oetzsch., Oststr. 3.

Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnisses.

Max Singer, Plauensche Str. 2. H. Tyrell, Pl. Weißfelserstr. 36. Fritz Wacker, Katharinenstr. 6. Würtling, Rd., Rathstr. 30, Gelegk.	H. Lintzweyer, Bayreische Str. 81. Rieb, Lipinski, Elsterstr. 14. Warenhäuser M. Abraham, Gäßl. Aeuß. Hall. Str. 18. Adlers Warenhaus, Go., Aeuß. Halleische Str. 107.	Wild und Geflügel C. Barth, Eisenbahnstr. 33, Obst u. Gem. Rob. Höppner, Merseburgerstr. 390. K. Lippmann, Auß. Hall. Str. 38. Rich. Müller, Eisenbahnstr. 40. Rich. Müller, Li., Kuhturmstr. 6.	Otto Göbel, Windmühlenstr. 44b. Rich. Kummer, Hohenholzstr. Dentist G. Leo, Reichstr. 20/31.	Olga Schmidt, Täubchenweg 92. E. Seifert, Zahn-Praxis, Karl Heinestr. 38 am Karl Heineplatz.
Verrickelung - Anstalten O. Hausmann, Elisenstr. 45, Spez. ff. Emailierung. Sauerland, Blumeng. 12, T. 10398. P. Lüdecke, Land. Kanzlerstr. 44/46, Verkupf. u. Messing. Saxonia, O. Zanke, Mittelstr. 7.	M. Joske & Co., J. - Plagwitz. Filessbach, Rd., Rat-hausgast. 31, Q. Zang. Mu., Großschoch.	Zahnateliors, Zahnkünster Gebr. Joske, Windmühlenstrasse 4/12. Hugo Albrecht , Südstr. 2. Herm. Glebler, Promenadestr. 11. Panny Dittrich geb. Ludewig, Eisenbahnstr. 53, Ecke Hedwigstr.	Rich. Ludewig , Kurprinzenstr. 15 früher Eisenbahnstr. F. Mehnert , Königstr. 16, I. neben Ury Brüder Frau Aline Schering, L.-Neustadt, Bussstr. 3.	Zool. Handlungen, Aquar. und Vogelfutter B. Backhoff, Soll-Wurzener Str. 70. A. Fischer, Promenadenstr. 16. Arthur Heiner, Täubchenweg 43 b. E. Käferstein, Neusch., Kirchstr. 77. Arthur Mühlner, Nürnbergstr. 24. Bornh. Pohle, Rödlin, Krouzstr. 37. M. Schmelzer, Eisenbahnstr. 14. H. Weisch, Rothenhainerstr. 19.
Cheatervorstellungen. Neues Theater. Donnerstag, den 28. April: 111. V. hommeneit-Vorstellung (8. Sitz, weiss). Lustspiel in 3 Akten von Robert de Kercy und G. M. de Callavet. Regie: Dr. Sabed. Lucien v. Berckmeh. Dr. Sabed. Céleste, seine Frau. Dr. Sabed. Madeline, L. Winkel. Dr. Sabed. George Boule, Georges. Dr. Sabed. Island. Dr. Sabed. Dr. Sabed. Morante. Dr. Sabed. Dr. Sabed. Xerande Chantal. Dr. Sabed. Vélibe Lambert. Dr. Sabed. Sonnenländerin. Dr. Sabed. Baronin Stede. Dr. Sabed. Die Handlung spielt in dem Gebilde Saint Dunare. Ende 10 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Schauspiel-Ureille. Spielplan: Freitag: Elettra. Anfang 7 Uhr.	Krystall-Palast-Theater Nur noch Aufreten sämtlicher Spezialitäten. 3 Tage: Das gewöhnliche Preise. Dutzendkarten Mk. 5.50. Anfang 8 Uhr. Gewöhnliche Preise. Dutzendkarten Mk. 5.50.	Rich. Ludewig , Kurprinzenstr. 15 früher Eisenbahnstr. F. Mehnert , Königstr. 16, I. neben Ury Brüder Frau Aline Schering, L.-Neustadt, Bussstr. 3.	Otto Zinke , Dresdenstr. 63. P. Zuckermann, Grimmaische Steinweg 20. Spz. schmied.Zahnziehen.	
Filessbach. Rd., Rat-hausgast. 31, Q. Zang. Mu., Großschoch.	Rich. Ludewig , Kurprinzenstr. 15 früher Eisenbahnstr. F. Mehnert , Königstr. 16, I. neben Ury Brüder Frau Aline Schering, L.-Neustadt, Bussstr. 3.	Zool. Handlungen, Aquar. und Vogelfutter B. Backhoff, Soll-Wurzener Str. 70. A. Fischer, Promenadenstr. 16. Arthur Heiner, Täubchenweg 43 b. E. Käferstein, Neusch., Kirchstr. 77. Arthur Mühlner, Nürnbergstr. 24. Bornh. Pohle, Rödlin, Krouzstr. 37. M. Schmelzer, Eisenbahnstr. 14. H. Weisch, Rothenhainerstr. 19.		

Cheatervorstellungen.
Neues Theater.
Donnerstag, den 28. April: 111. V. hommeneit-Vorstellung (8. Sitz, weiss).
Lustspiel in 3 Akten von Robert de Kercy und G. M. de Callavet.
Regie: Dr. Sabed.
Lucien v. Berckmeh. Dr. Sabed.
Céleste, seine Frau. Dr. Sabed.
Madeline, L. Winkel. Dr. Sabed.
George Boule, Georges. Dr. Sabed.
Island. Dr. Sabed. Dr. Sabed.
Morante. Dr. Sabed. Dr. Sabed.
Xerande Chantal. Dr. Sabed.
Vélibe Lambert. Dr. Sabed.
Sonnenländerin. Dr. Sabed.
Baronin Stede. Dr. Sabed.
Die Handlung spielt in dem Gebilde Saint Dunare.
Ende 10 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Schauspiel-Ureille.
Spielplan: Freitag: Elettra. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Donnerstag, den 28. April, abends 10 Uhr:

Der Graf von Burgumburg.

Operette in 3 Akten von M. M. Willer und Robert Bodenbach.
Regie: Oberregisseur Karl. — Philharmonische Leitung: Kapellmeister Hindessen.
Bende, Graf von Burgumburg. Dr. Sturmfeld.
Fürst Paul Bischöflich. Dr. Doss.
Gräfin Sofia Koszog. Dr. Doss.
Armand Villach. Unter. Dr. Doss.
Monique Didier. Sängerin.
in der Operette.
Oper in Paris. Dr. Untucht.
Juliette Vermont. Dr. Rehbein-Groß.
Ester Vielhof. jüngster Sohn.
Hans. Dr. Rehbein.
Balzel v. Parolowitsch. jüngster Sohn.
Graflik Bischöflich. Dr. Hermann.
polizeig. Wimpern-
decker. Dr. Wedlich.
Z. 1. Akt spielt im Atelier des Malers Krieger. 2. Akt im Palais der Sängerin Didier. 3. Akt im Welttheater des Barbers Grand-Hotel.
Ort der Handlung: Paris. Zeit: Gegenwart.
Tänze arrangiert vom Oberregisseur Karl.

Tänze nach dem 1. und 2. Akt.
Bauen nach dem 1. und 2. Akt.
Ende 10 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr. Gewöhnliche Preise.
Spielplan: Freitag: Der Metropolitener (Menzinger-Gesell. Cäcilie II. Gr. zweite Kreise). Anfang 7 Uhr.

Gasthof Neustadt

Goldner Saal.

Morgen Freitag, abends 8 Uhr [8860]

196. Willy Wolf-Spezial-Konzert

Operetten-Abend.

Wiener Ball.

Feinster Freitag-Ball Leipzig.

Pantheon Dresdner Strasse 20
Telephon 14270
Morgen Freitag bis 1 Uhr nachts
Grosser Intimer Ball.

Grüne Schänke
Leipzig-Anger. Telephon 3945.
Morgen Freitag die berühmten
Bennewitz-Sänger.

Ganz vorzügliches, hochoriginelles, neues Programm.
8681) Nachdem der berühmte Freitagsball.
Bekanntlich schönster Verkehr und Treffpunkt des Ostens.
Jeden Abend Grosser Skat-Abend. Gilde willkommen.
Achtungsvoll K. Jacob.

Café Hartmann
Inhaber: Hermann Wiesner. [5728]

Leipzig, Grimmaischer Steinweg 2
Fernruf 1549. Parterre und 1. Etage. Fernruf 1549.

Tadellose Billards.

Zur Quetsche Empfiehle meine freundl. Lokalitäten mit Gesellschaftszimmer. Kräftiger Mittagstisch. Gutegepflegte Wirt. Hochachtungsvoll Franz Gelseler.

Max Haufe Gust- u. Logierhaus
43 Seestrasse 43.
Empfehle meine freundl. Lokalitäten. Gute saub. Übernacht. ff. Biere. Kräftiger Mittagstisch. Verkehrslokal der Tischler. Achtungsvoll D.O.

ZUM TAUBCHEN
RESTAURANT TAUBCHENWEG 87.
TELEPHON 22.28

Empfiehle meine freundl. Lokalitäten zur freundl. Benutzung. Gesellschaftszimmer mit 70-124 Sitzpl. noch einige Tage frei. Schön! Regelhaft des Ostens, nur am Abend frei. Fischer Gustav.

Restaurant Jägerhof, Grimma, Brückenstr. 18
Tel. 307 empfiehlt sich allen Vereinen und Ausschlägern zur geneigten Besichtigung. Partei- und Gesellschaftsort. Bürgerl. Mittagstisch. ff. Biere. Ausspannung. Hochachtungsvoll Bruno Schönfeld. [2747]. Kundeverkehrshotel des Arbeiter-Radsahrer-Bundes Solidarität. Neue Bewirtschaftung.

Restaurant zur Neuen Welt, Torgauer Str. 32
Fnh.: Fritz Creutz

Krystall-Palast-Theater

Nur noch Aufreten sämtlicher Spezialitäten.
3 Tage: Das gewöhnliche Preise. Dutzendkarten Mk. 5.50.

Anfang 8 Uhr. Gewöhnliche Preise. Dutzendkarten Mk. 5.50.

April 1910 Battenberg. April 1910

The Black Troubadours Das schwarze Udel-Quartett.

Neu! Zum ersten Male in Leipzig!

Konsul

Der Menschen-Affe!

The 4 Otinos, Excentrics.

Battenberg-Theater

Heute: Abends 8^{1/2} Uhr: Gastspiel a. E. Herr Emil Hahn. Charleys Tante.

Schwatz in 3 Akten von Brandon Thomas.

Morgen: Abends 8^{1/2} Uhr: Der Grosskaufmann. Volkstück in 3 Akten von Oskar Waller und Leo Stein.

Vorverkauf numerierter Billets bei Franz Stein, Markt 10, und Paul Pfützner, neben Battenberg.

Gambrinus Lindenau Odermannstrasse 12

Bringe meine Lokalitäten in empfehlende Erinnerung. — Freitags und Sonnabends Schwanzknöchen.

Ch. Wawrzinek.

Lindenau Zum braunen Ross, Rossmarkistr. 23.

Empfiehle meine freundlichen Lokalitäten.

Jeden Morgen warmes Fleisch.

Hochachtungsvoll Adolf Sachse.

Burgkeller L.-Plagwitz Zschöchersche Str. 77

hält seine Lokalität, bestens empf. Gesellschaftsd. frel. P. Lehmann.

Kretschmer's Wiener Café Nähe Battenberg, neben Krystallpalast.

Täglich: Künstler-Konzert bis Nachts. Entree frei.

Sonnen- und Regenschirme

Neuheiten! Grosse Auswahl!

Spazierstöcke

Paul Kleemann, Schirmfabrik

Reichsstr. 4/6 Messpalast Specks Hof.

Kein Laden!

Ein Geheimnis

für viele ist es, daß so manche ihrer Mitmenschen elegant, modern und schick gekleidet gehen, obwohl ihr Einkommen kein so hohes ist. Es ist begreiflicherweise von grossem Interesse, allerdings

Nur für Herren

folgendes zu wissen. Wir verkaufen von Millionären, Dottoren, Reisenden, sowie feinsten Kavalieren wenig getragene, in den ersten Werkstätten Deutschlands und des Auslandes, teils sogar auf Gelde gearbeitete, an Stoffu. Haltbarkeit unübertrifft (auch für Beleibte).

Serie I Serie II Serie III Serie IV

Anzüge 10 Mk. 14 Mk. 18 Mk. 24 Mk.

Paletots 8 Mk. 12 Mk. 16 Mk. 20 Mk.

Gesellschafts-Anzüge werden billiger verliehen

Blümers Mondgarderobe

Reichsstr. 41, nur 1. Etage. Kein Laden.

Im Hause Fischhalte „Seestern“.

Vom Brühl aus rechts 4. Haus.

Als Gelegenheitsklüse:

Auch Jünglings-, Burschen- u. Stubengarderobe zum Verkauf.

Wer vorteilhaft einkauft, kann billig verkaufen.

Von Freitag abends 7 Uhr bis Sonnabend abends 8 Uhr geschlossen.

Abteilung II: Neue Garderoben. [7215]

Schuhwarenhaus Aug. Günther

Aug. Günther, Lindenustr. 38.

Reparaturen schnell u. sauber

Irrigatoren, Mutter-spritzer, Leibbinden, Unterlagen, Damen-binden, Verbandwatte usw. sowie alle Art. zu Haken- u. Wohnen-

plätz, hygien. Bedarfssortik.

Direkt. Versand nach auswärts.

Karl Klose, Leipzig, 6. Hainstr. 19. auf Verl. gr. 2. Gesch. Querstr. 4-6.

Naturwissenschaftliche Literatur.

Dr. W. Miquila. Allgemeine Pflanzen und Pflanzensammlung (Naturwissenschaftliche Wegweiser). Sammlung gemeinverständlicher Darstellungen, Bd. 8. Herausgegeben von Prof. Dr. Kurt Lampert. Stuttgart, Verlag von Stroeter u. Schröder. Preis gehoben 1 M., gebunden 1.40 M. — Wenn man die Frage stellt nach dem Unterschied zwischen Pflanze und Tier, dann glaubt jedes Kind erschöpfende Antwort geben zu können. „Pflanzen sehen grün aus und können ihren Standort nicht ändern, Tiere sind frei beweglich“, so antwortet der Laius. Wenn man dann in einem Seewasser-aquarium die verschiedenen niederen Tiere betrachtet, die Korallenkolonien, auf denen gleich kleinen Blüten die Polypen erscheinen, wo ruhig und unbeweglich die prachtvollen Seeanemonen und Seesternen auf den Felsen stehen, dann ist es schon schwerer, zu begreifen, daß das Tiere sind. Und wenn man dann gar unter dem Mikroskop die Schwämmpsporen niederer Algen sieht, die sich wimmelnd umherstreichen und mit ihren Gelellen schlagen, dann wird die Grenze zwischen Tier- und Pflanzenwelt immer unklarer. Schließlich bleibt als beweiswertester Vorzug der Pflanze der grüne Farbstoff, das Chlorophyll, mit dem eine ganz andere, rein pflanzliche Ernährung verknüpft ist, nämlich die Verarbeitung des gasförmigen Kohlensäure zu Zucker unter Einwirkung des Sonnenlichts. Da findet man draußen im Walde einen prachtvollen Pilz. Der tote Hut mit den weichen Schnittstellen leuchtet. Das ist doch eine richtige Pflanze. Aber keine Spur von grünem Farbstoff findet man im Pilz. Also ist auch die Anwesenheit von Chlorophyll keine unerlässliche Bedingung für die Pflanze. Hier steht dann eine andere Ernährung ein. Pilze sind auf organische Nährböden angewiesen, nur in verwesten tierischen und pflanzlichen Resten finden sie Zucker, Stärke- und Eiweißverbindungen, die sie selbst nicht aus unorganischen Elementen aufbauen können, gerade wie die Tiere. Sehen wir uns weiter um im Steine der Pilze. Da tritt zwischen laufenden Laub ein schleimiges Etwas. Wie ein Tier, eine Amöbe sieht es aus, es hat die gleiche Bewegungsart, die gleiche Ernährungsweise. Und doch ist es ein Pilz, ein Schleimpilz. Zur Zeit der Fruchtförberbildung stellt sich das heraus. Wir lassen Lösungen mit pflanzlichem Zucker an der Luft stehen, sei es nur Traubenzucker, sei es „Würze“, das heißt Lösung von Zucker, wie ihn ketinende Getreidekörner gebildet haben. Nicht lange dauert es, dann fängt unsre Zuckerlösung an zu schwärmen und zu brausen, sie gärt. Diese Pilze haben sich darin angelebt, sie verarbeiten den Zucker zu Alkohol und Kohlensäure, sie liefern uns dann in der gereierten Lösung Bier und Wein. Doch genug der Beispiele. Wer näheren Aufschluß sucht über die wunderbare, vielseitige Welt der Pilze, der mag das Werkzeug von W. Miquila zur Hand nehmen, dort wird er der Wunder viel anschaulich geschildert oder auf guten Textabbildungen und Tafeln wiedergegeben finden.

Paul Graebner. Heide und Moor (Naturwissenschaftliche Wegweiser). Sammlung gemeinverständlicher Darstellungen, Band 9. Herausgegeben von Prof. Dr. Kurt Lampert. Stuttgart, Verlag von Stroeter u. Schröder. Preis gehoben 1 M., gebunden 1.40 M. — Es ist noch nicht lange her, da hielt der Landwirt den Humus für den Bestandteil der Ackererde, der das Wachstum bedingt, der die Pflanze ernährt. Dann kam die Wissenschaft, die zeigte, daß man Pflanzen kultivieren kann, ohne daß ihre Wurzeln mit Erde in Berührung kommen, wenn man sie nur in einer verdünnten Lösung gewisser Salze eintauchen läßt. Die neuesten Forschungen über die Bildung der Heide hat noch andre Aufschluß geliefert. Der früher so hochgepriesene Humus ist es gerade, der den Wald in jener eigenartigen Landschaft, eben der Heide, zum Schwinden bringt, indem er die Baumwurzeln abschlägt von dem ihnen so unentbehrlichen Sauerstoff der Luft. Dazu kommt dann Auslaugung der Nährsalze des Bodens durch das Regenwasser, das Humussäure mit sich führt. Eine fernere Folge der Humusdecke ist die Bildung des sogenannten Steinsteins, einer festverbackenen Hemmungssäule in Spannentiefe unter dem Boden der Heide, die alle Baumwurzeln abhält, tief in den Boden einzubringen. Die anschauliche Schilderung dieser eigenartigen Bodenverhältnisse ist vielleicht das wichtigste Kapitel in Graebners Schriften über Heide und Moor. Diese beiden Landschaftsformen kommen ja meist in Gesellschaft nebeneinander vor. Der Gedanke liegt nahe, daß eins in das andre übergeht. Folgt man den Ausführungen des Verfassers, so findet man seine Vermutungen bewahrheitet. Graebner schildert den allmählichen Übergang der Heide in sogenanntes Hochmoor. Das langsame Entstehen eines kleinen Polsters von Torfmoos können wir verfolgen, das Annächen und Erstarken der kleinen Pflanzenschar und ihr allmähliches Mächtigerwerden bis zur Beherrschung und Unterdrückung der Godenheide. Die vordösen Moorpolster saugen sich bei jedem Regenguß voll Wasser, das sie festhalten in der folgenden, trocknen Zeit. Denn vom regelmäßigen Regen- und Taufall ist der Verstand des Mooses abhängig. Noch eine andre Art von Moorbildung ist denkbar und kommt ziemlich oft vor, nämlich die Bildung von Niederungsmooren, die in verwandten Teichen und Seen entstehen, wo also genügend Stauwasser oder Grundwasser vorhanden ist, das Torfmoos gedeihen zu lassen. Auch diese Moorbildung, die oft zur Entstehung von Sumpfmooren führt, ist interessant und fesselnd beschrieben. Der diesen eigenartigsten Landschaften unsreres Vaterlandes, der Heide und den Mooren, Interesse entgegenbringt, wird gern zu Graebners Buch greifen, um sich über ihre Entstehung, ihre Nutzung und Kultur, sowie über ihre eigenartige Pflanzensammlung Aufschluß zu holen. Eine Anzahl guter Abbildungen, teils nach Photographien, teils nach Zeichnungen, vervollständigen und verschönern das Buch.

A-x.

Kunstchronik.

Das Schauspielhaus brachte gestern vor ziemlich zahlreicher Hörschaft Oscar Wildes Schauspiel *Ein idealer Gatte* heraus und erreichte damit den üblichen Heiterkeits Erfolg. Man muß leider sagen: trotz allem. Denn die Aufführung war, trotzdem „neu einstudiert“ auf dem Bettel stand, unordentlich und ohne Temperament. Zwei Dinge soll hier die Darstellung vermeiden: den Wildeschen Toten Pilz, der immerfort die ganze Handlung persifliert, und den Theaterplan der großen Szenen. Durch das ganze Stück geht die Freude an der Poet, an der Poet der bläserlichen Überlegenheit der Überkultur und an der Knallpoet der großen Geiste des französischen Spectakelspiels. Beide Poeten kommen nicht ganz zur Geltung. Für die Knallpoet war man zu zaghaft, Herr Junker ebenso wie Kel. Normann. Man getraute sich nicht, sich hinzuzulegen, wie das jetzt oft auf deutschen Bühnen zu beobachten ist, wo man vor alau großer Feindseligkeit dem bewußt-komödiantischen ausweicht, auch wo es am Platze ist, ja gefordert wird. Man vergegenwärtige sich nur, aus welcher Laune heraus ein Stück wie der Ideale Gatte geschrieben ist. Wilde wirkt eine verlogne Knallhandlung dem Publikum vor, um es umso schärfer zu tödern und seinen Schabernack mit ihm zu treiben. Also haue man diese Mordegeschichte von der unglaublich welsfremden Lady Chiltern und der diebischen Abenteuerin und den zughörigen Mannsbildern hin, daß die bewußt angestrebte Kehllichkeit mit der Handlung eines österreichischen Sensationsstückes zutage tritt. Mag ein Teil der Zuschauer knalligertzen werden, der andre schmunzeln. Nur gleichgültig darf das Publikum nicht bleiben; sonst hat die Komödie ihren Zweck verfehlt. Wozu hat man denn Komödiantentempament? Auf der Bühne ist's zu zeigen, nicht nur im Leben. Aber auch die andre Poet, die des mit Worten und Gedanken spieldenden Europäerd erster Ordnung, der sich über aller Welt lebend fühlt, kommt nicht zur Geltung. Sie liegt ja Herrn Junker gar nicht,

der Männer korrekter Überlegenheit mit wenigen Nuancen in Ton und Gehörde zeichnet. Was tut denn eigentlich dieser Baron Count Göring? Er hat immer einen Dämon im Laden, der ihn zwinge, anders zu sein, als man es von ihm erwartet, andern zu leben, andern zu handeln. Das liegt auf ihm wie ein Verhängnis, und der ganze Mensch kommt nicht zur Geltung, wenn der Zuschauer nicht das Gefühl hat, als zwänge etwas den jungen Mann immer halbherzige Kunststücke auf den Tell zu vollbringen. Der Zuschauer muß fühlen, daß diesem Göring das soleste Anderthalben zur Manie geworden ist. Herr Junker hat die redliche Absicht anders zu sein, aber nicht den Zwang dazu. Die einzige Leistung, in der etwas von speziell Wildeschem Geiste wirklich aufflackert, war merkwürdiglicherweise die einer Dame. Die Damen des Schauspielhauses bedeckten sich gestern im allgemeinen nicht mit Ruhm; sie trugen in der Haupträume Schulden daran, daß die scheinende Diva der Komödie ganz verpusste. Sie verfügen vor allem nicht über die Sprechtechnik, um Wildesche Reptilen ans Ziel zu schicken. Auch Elsa Brändström hat sie noch nicht in der Gewalt. Aber sie versteht oder fühlt doch das Wesen Wildeschen Witzes, die durch spielerische, flimmernde Formung gewordene ungewöhnliche Überhebung des selbstgefällig seiner Kultur sich freuen. Oberklassensachen, und weiß sie in ihrer Jungmädchenrolle mit der heraldischen Zugehörigkeit zu vereinen, die immer auf dem Sprunge ist, sich hervorzuwagen, und immer zurückzurück, bis sie endlich die totale Überlegenheit frei überstrahlt. Hier trat trotz einiger Unsicherheit und Unausgewogenheit das Eigenste und Glänzendste von Wildes Witzes anlage.

gm.
•
Neues Theater. Freitag: Elektra. Sonnabend: Wein der junge Wein blüht. Sonntag, 8 Uhr: Die Zauberstäbe, (Festtag Abend der Maskettspielen). Montag: Wenn der junge Wein blüht. — Altes Theater. Freitag: Der Kleineinbauer (Augsburg 1878 II). Sonnabend: Der Graf von Luxemburg. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Ein Walzertraum (ermäßigte Preise), abends 1/8 Uhr: Der Feldherrnhügel. Montag: Die geschiedne Frau.
Die Operette ist gegenwärtig beschäftigt mit dem Studium des Nobelpreis, Operette in 3 Akten, Musik von Josef Snaga, die Mitte Mai im Alten Theater die Uraufführung erleben soll. Die Oper bereitet eine Neuauflösung von Glucks Ulyssen in Antik vor.
Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts andres angegeben, um 7 Uhr, die im Alten Theater 1/8 Uhr.
Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus, Freitag: Ein idealer Gatte (Gastspiel Kurt Junkers). Sonnabend: Erdgeist (Gastspiel Kurt Junkers). Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für den evangelischen Arbeiterverein (Die Jungfrau von Orleans), abends 1/8 Uhr: Erdgeist (Gastspiel Kurt Junkers). Montag: Vereinsvorstellung (Der Kaufmann von Venedig). — Neues Operetten-Theater (Theater am Thomanring). Freitag: Das Fürstentum. Sonnabend: Ein Herbstmärkte. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für den Gewerbeverein H.-D. (Das Modell), abends 1/8 Uhr: Das Fürstentum.
Die Vorstellungen im Schauspielhaus beginnen, wenn nichts andres angegeben, 1/8 Uhr, die im Neuen Operetten-Theater, 8 Uhr.

Gastspiel Albert Bassermanns. In der Zeit vom 8. bis 15. Mai wird im Schauspielhaus Albert Bassermann vom Berliner Deutschen Theater gastieren. Das Repertoire seines Gastspiels gestaltet sich folgendermaßen: Sonntag, 8. Mai: Stille unter Steinen (Konsul Bernick), Dienstag, 10. Mai: Stille unter Steinen (Biegler), Mittwoch, 11. Mai: Traumwald (Professor Niemeyer), Donnerstag, 12. Mai: Gepfenn (Oswald), Sonnabend, 14. Mai: Stille der Gesellschaft (Konsul Bernick), Sonntag, 15. Mai: Die gelbe Nachtkall (Schauspieler Körz). Für das Gastspiel gelten die auf den Plätzen angegebenen Gastspielpreise. Vorbestellungen werden an der Kasse des Schauspielhauses persönlich und schriftlich entgegengenommen.

Battenberg-Theater. Freitag: Der Großaufmann. Sonnabend, Sonntag: Hans Hudebein. Montag: Der Großaufmann. Dienstag: Das Bild des Signorelli. Mittwoch: Lorbeerbaum und Bettelstab. Donnerstag: Großstadtluft.

Über Björnsons letzte Stunden wird berichtet: Das Bewußtsein Björnsons hatte in den letzten Tagen sehr gelitten. Wiederholte verlor er das Gedächtnis und fragte seine Krankenpflegerin: „Wer bin ich?“ „Sie sind Björnson!“ erwiderte die Pflegerin. Björnson pflegte dann wie ein Kind hell auszulachen. Bis in die letzten Stunden, so oft das Bewußtsein über ihn kam, sprach er von der Heimat, von Frankreich, das er sehr liebte, sowie namentlich von dem norwegischen Sprachstreit. Am Dienstag, kurz nach der Mittagspause, riefte er sich in seinem Bett auf und sagte zu seiner Umgebung: „Dort in der Tischlade liegt ein Artikel, der für eine Zeitung bestimmt ist. Er wird Aufsehen machen, er ist ein wahrer Clou.“ Eine interessante Anekdote Björnsons kurz vor seinem Tode lautete: „Ich begreife, daß zwischen den Gedanken des Lebens und denen des Todes ein tiefer Abgrund besteht, und ich begreife auch, daß sich die Gedanken eines Sterbenden an religiöse Empfindungen klammern, als ob sie von der Religion eine Erlösung oder Errettung erwarteten.“ Als der Todestakt eintrat, schlug die Krankenpflegerin dem Kranken auf die Handfläche, um ihn in das Bewußtsein zurückzurufen. Björnson riss sich plötzlich auf, schlug sich dreimal an die Brust und sagte zu seiner Frau und Tochter: „Es ist aus!“ Darauf sank er in das Bett zurück und versiegte in Bewußtlosigkeit. Gegen 10 Uhr abends hauchte er seinen Geist aus. — Die Leiche Björnsons wird nach Norwegen gebracht. Nach französischem Gesetz muß eine Leiche, die nicht in der Stadt begraben werden soll, in der der Tod eingetreten ist, vor 24 Stunden aus dem Stadtgebiet sein. Die Ueberführung der Leiche durch die Angehörigen nach Kristiania soll aber erst am Donnerstag stattfinden. Der Trauerzug wird am Sonnabend, früh um 1/20 Uhr, in Kopenhagen eintreffen; schon vor dieser Zeit wird ein norwegisches Kriegsschiff im Hafen bereitliegen, um dem toten Dichter das Geleit in die Heimat zu geben. Björnsons Leiche wird in Kopenhagen mit großen Feierlichkeiten empfangen werden und durch die Hauptstraßen der Stadt nach dem Hafen übergeführt, um dort auf einen norwegischen Kreuzer gebracht zu werden.

Notizen.
Wie der Stoff entsteht. Es ist merkwürdig, daß eine so alltägliche Erscheinung wie der Stoff in ihrer eigentlichen Natur lange keine hinreichende wissenschaftliche Erklärung gefunden hat. Schon die ersten Menschen, die sich mit der Juristur und Verwendung von Metallen zu beschäftigen begannen, müssen auch den Vorgang des Stoffs beobachtet und sich um seine Aufklärung und Verhütung bemüht haben. Dennoch wird noch heute über diese Frage endlos theoretisiert und höchst diskutiert. Das hängt selbstverständlich mit der Wichtigkeit der Frage zusammen. Es ist ja durchaus klar, daß eine wirkliche Verhütung des Stoffs nicht früher zu finden ist, als bis die chemischen und physikalischen Veränderungen, die bei seiner Bildung im Metall vorgenommen, in vollem Umfang erkannt worden sind. Jeder, der Eisen oder Stahl benutzt, findet es oft, irgendwelche Schwierigkeiten gegen den Stoff zu ergreifen. Als Materialien aber sieht sich der Baumeister dazu gezwungen, auch wenn große Kosten damit verbunden sind. Es ist unzählige Male vorkommen, daß Eisen- und Stahlbauten, die für eine längere Dauer errichtet waren, nach kürzerer oder längerer Zeit die

bedrohlichsten Anzeichen von Stoffschäden zeigten. Wenn der Stoff immer mehr zu Bauzwecken benutzt wird, so wird die Frage des Stoffs und seiner Verhütung in einer nahen Zukunft endgültig gelöst werden, wenn diese wegen ihrer Festigkeit so auskömigende Stoffe als wirklich dauerhaftes und zuverlässiges Baumaterial gelten sollen. Ein besonders beachtenswerter Umstand ist, daß der Stoff an Verbindungsstellen sehr schnell einsetzt als auf gleichmäßigen Flächen. Die Erklärung dafür liegt wahrscheinlich darin, daß die Verbindung des Wassers an solchen Stellen weniger rasch vor sich geht und die Verbindung eben dadurch begünstigt wird, weil sie von der Gegenwart tropischer flüssigen Wassers abhängt. Gerade diese Tatsache aber macht auch die Nachforschung nach dem Stoff an Bauten besonders schwierig. In neuerer Zeit sind die Gelehrten dazu gelangt, die Stoffbildung als eine in ihrem Ursprung elektrische Erscheinung aufzufassen, und es kann jetzt wohl bereits als festgestellt gelten, daß in der Tat ein elektrolytischer Vorgang damit zum wenigsten in einer nahen Beziehung steht. Ein Beweis dafür liegt beispielweise darin, daß häusliche oder elterne Möhren, die in der Nachbarschaft von undichten elektrischen Kabeln liegen, ganz ungewöhnlich schnell von Stoff besessen und angefressen werden. Man hält daher jetzt eine besonders sorgsame Pflege von Kabeln für nötig. Als Schutzmittel gegen den Stoff wird eine große Zahl von Behandlungen des Metalls empfohlen, u. a. ein Überzug mit Zink, Zinn, Kupfer, Messing, Nickel und eine ganze Menge von nichtmetallischen Überzügen. Obgleich schon eine große Menge von „Antrostoffen“ zur Auswahl steht, die sich zum Teile recht gut bewährt haben, hält es Professor Murray in einem Vortrag vor dem Eisen- und Stahlinstitut doch für wahrscheinlich, daß noch sehr viele neue Erfindungen und Verbesserungen notwendig und zu erwarten sind. Das neueste Verfahren besteht darin, daß Eisen oder den Stahl in eine heiße Lösung mit einem Phosphorgehalt einzutragen, wodurch sich ein Überzug auf dem Metall bildet, der aus einer Verbindung von Phosphor und Eisen besteht. Er besteht eine gefällige dunkle Farbe und soll dem Stoff einen ausgedehnten Widerstand bieten. Noch immer sind nach dem Urteil des Fachmanns die theoretischen Seiten der Frage nur halb zur Auflösung gelangt, und daher läßt sich auch noch kein voller Erfolg gegen den Stoff erwarten. Auch die Frage, warum Schmiedeisen dem Stoff besser widersteht als ein welcher Stahl, harrt noch der Auflösung. —

Eine Expedition zur Beobachtung des Kometen durchgangs. Der norwegische Physiker Birkeland, der Leiter des Physikalischen Instituts an der Universität Christiania, besonders bekannt durch seine Forschungen über Nordlichter und auch durch eine von ihm erfundene automatische Kanone, lädt in einer längeren Botschaft an die Londoner Royal Society seine Abfahrt an, eine Expedition nach Rauford in Finnmarken im nördlichsten Norwegen zu unternehmen und dort zusammen mit seinem Assistenten magnetische und atmosphärische Beobachtungen in der Zeit vom 7. Mai bis 1. Juni, also während der größten Nähe des Halleyschen Kometen an der Erdbahn auszuführen. Der Kometen geht von der Borausfahrt aus, daß der Komet des Halleyschen Kometen hauptsächlich aus elektrischen Strahlungen besteht und daß alsdann diese infolge der Wirkung des Erdmagnetismus in den Polargebieten ähnlich den Nordlichtern in Bänder ausgesogen werden müssen, falls der Komet überhaupt eine genügende Länge besitzt, um die Erde zu erreichen. Diese Strahlen werden dann, führt der Forscher weiter aus, außer andern Dingen magnetische Einfüsse und elektrische Wirkungen zeitigen, die in den Polargebieten besonders stark hervortreten werden. Der Kometenschwanz wird, wenn er aus solchen strahlenden Materien zusammengesetzt ist, schon in einer sehr beträchtlichen Entfernung von der Erde seine Form verändern, und Birkeland vermutet in ihm ähnliche Lichtgestalten zu sehen, wie er sie bei Versuchen mit Kathodenstrahlen in der Umgebung einer kleinen magnetischen „Erdkugel“ gesehen hat. Diese Erscheinungen veranlassen ähnlich Birkeland die Bänder um die magnetischen Pole der Erde darstellenden Augen auszugezogen werden, in ganz ähnlicher Weise, wie es mit den Jochen des Polarlichts auf der wirklichen Erde geschieht. Ihr Verlauf ist zu den magnetischen Äquator parallel, teils senkrecht gerichtet. Eine Photographicie, die den Südpol des Erdmagnetismus im Experiment zeigt, ist durch die Bildung einer leuchtenden Spirale um den Pol ausgezeichnet. Diese Lichtlinie ist zuweilen unterbrochen, zuweilen zerfällt sie in mehrere durch Unterbrechungen geschiedene Teile. Außerdem hat Birkeland die Bildung einer Lichtzone in der Gegend des Äquators beobachtet, deren Auftreten er als großartig, aber unbeständig beschreibt. Sie ist auch schwer im Experiment zu erzeugen und kann ebenso plötzlich erscheinen wie verschwinden. Birkeland ist nun der Meinung, daß ähnliche Lichtbildungen am 18. oder 19. Mai als Folge der Kometenstrahlen um die Erde entstehen und auch sichtbar werden könnten. Freilich hält er die Beobachtung der abwärts gehenden Strahlen im Nordpolargebiet für schwieriger. Wegen der nördlichen Deklination der Sonne und glaubt, daß die Wahl eines Standorts im Südpolargebiet noch bessere Aussicht auf Erfolg bieten würde. Außerdem könnte in niedriggradigen Erdbreiten ein Lichtring in der Gegend des Äquators wahrscheinlich sein. Um den 2. Mai wird sich der Komet in der Nachbarschaft des Planeten Venus befinden und möglicherweise schon dann Handlungen in den Teilen seines Schweifs erleben, die diesem Planeten am nächsten kommen. Eine Beobachtung der Venus, die Birkeland gleichfalls in sein Programm aufgenommen hat, würde vielleicht feststellen, daß sich dann auch um die Pole dieses Planeten ähnliche Lichtringe bilden, wie sie durch die verschiedenen Experimente nachgewiesen worden sind, vorausgesetzt, daß auch die Venus einen Magnetismus besitzt. Außerdem hält es Birkeland für nicht wahrscheinlich, daß auch dieser Vorsprung von der Erde aus wahrgenommen sein wird, leicht aber für alle Fälle die Aufmerksamkeit der Astronomen auf diese Möglichkeit. Falls die Venus einen ebenso starken Magnetismus besitzt wie die Erde, so müßte deren Wirkung auf den Kometenschwanz auf mehrere Millionen Kilometer sich erstrecken.

Eingeschlossene Schriften.

Aus Natur und Geisteswelt. Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen. Leipzig, Verlag von B. G. Teubner. Preis des Bändchens gebunden 1.25 M. — Nr. 51: Georg Witkowski, Das deutsche Drama des neunzehnten Jahrhunderts in seiner Entwicklung dargestellt. Mit einem Bildnis Hobelbels. Dritte, durchgesehene Auflage. — Nr. 218: Will. A. Ghardt, Vogelzug und Vogelschutz. Mit 6 Abbildungen im Text und einer Tafel. — Nr. 297: Karl Sell, Christentum und Weltgeschichte bis zur Reformation. Die Entstehung des Christentums und seine Entwicklung als Kirche. — Nr. 298: Karl Sell, Christentum und Weltgeschichte seit der Reformation. Das Christentum in seiner Entwicklung über die Kirche hinaus.

Max Lubin, Eine Frühlingsnacht. Im Zimmer drinnen ist's so schwül von Theodor Storm. Männerchor. Leipzig. Verlag von Karl Klinger (Hugo Kitterberg). Partitur und Stimme (à 30 Pg.) 2.20 M.

Bruno Gräber. Die römische Campagna. Mit 125 Abbildungen. Leipzig, Verlag von C. A. Seemann. Preis gebunden 4 M. — Rechtsanwalt Grochner, Hofball und Armee. Ein Bild hinein. München, Verlag von Max Steineder.